



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode: 1983/84

07.12.1983 - Sitzung Nr.3

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

3. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Dezember 1983

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	89	Abg. Kudella (CDU)	127
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	89	Abg. Willers (GRÜNE)	130
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung	89	Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	134
Regierungserklärung des Senats		Abg. Beckmeyer (SPD)	140
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	90	Abg. Dr. Schulte (CDU)	143
Abg. Neumann (CDU)	100	Abg. Mützelburg (GRÜNE)	146
Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE)	111	Abg. Aulfes (SPD)	147
Abg. Wedemeier (SPD)	119	Abg. Klein (CDU)	149
		Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen	150
		Abg. Frau Bodammer (GRÜNE)	150
		Abg. Kunick (SPD)	152

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Lütjen, Dr. Zollmann.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Knorr

Schriftführer Pötting

Vizepräsident v. d. Schulenburg

Schriftführer Urban

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Gesundheit und Sport **Brückner** (SPD)

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Jugend und Soziales **Dr. Scherf** (SPD)

Senator für Arbeit **Grobecker** (SPD)

Senator für Inneres **Kröning** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Lenz** (SPD)

Staatsrat **Dr. Weiss** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Sport)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Jugend und Soziales)

Senatsdirektor **Dr. Kapust** (Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr)

Senatsrat **Ditt** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

- (A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.16 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die dritte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Hauswirtschaftlichen Berufs- und Berufsfachschule Bremen-Süd, eine Klasse des Gymnasiums Kleine Helle, eine Klasse des Gymnasiums Huckelriede, eine Klasse des Kippenberg-Gymnasiums, ein Lehrgang des Justizvollzugsamtes Bremen und eine Klasse des Schulzentrums Huchting.

Außerdem haben wir Besuch aus Haifa. Ich begrüße sehr herzlich Benjamin Efrat und Naftali Porat!

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit im Lande Bremen
Antrag der Fraktion der CDU vom 28. November 1983
(Drucksache 11/35)
2. Ausbildungsförderung für Schüler
Antrag der Fraktion der CDU vom 30. November 1983
(Drucksache 11/37)

Die Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Polizeieinsätze während der Friedenswoche in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 18. November 1983
(Drucksache 11/38)
D a z u
Antwort des Senats vom 6. Dezember 1983
2. Einsatz der Polizei in Bremerhaven vom 13. — 15. 10. 1983
Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 18. November 1983
(Drucksache 11/39)
D a z u
Antwort des Senats vom 6. Dezember 1983
3. Kosten der Polizeieinsätze vom 13. — 15. 10. 1983 in Bremerhaven für die Hafenvirtschaft
Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 18. November 1983
(Drucksache 11/40)
D a z u
Antwort des Senats vom 6. Dezember 1983

4. Studienangebot in den kulturwissenschaftlichen Fächern an der Universität
Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 18. November 1983
(Drucksache 11/41)

D a z u

Antwort des Senats vom 6. Dezember 1983

5. Studien- und Prüfungsordnungen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 28. November 1983
(Drucksache 11/42)

D a z u

Antwort des Senats vom 6. Dezember 1983

III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Resolutionen der Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte deutscher Blindenschulen
 - a) zu den Mitbestimmungsrechten der Elternschaft im Internatsbereich von Heimsonderschulen,
 - b) zur Regelung der Übernahme der im Rahmen der Kooperation Elternhaus — Schule — Internat anfallenden Fahrtkosten,
 - c) zur sonderurlaubsähnlichen Regelung für Eltern von in zentralen Einrichtungen untergebrachten schwerstbehinderten Kindern zur Ermöglichung ihrer Erziehungspartnerschaft und zur Verbesserung der sozialen Integration des behinderten Kindes,
 - d) zur Schullaufbahnberatung für Schüler an Blinden- und Sehbehindertenschulen.
2. Schreiben der Deutschen Kommunistischen Partei, Kreisvorstand Bremen, mit einer Forderung nach Solidarität mit den verurteilten Mitgliedern des türkischen Friedenskomitees.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Umstellung der Tagesordnung, zur Aussetzung der Tagesordnungspunkte eins, vier, fünf, 20, 21 — teilweise — und 22 bis 24, zur Reihenfolge der Redner und zur Redezeit betreffend den Tagesordnungspunkt sechs, hier geht es um die Regierungserklärung, sowie zum Schluß der heutigen Sitzung spätestens gegen 18 Uhr.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, im Namen des ganzen Hauses möchte ich unserer Kollegin, Frau Hede Lütjen, die besten Genesungswünsche aussprechen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(B)

(D)

(A) Regierungserklärung des Senats

Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister Koschnick, die Regierungserklärung des Senats abzugeben!

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Wähler und Wählerinnen in Bremen und Bremerhaven haben mit ihrer diesjährigen Wahlentscheidung am 25. September die Arbeit des bisherigen Senats honoriert und zugleich den Auftrag an die Sozialdemokratische Partei erneuert, auf der Grundlage des im Wahlkampf vorgestellten Bremen-Plans die Parlaments- und Senatsarbeit zu realisieren.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat mich beauftragt, Ihnen in der Regierungserklärung die Politik für die nächsten vier Jahre darzulegen.

Mit Genugtuung, aber auch mit ein wenig Beklommenheit wegen der vielen vorhandenen und noch heraufziehenden wirtschaftlichen Probleme sage ich Dank den vielen Wählern. Sie haben uns mit von vielen unerwartet großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen und für die Fortsetzung unserer Politik votiert. Für dieses Vertrauen danken wir, es verpflichtet uns!

(Beifall bei der SPD)

(B) Gestatten Sie mir, ein Wort zu diesem Wahlerfolg zu sagen! Er ist unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen errungen worden, als eine wirtschaftspolitisch schlechte Nachricht auf die andere folgte und die Werftenkrise einen Höhepunkt erreicht hatte. Wir haben vor und in der Bürgerschaftswahl die schwierige Situation nicht beschönigt, haben keine haltlosen Versprechungen gemacht und haben die Wähler darauf hingewiesen, daß Jahre der Opfer und Einschränkungen vor uns liegen. Dennoch haben wir das drittbeste Wahlergebnis nach dem Krieg erzielt, fast ebensogut wie in den „guten Jahren“ 1959 und 1971. Bremen ist erneut das Bundesland mit der stärksten sozialdemokratischen Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Wahlerfolg, den so viele für unmöglich gehalten hatten, soll uns nicht überheblich machen. Wir haben keine Triumphgefühle. Wir empfinden keine Schadensfreude gegenüber den Parteien, die auf der Verliererseite stehen, denn auch wir kennen die Bitternis enttäuschter Hoffnungen.

Der Senat wird sich stets bewußt sein, daß er die Interessen der gesamten Bevölkerung zu wahren hat. Hierzu gehören nicht nur die sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler und die Wähler anderer Parteien, sondern auch diejenigen, die sich nicht entscheiden konnten, zur Wahl zu gehen, und auch die noch nicht wahlberechtigten Kinder und Jugendlichen, nicht zuletzt die ausländischen Mitbürger unserer beiden Städte.

Der Senat wird mit der ihm von einer starken Parlamentsmehrheit anvertrauten Regierungsmacht pfleglich umgehen. Er bietet dabei den beiden Oppositionsfractionen eine Kooperation in allen wichtigen, die Existenz Bremens und Bremerhavens berührenden Fragen an. Schließlich ist die Sicherung der Selbständigkeit unseres Zweistädtestaates und das Bemühen um eine menschenwürdige Existenz aller Bürgerinnen und Bürger ein Grundanliegen aller demokratischen Parteien in unserem Land. Von daher ist aus der Sicht des Senats die angetragene Kooperation erwünscht und verpflichtend. Die Landesregierung stellt sich im übrigen der parlamentarischen Kontrolle und Kritik.

Der Senat verhehlt nicht sein Bedauern, daß durch die Entscheidung der bremischen Wählerinnen und Wähler eine politische Gruppe, die seit 1945 mit beachtlichem Engagement am Wieder- und Neuaufbau unseres Zweistädtestaates beteiligt war, die FDP, nicht mehr in der Bremischen Bürgerschaft vertreten ist. Bedauern nicht wegen der Wählerentscheidung, sondern weil die bremischen Freidemokraten den Preis für den Kurswechsel in Bonn zu zahlen gehabt haben, der von den hanseatischen Liberalen mehrheitlich nicht gewollt war!

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren, in einer Zeit, die in Sonderheit geprägt ist durch weltwirtschaftliche Verwerfungen, durch wachsende Spannungen im West-Ost-Verhältnis und durch ein unbeschreibliches Wohlstandsgefälle zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre sowie durch steigende offene wie verdeckte Arbeitslosenzahlen in allen Teilen der Welt, in einer Zeit, in der Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit stärker zu dominieren scheinen als wegweisende Zukunftsorientierung, in einer Zeit, da ideologische Grabenkriege international wie national sich stärker ausbreiten und Friedensgesinnung sich nicht paart mit konkreter Friedenspolitik, in einer Zeit, da tradierte Werte in Frage gestellt sind oder wieder in ein Prokrustes-Bett vorgefaßter Meinungen gepreßt werden, in einer solchen Zeit häufen sich die gesellschaftlichen Konflikte, begehrt eine junge Generation auf und fragt nach dem Sinn des Lebens und fragt nach ihrer nicht nur beruflich-materiellen Perspektive, übrigens nicht nur in den westlichen Industriegesellschaften, sondern auch in den kommunistisch orientierten.

Dabei ist es ein Zeichen der Zeit, daß in beiden Teilen der Welt jedesmal hinter der Unruhe der Jungen die Infiltrationsarbeit der anderen Seite vermutet wird. Es ist für die jeweils Verantwortlichen ja auch einfacher, wenn der Feind im anderen Lager ausgemacht wird, als über eigene Versäumnisse nachzudenken.

Gesellschaftliche Konflikte verlagern sich in zunehmendem Maße von der jungen Generation hin zu einer ständig wachsenden Zahl von Menschen aller Altersgruppen. Friedensengagement, Problembewußtsein gegenüber der dritten Welt und nicht zuletzt die Preisgabe des sozialen Grundkonsenses in der Arbeitswelt, die Überbetonung des Kapital-

(C)**(D)**

(A) ertragsinteresses gegenüber noch gestern als „wohlerworben“ angesehenen Ansprüchen von Arbeitnehmern lassen Klüfte aufbrechen, deren Überbrückung und Überbauung ungeheure Kräfte bindet.

Die alte Frage der Industriegesellschaft hat auch heute nichts von Ihrer Aktualität verloren: Warum muß ein Mensch, der ohne eigenes Verschulden seinen Arbeitsplatz verliert, als Folge dieses Ereignisses sozial bestraft werden? Die durch seine Arbeitslosigkeit bedingte Minderung seines Einkommens und des persönlichen Ansehens stellt mit der sozialen Deklassierung zugleich eine reale Bestrafung dar. Und es muß doch wohl in einem der Menschenwürde verpflichteten Sozialstaat gefragt werden dürfen, welche Antwort die Gesellschaft auf diesen an sich unbegreiflichen Vorgang findet.

Diese Frage ist bei der großen Zahl von Arbeitssuchenden schon brennend genug. Sie wird aber an Dramatik noch gewinnen, wenn die Voraussagen ernstzunehmender Wissenschaftler zutreffen, wonach noch in diesem Jahrhundert durch die Veränderung industrieller Produktionsmethoden durch Computer, Roboter und Mikroprozessoren zu erwarten ist, daß nur noch zehn bis 20 Prozent der heute in der Industrie Beschäftigten benötigt werden, um die Summe der Güter zu produzieren, die heute produziert werden.

Wenn daneben noch die erheblichen Arbeitsplatzverluste im privaten Dienstleistungsbereich wie im Büro- und Verwaltungssektor — alles durch die moderne elektronisch gesteuerte Bürotechnik verursacht — mitgesehen werden, dann ist die Frage nach der Aufhebung der sozialen Deklassierung von schicksalhafter Bedeutung für einen Großteil unserer Menschen. Wenn wir nämlich in die Lage versetzt werden, mit einem Minimum an menschlicher Arbeitskraft alles für alle zu produzieren, wird es aufgrund gleichzeitig wachsender Armut der unschuldig arbeitslos Gewordenen nicht bei der Feststellung krasser Widersprüche unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bleiben. Die Konflikte sind vorprogrammiert.

Es liegt an den Politikern, an den Wirtschaftlern, an den Gewerkschaftern, Wege aus diesem Dilemma zu finden, im Streit und Konflikt oder im Konsens, das ist dann die Frage. Ich befürchte, die heutigen Verhärtungen, die Tabuisierung notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen in bezug auf Arbeitszeit und Lebensarbeit, auf Einkommensteilhabe oder -verzicht lassen nichts Gutes erwarten. Am Ende wird der Schutt ungenügend gegenseitiger Abarbeitung wieder vor die Türen der Rathäuser gekippt und Bürgermeister in Pflichten genommen, die sie, weil sie am eigentlichen Prozeß der Verständigung oder des Streites zwischen Kapital und Arbeit als nur kaum beeinflussende Zuschauer teilnehmen, nicht erfüllen können. Ausbaden werden es die Politiker in den Gemeinden, weil in der Regel Bundespolitiker „weit genug vom Schuß“ entfernt sind. Wahrhaftig schöne Aussichten für die kommende Zeit!

Welche Antworten soll man langjährig in Betrieben tätigen Arbeitnehmern, Facharbeitern, Technikern, kaufmännischen Angestellten, eigentlich geben, wenn diese — zugegeben aus Gründen der weltwirtschaftlichen Absatzlage oder eines durch Subventionen und Protektionismus verfälschten Kostendrucks — unter Rationalisierungsgesichtspunkten durch Maschinen ersetzt und dann gar noch um einen Sozialplan gebracht werden, mit der Begründung, nur bei Verzicht auf einen solchen Sozialplan könnten die übrigen Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz behalten? Der, der auf die Straße fliegt, soll also noch dafür daraufzahlen, daß andere im Beruf bleiben können.

Wenn dann der Verdacht aufkommt, daß wie bei Arbed-Saarstahl oder bei der Forderung des Verbandes Deutscher Schiffbauindustrie auf der norddeutschen Ministerpräsidentenkonferenz im April dieses Jahres in Hamburg es sich hier um eine Strategie der Umkehrung bisheriger Arbeitnehmeransprüche handelt, dann braucht man über einen sozialen Grundkonsens wirklich nicht mehr zu reden. Was hier im Augenblick an gutem Willen zerstört wird, spottet jeder Beschreibung. Wollen denn eigentlich die Kräfte um Graf Lambsdorff, wollen denn die Wirtschaftsvereinigungen nicht sehen, daß sie bei einer solchen Politik die Axt an die Wurzel eines früher einmal beschworenen Wirtschaftswunders legen?

(Beifall bei der SPD)

(B) moderne elektronisch gesteuerte Bürotechnik verursacht — mitgesehen werden, dann ist die Frage nach der Aufhebung der sozialen Deklassierung von schicksalhafter Bedeutung für einen Großteil unserer Menschen. Wenn wir nämlich in die Lage versetzt werden, mit einem Minimum an menschlicher Arbeitskraft alles für alle zu produzieren, wird es aufgrund gleichzeitig wachsender Armut der unschuldig arbeitslos Gewordenen nicht bei der Feststellung krasser Widersprüche unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems bleiben. Die Konflikte sind vorprogrammiert.

Wirtschaftswunder, meine Damen, meine Herren, war doch harte gemeinsame Arbeit, gegenseitiges Verständnis und Zusammenwirken von Kapital und Arbeit, sozialer Ausgleich und Mitbestimmung. Wenn dies alles nicht mehr zählen soll, weil man unter dem Druck von Arbeitslosigkeit soziale Rechte und Mitbestimmungsrechte praktisch obsolet machen kann, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Auseinandersetzungen an Unversöhnlichkeit gewinnen. Das Gegenteil wäre aber notwendig, und deshalb appelliert der Senat an die Wirtschaft, gerade jetzt nicht den „contrat social“ aufzukündigen, sondern in eigenem Interesse an eine Festigung heranzugehen. Das klingt utopisch, ist aber eine realistischere Perspektive als das Wiederauflebenlassen einer Ideologie des Klassenkampfes von oben, bei deren Austragung beide Seiten auf Dauer nur verlieren können.

Diesen Appell an die Wirtschaft ergänzt der Senat auch durch einen Appell an die politisch Verantwortlichen in Bund und Land, nun ihrerseits alles zu tun, daß der soziale Konsens erhalten bleibt. Die Wege der Haushaltskonsolidierung dürfen nicht allein über Kürzungen im Sozialhaushalt geschehen, sondern müssen über Anstrengungen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik gefunden werden. Die Verringerung des Anstiegens der Kosten für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe durch aktive Arbeitsmarktpolitik fördert die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Kürzungen führen dagegen zu Deklassierungen

(C)

(D)

- (A) und weiteren Einbußen im Konsum mit erneut rückläufigen Einnahmen für Staat und Wirtschaft. Die Erinnerung an Brüning mahnt, nicht noch einmal die gleichen Fehler zu machen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne wende ich mich jetzt den bremischen Beziehungen zur Bundesregierung zu. Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, das Verhältnis Bremens zur Bundesregierung hat sich nach der Beendigung der SPD/FDP-Koalition und durch die nachfolgende Wahl von Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 und nach der Bundestagswahl am 6. März 1983 naturgemäß verändert.

Diese Veränderung in der bundespolitischen Koalitionslandschaft kann und darf aber unser partnerschaftliches Verhältnis zum Bund nicht beeinträchtigen. Wir sind auf einen die Aufgaben und Rechte der föderativen Gliedstaaten respektierenden Bund angewiesen wie dieser auf ein loyales Bremen. Der Senat hält deshalb an seiner traditionellen Position der Bundestreue fest.

Die Landesregierung wird wie bisher die legitimen Interessen Bremens, notgedrungen in besonderer Weise die finanziellen, geltend machen. Sie wird auch nicht schweigen, wenn durch Vorhaben und Entscheidungen der konservativ-liberalen Koalition in Bonn der soziale und rechtsstaatliche Grundkonsens gefährdet erscheint.

- (B) Partnerschaft ist ein zweiseitiges Verhältnis. Der Senat erwartet deshalb seinerseits von der Bundesregierung, daß sie das kleinste und neben dem Saarland derzeit finanziell schwächste Bundesland nicht im Stich läßt. Der Senat wird deshalb mit allen politischen und rechtlichen Mitteln auf eine angemessene Verteilung des Steueraufkommens, insbesondere auf Bundesergänzungszuweisungen, drängen. Sie wurden früher auch und gerade vom Bundesfinanzministerium als berechtigt anerkannt, sie waren jedoch infolge interessengebundener Absprachen von CDU/CSU-geführten Ländern im Bundesrat — trotz positiver Haltung Baden-Württembergs — nicht durchzusetzen. Hier hat der Bund in verfassungspolitisch problematischer Weise einfach auf seine Gestaltungskraft verzichtet.

Ebenso bedenklich aber ist das Sich-Versagen des Bundes bei der Mitfinanzierung der von der AG-„Weser“-Gruppe, dem Bremer Vulkan und der Hapag-Lloyd-Werft betriebenen Fusion. Dabei haben diese Unternehmen alle Vorbedingungen des Bundeswirtschaftsministers, später auch der Bundesregierung, erfüllt: ein in sich schlüssiges Konzept der Unternehmen, die Bereitschaft der Eigentümer, nicht unwesentliche eigene Finanzbeiträge zu leisten, die Tragfähigkeitsbescheinigung der von der öffentlichen Hand im Bund und im Lande zur gutachtlichen Prüfung betriebswirtschaftlicher Unterlagen und Fakten bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie die Bereitschaft des Landes zu einer beachtlichen finanziellen Unterstützung.

- (C) Der Senat ist angesichts der vor der Wahl immer wieder von seiten hochrangiger Vertreter der Bundesregierung versprochenen ernsthaften Prüfung und gegenüber den Arbeitnehmervertretern der betroffenen Werften geäußerten Hilfsbereitschaft verbittert darüber, daß jetzt angeblich aus Gründen vermuteter Wettbewerbsnachteile für kleine und mittlere Werften und nicht wegen einer unzureichenden Unternehmenskonzeption die Entscheidung der Bundesregierung so negativ ausgefallen ist. Viele Bürger in unserem Land müssen sich düpiert vorkommen, nicht nur die Arbeitnehmer, die Werftenvorstände und die Eigentümer, nein, auch die Vertreter der öffentlichen Meinung müssen sich doch heute fragen, warum man — wenn man diese Begründung ernst meint — nicht schon vor den Wahlen den Bremern und Bremerhavenern reinen Wein eingeschenkt hat.

(Beifall bei der SPD)

Das hätte nach Meinung des Senats auch der bremische CDU-Oppositionsführer verdient,

(Abg. Neumann [CDU]: Vielen Dank!)

der sich nicht zuletzt aus grundsätzlichen bremischen Interessen vor der Wahl für eine sachgerechte Lösung eingesetzt hat. Ich werde im übrigen in anderem Zusammenhang noch auf das Verhältnis Bremens zum Bund eingehen.

- (D) Meine Damen und Herren, was ich Ihnen im folgenden zum Inhalt sozialdemokratischer Politik der nächsten vier Jahre im Namen des Senats zu sagen habe, wird sich deutlich abheben von meinen früheren Regierungserklärungen: Es ist jetzt nicht die Zeit großer Reden und großartiger Zukunftsschau, wir stehen vielmehr vor der Notwendigkeit, alle unsere Kräfte zusammenzufassen, um wenigstens die uns am stärksten bedrückenden Probleme erfolgreich angehen zu können.

Unser Zweistädtestaat ist stark außenwirtschaftlich orientiert und auf freien Zugang zu allen Verkehrswegen auf dem Lande, in der Luft und auf dem Wasser ebenso angewiesen wie auf die traditionellen Fanggründe für seine Hochseefischerei, die durch die dritte Seerechtskonvention und die Uneinigkeit der EG-Länder bedroht sind.

Bremen ist trotz seiner traditionellen, gegen Handelsbarrieren und nationale Abschottung gerichteten Grundeinstellung infolge weltwirtschaftlicher Verwerfungen und der den Freihandel bedrohlich gefährdenden Protektionspolitik anderer Staaten in krisenhafte wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten geraten. Diese Krisen überwinden wir nur durch gesamtstaatliches, zum Teil gemeinsames europäisches Handeln. Hier müssen wir selbstverständlich unseren Beitrag leisten.

Aber das bedeutet auch: Wir können nicht abwarten, bis die Weltkonjunktur wieder anläuft. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen und auf bessere Zeiten warten. Wir müssen selbst unter

(A) schwierigsten Bedingungen antreten. Dabei haben wir die Gewißheit, daß die Bevölkerung, der wir auch im Wahlkampf reinen Wein eingeschenkt haben, keine unbegründeten Erwartungen vermittelt haben, sondern kommende Belastungen angekündigt haben, uns in diesen Bemühungen dann unterstützt, wenn es uns gelingt, sozialverträgliche — also gerechte — Lösungen anzubieten, die unter Umständen nicht einmal die Bewahrung des Erlangten garantieren.

Die vor uns liegenden Aufgaben und einschneidenden Maßnahmen erfordern die Konzentration aller Kräfte. Der Senat wird deshalb noch mehr als bisher als politisches Kollegialorgan verpflichtet sein, spezifische Ressortwünsche und -interessen hinter der Gesamtverantwortung des Senats zurückzustellen. Um diese Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, verzichtet der Senat darauf, im Stile bisheriger Regierungserklärungen einzelne Vorhaben der Ressorts aufzuzählen.

Die Politik der Legislaturperiode muß sich wegen der sich zuspitzenden Arbeitslosigkeit voll auf die Lösung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben konzentrieren. Alle anderen Aufgaben haben sich dieser Zielsetzung unterzuordnen. Dies wird angesichts der schwierigen Finanzlage zu harten, einschneidenden Konsequenzen in allen anderen Bereichen führen. Der Senat wird dies gemeinsam verantworten.

(B) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die vom Senat für erforderlich gehaltene Konzentration wird folgende acht Schwerpunkte verfolgen: erstens, Arbeitsplätze sichern und schaffen; zweitens, Intensivierung des zweiten Arbeitsmarktes; drittens, Ausbildungsplätze schaffen; viertens, Erhaltung der Grundzüge sozialer Absicherung; fünftens, Konsolidierung in der Bildungspolitik; sechstens, Stärkung des Umweltschutzes; siebtens, Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Liberalität und, achtens, Ausschöpfung aller finanzpolitischer Maßnahmen zur Vermeidung zusätzlicher Kreditaufnahmen.

Lassen Sie mich dazu im einzelnen folgendes ausführen: Seit Mitte der siebziger Jahre verläuft die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung der gesamten Küstenregion ungünstiger als im übrigen Bundesgebiet. Dieser Abkoppelungsprozeß, der das Land Bremen besonders hart trifft, geht weiter.

Stärker als anderswo sind in Bremen diejenigen Wirtschaftszweige ansässig, die in besonderem Maße von weltwirtschaftlichem Strukturwandel und dadurch ausgelöstem internationalen ruinösen Subventionswettbewerb getroffen werden. Früher florierende Industriebranchen haben sich inzwischen zu Problemsektoren entwickelt. Rund 40 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Wirtschaftszweigen mit großen Strukturproblemen, das heißt mit einem erhöhten Risiko, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Die Probleme werden sich in den nächsten Jahren verschärfen. Die langfristige Globalplanung hatte

für 1985 ein Defizit von 30 000 Arbeitsplätzen prognostiziert. Diese im Jahr 1980 noch kaum vorstellbare Zahl ist von der Realität bereits überholt worden. Derzeit sind rund 37 000 Personen bei den Arbeitsämtern in Bremen und Bremerhaven arbeitslos gemeldet. Schon wegen der demographischen Entwicklung wird die Nachfrage nach Arbeit zunehmen. Das Angebot an Arbeitsplätzen wird dagegen durch weitere Rationalisierungsprozesse und durch das Fortwirken der strukturellen Rahmenbedingungen weiter schrumpfen.

Bremen als Dienstleistungszentrum hat darüber hinaus zu befürchten, daß der Einzug der modernen Büro- und Verwaltungselektronik in unsere privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereiche weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen, vor allem zu Lasten der Frauen, bringt.

Schließlich bedrohen spezielle Steuerpräferenzen, die zur wohlverstandenen Absicherung West-Berlins gedacht waren, Arbeitsplätze in unserem Land, denn wenn eine Umsiedlung nach Berlin Kosten- und Steuervorteile bringt, wie sie im übrigen Gebiet der Bundesrepublik ohne zusätzliche Wertschöpfung nicht zu erzielen sind, dann wird aus der gesamtstaatlich berechtigten Berlin-Absicherung volkswirtschaftlicher Unsinn mit nicht zu akzeptierenden Folgen für unsere Wirtschaftsregion.

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine Damen, meine Herren, die Marktwirtschaft kann den Strukturwandel allein nicht bewältigen; staatliche Eingriffe sind notwendig. Wenn sich die aus dem sektoralen Strukturwandel resultierenden Beschäftigungsprobleme auf einzelne Regionen und zudem auf einen relativ kurzen Zeitabschnitt konzentrieren, wird die Anpassungsfähigkeit der betroffenen Regionen überfordert. Dies gilt für Bremen und den Unterweserraum hinsichtlich der strukturellen Verwerfungen insbesondere im Schiffbau und beim Stahl.

Bremen hat für die Sicherung von Arbeitsplätzen seine Finanzkraft stets eingesetzt und ausgeschöpft. Bremen kann jedoch seine Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstrukturprobleme allein nicht lösen. Deshalb fordert das Land Bremen den Bund als den Träger der sektoralen Strukturpolitik auf, seinen Verfassungsauftrag wahrzunehmen und die notwendigen sektoralen Strukturentscheidungen zu treffen.

Wir sehen in der Entscheidung, Bremen in ein befristetes Sonderprogramm der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur aufzunehmen, einen wichtigen Schritt in Richtung auf flankierende Maßnahmen zur Reduzierung der überproportionalen Arbeitslosigkeit in der Unterweser-Region. Dieses Sonderprogramm ist aber kein Ersatz für sektorale Maßnahmen für den Schiffbau und die Stahlindustrie.

(Beifall bei der SPD)

(A) Der Bund hat sich bei den sektoralen Maßnahmen zur Absicherung eines für die Gesamtwirtschaft notwendigen Bestandes an nationaler Schiffbauindustrie versagt; doch Bremen ringt auch bei den übrigen Problembranchen um Bundesunterstützung.

Beim Stahl muß sich die Bundesregierung nach dem Scheitern des Moderatorenkonzeptes für eine existenzsichernde Produktionsquote für Klöckner einsetzen. Das Damoklesschwert der Geldbußen muß beseitigt werden, denn das wäre der Tod der Hütte Bremen und damit zugleich die Vernichtung der industriellen Basis unserer Region. Klöckner muß an den angekündigten Umstrukturierungshilfen der Bundesregierung angemessen beteiligt werden.

(Beifall bei der SPD)

In der Fischerei erwartet Bremen den Einsatz der Bundesregierung in Brüssel für angemessene Fangquoten im EG-Meer wie vor Drittlandsküsten, insbesondere die Einhaltung der im Kanada-Vertrag geregelten Fangrechte. Wenn Grönland aus der Europäischen Gemeinschaft ausscheidet, muß die EG durch adäquate Gegenleistung dafür sorgen, daß diese für die deutsche Hochseefischerei wichtigsten Fanggründe erhalten bleiben.

(B) In der Luft- und Raumfahrt ist es für den Standort Bremen besonders wichtig, daß die Bundesregierung ihren bisherigen Programmanteil bei der Erweiterung der Airbus-Familie aufrechterhält; nur so würde auch Bremen von dem Projekt A 320 positiv tangiert. Anderenfalls kommt nicht ein Arbeitspaket nach Bremen. Im übrigen wird das Land Bremen weiterhin darum bemüht sein, daß das Werk Bremen innerhalb des MBB-Konzerns nicht zur verlängerten Werkbank verkümmert. Notwendige Einschnitte aus einer Reduzierung öffentlicher Programme dürfen den bremischen Standort nicht überproportional treffen.

Natürlich kann Bremen nicht nur den Bund mit Forderungen angehen. Das Land muß seinen eigenen notwendigen Beitrag leisten und alles in seinen Kräften Stehende tun, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsstruktur des Landes zu verbessern.

Dabei können und dürfen wir uns nicht mit Hilfen für die Problembranchen begnügen, so notwendig diese auch sind. Umstrukturierungsmaßnahmen schaffen noch keine Verbesserung am Arbeitsmarkt, sondern bremsen nur eine weitere Talfahrt. Die derzeitige ökonomische Basis ist zu schmal, Neues muß hinzutreten.

Große Erfolge wie die Ansiedlung von Daimler-Benz sind in den nächsten vier Jahren nicht wiederholbar. Hier hat sich der Einsatz der öffentlichen Mittel schon heute für Bremen bei den Arbeitsplätzen wie auch bei den öffentlichen Finanzen rentiert. Ein weiterer Ausbau auf dann insgesamt 10 000 Arbeitsplätze ist gesichert. Er wird den bremischen Arbeitsmarkt entlasten.

(C) Meine Damen und Herren, um die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die bereits abgebauten wie auch für die absehbar gefährdeten Arbeitsplätze zu erleichtern, werden wir zusätzliche Mittel einsetzen. Darüber hinaus müssen Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, die an den Standortvorteilen unserer Region ansetzen und über die Verbesserung der Rahmenbedingungen mittel- und längerfristig zu einer Modernisierung der Wirtschaftsstruktur, zugleich auch zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation führen.

Mit dieser Zielrichtung wird der Senat über sein zusätzliches 200-Millionen-DM-Investitionsprogramm für beschäftigungswirksame Maßnahmen beraten. Ein entscheidendes Kriterium bei der Auswahl der Projekte für dieses Programm wird sein, daß die Projekte über die reine Bauzeitwirkung hinaus weitere Aktivitäten der Privatwirtschaft mit Arbeitsmarktwirkung auslösen, die dann in einem weiteren Schritt die Staatseinnahmen erhöhen und somit wieder neue Handlungsspielräume eröffnen.

Das Land will hier die Möglichkeiten nutzen, über die Stärkung der Standortqualität von Bremen und Bremerhaven die Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Betriebe zu verbessern. Ein wichtiges Instrument hierzu ist die neue Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Diese gemeinsam von den Kammern und vom Senat strukturierte Gesellschaft wird sich sowohl um die Probleme ansässiger Betriebe kümmern, als auch neue Interessenten für den Standort Bremen zu gewinnen versuchen.

(D) Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe ist allerdings, daß Bremen und Bremerhaven ihre besondere Standortqualität, die beide Standorte von den Binnenstandorten im Bundesgebiet abhebt — nämlich die Lage an der Küste mit ihrer außenhandelsorientierten Infrastruktur —, weiter ausbauen und auch den Forschungsbereich verbessern. Hierzu sind für Bremen das Niedervieland und für Bremerhaven das gemeinsame niedersächsisch-bremische Projekt Luneplate/Luneort besonders geeignet. Für beide Projekte konnte in der letzten Legislaturperiode ein Einstieg gefunden werden. Hier wird konkret zu beweisen sein, daß es heute möglich ist, Ökonomie und Ökologie miteinander zu versöhnen.

Entscheidend ist jedoch, daß die Unternehmen unser Standortangebot annehmen. Hierzu gehört auch die Attraktivität unserer Städte. Sie wird wesentlich mitgeprägt von den Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen. Trotz veränderter finanzieller Rahmenbedingungen und unvermeidlicher Einschnitte muß hier der Anreiz der städtischen Ballungsräume mit ihren oberzentralen Funktionen erhalten bleiben.

Verehrte Anwesende, bei den Bemühungen um eine breitere Industrie- und Gewerbestruktur werden wir auch den Dienstleistungssektor nicht vernachlässigen. Hier sieht der Senat in verstärkten Anstrengungen um eine erfolgreiche Zusammen-

(A) arbeit von Wissenschaft und Forschung mit der privaten Wirtschaft einen wichtigen strukturpolitischen Ansatzpunkt. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hängt langfristig wesentlich davon ab, daß Produktionsverfahren und Produkte eine technologische Spitzenstellung aufweisen.

Die wissenschaftliche Infrastruktur hat in Bremen lange Zeit keine besondere Rolle gespielt, weil vornehmlich außenwirtschaftliche Bereiche und Schifffahrts- beziehungsweise Schiffbausektoren dominierten. In den letzten Jahren konnten hier sowohl innerhalb wie außerhalb der Universität erhebliche Fortschritt gemacht werden. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich in den für den Technologietransfer wichtigen Bereichen erst um Grundstrukturen handelt.

Der Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur ist notwendig, um Forschungsergebnisse zielgerichtet in moderne Technologien zu transferieren mit der Chance, die darauf aufbauende Produktion in Bremen zu halten. Dabei konzentrieren wir uns vor allem auf die Bereiche Meeres- und Polarforschung einschließlich mariner Geowissenschaften sowie Produktionstechnik. In diesen Bereichen kann der Senat schon heute feststellen, daß sich hier ein tragfähiges Kooperationsnetz zwischen den einschlägig tätigen Wissenschaftlern und Forschungsinstitutionen, den Betrieben der Region und den Organisationen der Wirtschaft mit teilweise überregionaler Ausstrahlung entwickelt. Im übrigen trägt diese Schwerpunktbildung dem maritimen Interesse Bremens deutlich Rechnung. Realisierungschancen für den Ausbau der Wissenschafts- und Forschungsstruktur im Lande Bremen bestehen jedoch nur dort, wo neue Vorhaben und Erweiterungen überwiegend aus sogenannten Drittmitteln finanziert werden und die Belastung der bremischen Haushalte in Grenzen gehalten werden kann.

(B) Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, kleine und mittlere Betriebe stellen nicht nur den größten Teil der Arbeitsplätze, sondern sind auch ein besonders stabiles Element im Ablauf der Konjunkturbewegungen. Anpassungsfähigkeit, Kreativität und Offenheit für Innovationen lassen mittelständige Unternehmen oft besser im Wettbewerb bestehen als Großunternehmen. Weil aber in vielen Betrieben des Mittelstands die Voraussetzungen fehlen, diese Fähigkeiten voll zu entfalten, hält es der Senat für wichtig, die Dynamik und das Innovationspotential solcher Unternehmen durch finanzielle Starthilfen und gezielte Beratung zu aktivieren. Dies gilt speziell für Existenzgründungen.

Kleine und mittlere Unternehmen haben mangels Zugangs zum Kapitalmarkt vielfach Schwierigkeiten bei der Beschaffung des notwendigen Eigenkapitals, was wiederum zu Problemen bei der Beschaffung von Fremdkapital führt. Die Verbesserung der Kapitalausstattung mittelständischer Unternehmen hält der Senat deshalb für einen bedeutsamen Ansatzpunkt einer vorausschauenden Strukturpolitik. Hier wird der Senat prüfen, inwieweit vorhandene Mittel-

standsförderungsprogramme des Bundes auf Landesebene zu ergänzen sind.

(C) Einen Schwerpunkt stellt dabei die Wagnisfinanzierung durch Bereitstellung von Risikokapital für zukunftsorientierte Investitionen dar. Der Senat wird zusammen mit der bremischen Kreditwirtschaft prüfen, inwieweit privates Risikokapital für mittelständische Unternehmen gewonnen werden kann. Die Landesregierung ist der Auffassung, daß dies vornehmlich zu den Aufgaben von seit jeher mittelstandsorientierten Sparkassen und Banken gehört.

Hohes Haus, Arbeitslosigkeit bedeutet heute dank unserer sozialen Sicherungssysteme nicht zwangsläufig materielle Not. Diese Sicherungssysteme, die zum Abmildern von Beschäftigungskrisen geschaffen wurden, sind für manchen Manchester-Liberalen ein Ärgernis. Obwohl sie den inneren Frieden in unserer Gesellschaft stabilisieren, bemühen sich jetzt einige immer noch Uneinsichtige, diese Systeme in Frage zu stellen, sie zumindest als angeblich leistungshemmend abzubauen. Die Folgen einer solch fragwürdigen Absicht trägt die Gesellschaft durch die Auflösung des sozialen Grundkonsenses und spürt der einzelne durch den Verlust an konkreter Solidarität.

Meine Damen und Herren, bei längerem Andauern führt Arbeitslosigkeit zu einer dauerhaften Beinträchtigung von Qualifikation, Motivation, Arbeitsfähigkeit und damit zugleich von Vermittelbarkeit. Hinzu kommen gesellschaftliche Isolierung und Zukunftsangst aufgrund zunehmender Perspektivlosigkeit. Wir alle müssen dafür sorgen, daß hieraus nicht totale Lethargie oder — als die andere Seite derselben Medaille — Extremismus erwächst. Der Senat wird deshalb seine — zugegeben begrenzten — arbeitsmarktpolitischen Handlungsmöglichkeiten wie bisher voll ausschöpfen.

(D) Niemand kann bestreiten, daß Bremen mit einer Reihe von Modellprojekten Pionierarbeit für die Entwicklung des sogenannten zweiten Arbeitsmarkts geleistet hat. Dies gilt insbesondere für unser Jugendwerkstättenkonzept, das von der Bundesanstalt für Arbeit als Sonderprogramm anerkannt und gefördert wird. Hier — im Jugendwerkstättenkonzept — kommen berufliche Bildungsinhalte und sozialpädagogische Betreuungsmaßnahmen unmittelbar zum Tragen. Ziel des Senats bleibt es allerdings, das aus einer Notsituation entstandene Modell „Arbeit und Lernen“ für Jugendliche zu anerkannten Ausbildungsplätzen zu entwickeln.

Projekte dieser Art haben weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung gefunden. Wir werden uns in den nächsten vier Jahren verstärkt darum bemühen, nicht genutzte öffentliche oder private Gebäude und Betriebswerkstätten so weit herzurichten und auszustatten, daß sie für ABM-Beschäftigung genutzt werden können, verbunden mit Berufsorientierung, Umschulung und Fortbildung, in enger Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit.

(A) In diesem Zusammenhang steht der Senat auch alternativen Organisationsformen, die zum Beispiel an den genossenschaftlichen Gedanken anknüpfen, aufgeschlossen gegenüber. Hier können allerdings spektakuläre Projekte nicht im Mittelpunkt stehen, sondern mühselige Lernprozesse, die von einzelnen viel Durchsetzungsvermögen verlangen.

Es dürfen keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Ohne eindeutige Weichenstellungen für eine offensive Arbeitsmarktpolitik durch die Bundesregierung werden sich auf Dauer keine neuen Beschäftigungsfelder über Eigeninitiativen — und sei das Engagement noch so groß — eröffnen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können mit bremischen Modellprojekten nur demonstrieren, daß neue Wege durchaus eine Chance haben, wenn die Bundesregierung Bereitschaft zeigt, hier konstruktiv mitzuwirken.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, es ist an der Zeit, daß endlich eine gesamtstaatliche Finanzierungsbasis für aktive Arbeitsmarktpolitik geschaffen wird,

(Beifall bei der SPD)

um statt großer Kosten für die bloße Finanzierung der Arbeitslosigkeit öffentliche Mittel für volkswirtschaftlich nutzbringende Beschäftigung zu mobilisieren. Arbeitslosigkeit ist die teuerste politische Alternative!

(B) (Beifall bei der SPD)

Ohne eine aktive Arbeitsmarktpolitik wird es letztlich nicht gelingen, die Wirkungen des weltwirtschaftlichen Strukturwandels auf die Beschäftigung in unserem Land zu beherrschen. Nicht weniger, sondern mehr und gezieltere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind notwendig. Dieses Geld ist gut angelegt, denn es bringt Menschen in Arbeit, entlastet damit die Arbeitslosenversicherung, es trägt zugleich zur Absicherung der Rentenversicherung bei und vermittelt den Betroffenen eine Hoffnung auf eine eigenverantwortlich zu gestaltende Zukunft. Wer von Perspektiven spricht, dem sei gesagt: Hier ist eine!

(Beifall bei der SPD)

Der Senat wird in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Arbeitnehmerkammern auf allen Aktionsfeldern der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik weiter pflegen. Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß nur mit den Betroffenen und ihren Interessenvertretern gemeinsam die schwierigen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode erfolgversprechend angepackt werden können.

So ist auch die Forderung der Gewerkschaften nach der Einführung der 35-Stunden-Woche beziehungsweise nach einer Regelung früherer Beendigung der Lebensarbeitszeit eine zentrale Frage offensiver Arbeitsmarktpolitik. Ohne fühlbare Ar-

beitszeitverkürzung wird es mit Sicherheit keine Lösung der Arbeitsmarktprobleme in den achtziger Jahren geben. (C)

(Beifall bei der SPD)

Manche Unternehmer und Verbände sehen die Lösung der Arbeitsmarktprobleme darin, wöchentlich mehr arbeiten zu lassen und dadurch die unternehmerischen Erträge zu verbessern. Sie wollen zugleich damit der Konkurrenz der Billiglohnländer begegnen. Dieses Rezept kann nicht aufgehen. Der Produktivitätsfortschritt vor allem aufgrund der technologischen Entwicklung führt im weltwirtschaftlichen Rahmen dazu, daß immer weniger immer mehr produzieren.

Die insgesamt in einer Volkswirtschaft zu erbringende Arbeit verlagert sich mehr und mehr von den Menschen zu den Maschinen. Wir kommen deshalb nicht darum herum, die den Menschen verbleibende Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen, will man nicht große Zahlen von Menschen von regelmäßiger Arbeit ausschließen. Unsere Bau-, Werft- und Stahlarbeiter wollen doch arbeiten. Die Frauen und Männer aus den Angestelltenberufen, die durch Rationalisierung oder Aufgabe der Firma ihren Arbeitsplatz verloren haben, können sich nicht mit Unterstützung begnügen, sie wollen doch arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Chancen steigen doch nicht, wenn diejenigen, die noch in Brot und Arbeit sind, jetzt auch noch mehr Stunden wöchentlich arbeiten oder den Renteneintritt hinauszögern. Mehrarbeit bedeutet in diesem Sinne nur: Der Leistungsstärkste behält seine Chance, alle anderen sind permanent gefährdet. Das kann doch nicht ernsthaft die Antwort eines sozial verpflichteten Gemeinwesens sein. (D)

(Beifall bei der SPD)

Der Senat wird allerdings Lösungen nicht nur in Zusammenarbeit mit Arbeitnehmerorganisationen und -kammern suchen. Er wird auch, wie in der Vergangenheit, auf Vorschläge der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Wirtschaftskammer und der anderen berufsständischen Organisationen hören und mit ihnen vertrauensvoll zusammenarbeiten. Diese Kooperation hat für den Senat ihren eigenen Stellenwert; daran soll nicht gerüttelt werden.

Hohes Haus, bereits in den Jahren 1977/78 hat der Senat angesichts des absehbaren Mangels an Ausbildungsplätzen massive staatliche Förderungsprogramme mit dem Ziel eingeleitet, Defizite im Berufsbildungssystem der Privatwirtschaft soweit wie möglich auszugleichen. Trotz dieser auch im Ländervergleich ungewöhnlichen Anstrengungen hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt noch nicht entspannt. Deshalb wird der Senat seine bisherigen Maßnahmen fortsetzen und insbesondere die Ausbildungsplätze in der Berufsschule mit berufsquali-

- (A) fizierendem Abschluß so lange bereitstellen, wie es die Situation erfordert.

Hinzu tritt die planmäßige Umsetzung der Mitte dieses Jahres beschlossenen Dringlichkeitsprogramme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. Darüber hinaus wird der Senat Bundesprogramme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze unterstützen und im kooperativen Verbund mit den Sozialpartnern umsetzen. Die bremischen Hochschulen, auf denen heute rund 13 000 Studenten ausgebildet werden, leisten mit ihren hochwertigen Ausbildungsplätzen auch weiterhin einen erheblichen Beitrag zur Entlastung der allgemeinen Ausbildungsplatzsituation. Der Senat bejaht das System der dualen Berufsausbildung. Er appelliert an die gesellschaftspolitische Verantwortung der Wirtschaft, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen und auch künftig zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir das Recht unserer Jugendlichen auf Ausbildung und Beruf sicherstellen und der jungen Generation Vertrauen in die Zukunft geben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, der Senat wird eine Wirtschaftspolitik bekämpfen, die Sozialstaatlichkeit nur als Kostenfaktor in Unternehmensbilanzen rechnet.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Eine solche Politik ist nicht nur inhuman und unchristlich, es ist auch volkswirtschaftlich unvernünftig, den sozialen Grundkonsens zu gefährden.

Der Senat will für sozial Schwache und Benachteiligte auch gegenüber der Bundespolitik ein Mandat ausüben. Er sieht sich damit in Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Der Senat hält es für gesellschaftspolitisch unverantwortbar, wenn die vom Bund bewirkten Einschränkungen der Arbeitslosenversicherung dazu führen, nicht einmal das Lebensnotwendige zu decken und dadurch massenhaft Menschen in die Sozialämter zu drängen.

(Beifall bei der SPD)

Daß wir hier den Bund aus seiner Verantwortung nicht entlassen wollen, versteht sich ebenso von selbst, wie wir die Abwälzung von Bundesleistungen auf die Sozialämter und damit auf die Gemeinden bekämpfen.

(Abg. Erfurth [CDU]: Das hätten Sie man vor ein paar Jahren sagen sollen! — Abg. Frau Leinemann [SPD]: Wer war das denn? — Abg. Neumann [CDU]: Herr Erfurth, Sie können doch nicht die weihevollere Stunde stören!)

- (C) Mehr noch aber halten wir es aus sozialstaatlicher Verantwortung für unerträglich, daß Menschen, die arbeiten können und arbeiten wollen, auf die Sozialämter abgedrängt werden, wenn die Ungunst wirtschaftlicher Entwicklung ihnen ihren Arbeitsplatz nimmt und die Arbeitslosenversicherung auf unzureichende Leistungen herabgedrückt wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise dürfen doch nicht als erste und einzige die ohnehin schon durch Verlust der Arbeit Benachteiligten treffen. Materielle Benachteiligung verbunden mit sozialer Deklassierung begründet eine Ellenbogengesellschaft, in der die gemeinschaftsfördernden Werte wie Nächstenliebe, Brüderlichkeit und Solidarität preisgegeben werden zugunsten des Prinzips: „Alle Macht den Stärkeren!“ Diesen Weg geht der Senat nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat ist vielmehr gefordert, sozial gerechte Lösungen beim Gegensteuern und bei strukturellen Veränderungen zu suchen. Der Senat wird die Struktur sozialer und wirtschaftlicher Leistungen aufgabenkritisch überprüfen und seine Angebote zielgenauer als bisher einsetzen. Er wird prüfen, ob die jeweiligen Zielgruppen noch hilfsbedürftig sind oder sich ganz oder teilweise selbst helfen können. Im Klartext: Unter dem Druck enger Finanzen und steigender sozialer Bedürftigkeit werden wir der Versorgung sozial Benachteiligter eindeutigen Vorrang geben und damit an unseren bisherigen politischen Schwerpunkten festhalten. Deshalb werden wir gegebenenfalls Leistungsminderungen krisenferneren Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen zumuten.

(D)

Der Senat wird weiterhin Selbsthilfe und Mitwirkung des Bürgers entwickeln und fördern. Selbsthilfe und Selbstorganisation sind Motor und Mittel demokratischen Verhaltens, ohne sie kann verlässliche soziale Sicherung nicht erreicht werden. Stationäre Hilfen in Heimen sollen, soweit möglich und sinnvoll, durch ambulante Angebote ersetzt werden. Hierfür sind nicht nur finanzielle Gesichtspunkte maßgeblich. Damit wird künftig auch den unerwünschten Effekten solcher Hilfen, wie Hospitalisierung von Kindern und Jugendlichen oder die Vereinsamung älterer Menschen, gegengesteuert.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, seit 1971 hat der Senat den Bildungsaufgaben absoluten Vorrang gegeben. Wir haben durch quantitative Verbesserungen zur Aufnahme der geburtenstarken Jahrgänge und durch inhaltliche Reformen im Interesse der Chancengleichheit aller Kinder Vorbildliches geleistet.

(Beifall bei der SPD)

In den kommenden Jahren werden wir die nicht weniger schwierigen Probleme lösen müssen, die sich aus den enorm zurückgehenden Schülerzahlen

(A) ergeben. Ein sinnvolles schulisches Angebot setzt eine gewisse Mindestgröße und Mehrzügigkeit voraus. Aus pädagogischen und aus finanziellen Gründen wird es nicht zu vermeiden sein, daß Schulen zusammengelegt werden müssen. Inhaltlich wird der Senat das bildungspolitisch Erreichte konsolidieren und absichern. Er wird an dem Konzept der Stufenschule festhalten und diese Schulen behutsam weiterentwickeln. Dabei ist insbesondere die pädagogische Leistungsfähigkeit der Schulzentren zu stärken und die Kooperation zwischen den Haupt-, Real- und Gymnasialabteilungen zu verbessern. Gleichzeitig wird zu prüfen sein, welche traditionsreichen Gymnasien mit abgrenzbaren Schwerpunkten erhalten werden können. Bei allen inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen im Schulwesen wird der Senat sich um einen breiten gesellschaftlichen Konsens bemühen.

Von den Lehrern erwartet der Senat, daß sie die notwendigen Umstrukturierungen im Bereich der Schulen loyal mittragen. Dabei wird der Senat trotz aller Bemühungen, notwendige Umsetzungen und Abordnungen von Lehrern möglichst einvernehmlich durchzuführen, letztlich die erforderlichen Maßnahmen auch gegen die persönlichen Wünsche der einzelnen treffen, wenn es in der Sache geboten ist.

(B) Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, Ökonomie und Ökologie sind zu lange nur als Gegensätze gesehen worden. Die Auseinandersetzungen mußten härter werden, solange prinzipiell die Ökonomie den absoluten Vorrang bei den politischen Entscheidungen hatte. Doch inzwischen wissen wir um die großen Schäden auch für kommende Generationen, wenn wir fortfahren, die Natur bedingungslos auszubeuten und die zeitlich begrenzten Vorteile ökonomischer Entscheidungen ohne Ansehen nachhaltiger ökologischer Folgeschäden in Anspruch zu nehmen. Große, insbesondere industrielle, Unternehmen belasten die Umwelt mit ihren Abfallprodukten. Vorschriften und Maßnahmen, die dies verhindern oder eindämmen, verursachen bei Unternehmen Kosten, vor allem im Wettbewerb mit standortbegünstigten oder ausländischen Unternehmen, und können dadurch Arbeitsplätze gefährden.

In diesem Zielkonflikt darf der Umweltschutz jedoch nicht mehr wie so häufig auf der Strecke bleiben. Wir müssen alle Phantasie entwickeln, wirtschaftliche Aktivitäten in eine umweltpolitisch unbedenkliche oder gar nützliche Richtung zu lenken. Der Senat hat deshalb für den Umweltschutz ein eigenes Ressort geschaffen, damit bei Abwägungen von wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung der Umweltschutz mit größerem Gewicht in die Waagschale fällt.

Aufgabe des Senats wird es allerdings auch sein, den Bürger davon zu überzeugen, daß eine intakte Umwelt nicht kostenlos zu haben ist. Zum Beispiel die Rauchgaswäsche für die Müllverbrennungsanlage oder die neuen Klärwerke in Bremerhaven und Seehausen verursachen erhebliche Kosten, die der Bürger über Gebühren wird tragen müssen.

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren, Rechtsstaatlichkeit und Liberalität sind für den Senat unverrückbar. Im Interesse unserer Bürger — nicht zuletzt auch der ausländischen Mitbürger — wird der Senat Rechtsstaatlichkeit und Liberalität gegen Angriffe und Aushöhlungen verteidigen.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat wird dazu im Bundesrat und notfalls auch vor dem Bundesverfassungsgericht von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen. In jedem Fall wird er Handlungsspielräume, die ihm das Bundesrecht läßt, strikt rechtsstaatlich und liberal nutzen. Ich nenne besonders das Datenschutzrecht, das Demonstrationsrecht und — auf der Grundlage des Integrationskonzepts des Senats — das Ausländerrecht.

Zur freiheitlichen Verfassung unseres Gemeinwesens gehören auch die Beiräte bei den Ortsämtern. Die Vertretung des öffentlichen Interesses der Bürger vor Ort wird der Senat auch in Zeiten beschränkter finanzieller Mittel entsprechend dem Ortsgesetz von 1979 beachten.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Und die Direktwahl?)

Der Senat war kein Anhänger der Direktwahl.

Ebenso wie bisher unterstützt der Senat die ehrenamtliche Arbeit in den zahlreichen Organisationen des Feuerwehr- und Katastrophenschutzes. Die ältere und die jüngere Generation leisten hier einen Dienst an der Allgemeinheit, für den ich werbe, wo ich kann.

(Beifall bei der SPD)

Rechtsstaatlichkeit und Liberalität sind schließlich nicht ohne leistungsfähige und loyale Sicherheitsorgane zu verwirklichen. Die Sicherheit der Bürger unserer beiden Städte zu gewährleisten ist Auftrag von Justiz und Polizei. Die Arbeitsbedingungen — nicht zuletzt der Polizei — haben ein gutes Niveau. Dies zu halten wird unter den gegebenen finanziellen Umständen und bei teilweise wachsenden Anforderungen nicht ohne bewußte Schwerpunktsetzung möglich sein. Die Polizei und die Justiz können jedoch gesellschaftliche Probleme nicht lösen, auch ihre Folgen nicht allein bewältigen. Dazu bleiben Politik und Verwaltung und nicht zuletzt die Bürger selbst aufgefordert.

Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind tragende Elemente unserer Demokratie. Wir werden deshalb auch in Zukunft dafür eintreten, daß gesellschaftliche und politische Gruppen sich friedlich organisieren, öffentlich äußern und demonstrieren können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir bemühen uns, Andersdenkenden zuzuhören und uns mit ihren Argumenten vorurteilslos auseinanderzusetzen. Auf die Grundsätze von Toleranz und Minderheitenschutz kann sich jedoch nicht be-

- (A) rufen, wer durch Gewalt gegen Personen oder Sachen anderen Schaden zufügt.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen gegenüber kann und muß der Staat seine Zwangsmittel angemessen einsetzen.

Hohes Haus, die vor uns liegenden Aufgaben, vor allem die Bewältigung der Wirtschaftskrise mit der Sicherung der Arbeitsplätze, sind unter außerordentlich ungünstigen finanzpolitischen Bedingungen zu lösen. Keiner der vom Senat gesetzten einzelnen Schwerpunkte kann deshalb aus dem umfassenden engen Rahmen der Finanzpolitik herausgelöst werden. Dies wird drastische Einschnitte und Kürzungen erfordern.

Der Finanzplan des Senats vom November 1982 wies trotz schon beschlossener Kürzungen gegenüber dem vorhergehenden Finanzplan eine Deckungslücke von 850 Millionen DM für die Jahre 1984 bis 1987 aus. Seitdem hat sich die Situation auf der Einnahme- und Ausgabenseite weiterhin verschlechtert. Dies liegt insbesondere an der aktualisierten Steuerschätzung und den darin berücksichtigten Steuermindereinnahmen aufgrund des Steueränderungsgesetzes 1984.

Außer Risikofaktoren grundsätzlicher Art wie Entwicklung von Preisen, Personalkosten, Steuern gibt es ganz konkrete Risiken, die im Finanzrahmen nicht oder nur teilweise berücksichtigt sind. Ich nenne als wichtigste Risikokomplexe die im Streit befindlichen Pflegesätze der Kliniken und die damit verbundenen Vorleistungen Bremens, die in der Wirtschaftskrise wachsenden Sozialhilfeausgaben, den Werften- und Stahlbereich sowie Bürgerschaftsverpflichtungen.

Den scheinbar leichtesten Weg, die Neuverschuldung zu erhöhen, will der Senat nicht gehen,

(Abg. Klein [CDU]: Will?)

wird der Senat nicht gehen!

(Abg. Klein [CDU]: Ja, wichtige Aussage!)

Im Gegenteil, um die Zinsbelastungen tragbar zu halten, wird er alle möglichen Maßnahmen ergreifen, die Neuverschuldung und damit die Kreditfinanzierungsquote gegenüber früheren Planungszeiträumen zurückzuführen. Ziel des Senats ist es, die Neuverschuldung so zu begrenzen, daß sie die Höhe der Investition nicht überschreitet. Investitionen, die nachweisbar die Wirtschafts- und Steuerkraft stärken, haben Vorrang. Investitionen mit hohen Folgekosten für die öffentliche Hand müssen zurückstehen.

Der Senat wird vor allem solche Investitionen tätigen, die regionale Strukturschwächen ausgleichen, Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft sichern und möglichst vom Bund mitfinanziert werden. Nötige Sparmaßnahmen dürfen nicht zu Lasten von Investitionen gehen.

Die Deckungslücken können nur durch ein Bündel von Maßnahmen ausgeglichen werden: Das besondere Augenmerk muß den Personalkosten gelten. Sie binden rund 40 Prozent unserer Haushalte. Hier wird zwangsläufig ein Schwerpunkt der Ausgleichsbemühungen liegen. Wir werden die Personalkosten differenziert senken und dabei soziale Gesichtspunkte berücksichtigen. Sozial heißt vor allem, soviel Arbeitsplätze erhalten wie irgend möglich. Dies bedeutet allerdings Eingriffe in reale Besitzstände und Erwartungen derjenigen, die heute in Arbeit sind.

Auf Bundesebene wird der Senat Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst anstreben, die unter der Tarifentwicklung in der privaten Wirtschaft liegen. Der Senat erwartet hier ein Solidaritätsoffer der Beschäftigten zugunsten der Arbeitsuchenden.

Mittelfristig ist es sinnvoller, die Arbeitszeit zu verkürzen, allerdings bei geringerem Gehaltsanstieg. Solche Arbeitszeitverkürzungen würden zwar in Bremen die Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht erhöhen, sind aber bei den hier notwendigen Stellenkürzungen zu berücksichtigen.

In bremischer Handlungskompetenz liegt es, im öffentlichen Dienst Überstunden, Nebentätigkeiten und Personalnebenkosten zu reduzieren und bei etwaigen Neueinstellungen Teilzeitverträge anzubieten.

Differenziertes Vorgehen bei der Personalkosten-senkung heißt, ressortspezifisch Personal unterschiedlich einzusparen, indem Personalreserven mobilisiert werden, die Arbeit besser organisiert wird, rückläufige Aufgaben berücksichtigt und Aufgaben ganz oder teilweise abgebaut werden. Mit diesem Ziel wird der Senat die einzelnen Bereiche aufgabenkritisch überprüfen. Aufgabenkritik ist für Personaleinsparungen ebenso wichtig wie für den Abbau von Überstunden und Nebentätigkeiten sowie für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen lehnt der Senat ab.

(Beifall bei der SPD)

Damit er diese Position glaubhaft im Wettbewerb zu privaten Leistungsangeboten verteidigen kann, wird der Senat hier besonders kritisch auf möglichst kostengünstige Gestaltung achten.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Keiner wird entlassen. Aber das, was wir den Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft zumuten, sich umsetzen zu lassen, sich Veränderungen zu unterwerfen, das müssen wir auch von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst erwarten können.

(Beifall bei der SPD)

Die laufenden Sachausgaben sind bereits wiederholt gekürzt worden, auch hier gibt es aber noch Reserven, aber ich glaube, nicht mehr sehr viele. Dies gilt beispielsweise für die noch längst nicht aus-

(C)

(D)

(A) geschöpften Möglichkeiten, freien Schulraum anstelle teurer Anmietungen für öffentliche Veranstaltungen und Einrichtungen zu nutzen. Immer wieder wird der Senat auch Subventionen kritisch überprüfen. Das gilt nicht nur für freiwillige, sondern auch für gesetzliche Subventionen. Entsprechende Gesetze müssen gegebenenfalls geändert werden.

Zu den laufenden Sachausgaben gehören viele Leistungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen. Der mit Abstand größte Bereich ist die Sozialhilfe. Sie gehört zum verfassungsmäßigen Grundbestand unseres Sozialstaats und steht somit nicht zur Disposition. Doch auch hier müssen strenge Maßstäbe bei der Gewährung von Hilfen angelegt werden.

Auf der Einnahmeseite müssen Gebühren und Tarife den steigenden Kosten der entsprechenden Leistungen angepaßt werden. Dazu gehören auch die von Bremen hoch bezuschußten Tarife der Bremer Straßenbahn AG. Der Senat prüft, ob statt linearer Tariferhöhung zur Erhöhung der Fahrgastzahlen ein entfernungsabhängiges Tarifsystem einzuführen ist. Wir werden auch um eine Erhöhung von Steuern, insbesondere der Hebesätze bei der Gewerbe- und bei der Grundsteuer, im Laufe der Legislaturperiode nicht herumkommen. Bremen soll dabei nicht zum Spitzenreiter werden, sondern im Mittelfeld der vergleichbaren Großstädte bleiben.

Schließlich werden wir auch einmalige Maßnahmen ergreifen müssen, die sich nicht wiederholen lassen. Dies sind insbesondere Grundstücks-, Beteiligungs- und sonstige Vermögensveräußerungen.

(B) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, der Senat stellt sich mit diesem Aufriß künftiger Handlungsspielräume und Handlungsabsichten den Aufgaben in der vor uns liegenden Legislaturperiode. Er ist sich gewiß, daß dieses Hohe Haus ihn mehr als einmal in kritischer Distanz und wohl auch politischer Skepsis begleiten wird. Dies versteht sich aus dem natürlichen Gegen- und Miteinander von Parlament und Regierung.

Der Senat hofft gleichwohl auf gute Kooperation in den existenziellen Fragen unseres Zweistädtestaates und setzt bei der Sicherung demokratischer und sozialstaatlicher Grundwerte auf eine parteienübergreifende, der traditionellen bremischen Liberalität entsprechende Zusammenarbeit.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die Aussprache über die Regierungserklärung des Senats ist eröffnet.

Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich nicht versäumen, den Konsul der Vereinigten Staaten in unserem Kreis zu begrüßen. Sie bekunden durch Ihren Besuch Ihr Interesse, wir danken Ihnen dafür!

(Beifall)

Wir haben uns vorgenommen, in der Reihenfolge CDU, GRÜNE, SPD zu debattieren. Es gilt eine Redezeit von bis zu 60 Minuten je Fraktion. Für die

weitere Debatte sind Redezeiten vorgesehen, die einschließlich der ersten Redner jeweils 90 Minuten je Fraktion nicht überschreiten dürfen. (C)

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. **Neumann** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausgangspunkt für die Regierungserklärung des neugewählten Bürgermeisters, die wir eben gehört haben, ist das Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 25. September dieses Jahres. Bei dieser Wahl haben die Sozialdemokraten eine klare absolute Mehrheit errungen.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, was ich Ihnen Gutes tue!

(Heiterkeit — Abg. **Kunick** [SPD]: Das waren die Wähler!)

Sie haben 58 Abgeordnete, Sie regieren allein, und, meine Damen und Herren, Sie haben damit auch die volle alleinige Verantwortung für die Geschicke in diesem Bundesland.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Fluß** [SPD]: Da fällt Ihnen ein Stein vom Herzen! — Heiterkeit bei der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren von der SPD, können Sie, weil hier klare Mehrheiten vorhanden sind und Sie allein regieren, die Problemlösungspflicht, vor der Sie stehen, nicht auf Dritte, auf Oppositionen, auf die Bundesregierung abschieben, sondern Sie allein stehen in der Verantwortung, diese Probleme zu lösen! (D)

(Beifall bei der CDU)

Eines sei hier ganz deutlich gesagt, auch bei dem Durchsetzen Ihrer Politik, der Senatspolitik, in Bonn stehen Sie in der Verantwortung, und ein Mißerfolg, zum Beispiel, wenn Sie sich nicht durchsetzen, ist in erster Linie und ausschließlich Ihr Mißerfolg, nicht der Mißerfolg der Opposition, der CDU oder anderer Parteien.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD: Aha!)

Uns ist als CDU die klare Rolle der Opposition zugewiesen worden, diesen Auftrag nehmen wir an. Im übrigen haben wir da ja auch schon Erfahrung. Zur Aufgabe der Opposition gehört es, die Regierung zu kontrollieren, nicht zu versuchen mitzuregieren, und wir fühlen uns als Opposition, als eine starke Minderheit, natürlich auch verpflichtet, uns zum Anwalt derjenigen zu machen, die sich nicht repräsentiert fühlen durch diese Mehrheit in diesem Hause, soweit wir im einzelnen die Positionen teilen können.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Meine Damen und Herren, sicherlich, Sie repräsentieren etwa die Hälfte der Bevölkerung durch Ihr Wahlergebnis. Es gibt da auch die andere Hälfte, die Sie mit Ihrem Wahlerfolg nicht repräsentieren, und deswegen sollte man über das Zitat, Herr Bürgermeister, das Sie in der Regierungserklärung genannt haben, ein wenig nachdenken, wenn Sie sagen: „Die Wähler haben uns mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen und für die Fortsetzung unserer Politik plädiert.“ Denken Sie doch so einmal ein bißchen darüber nach, meine Damen und Herren von der SPD, Ihre langjährige Politik hat ja Bremen in diese schwierige Situation geführt! Ich kann mir nicht denken, daß die Bürger wollen, daß dies nun fortgesetzt wird!

(Beifall bei der CDU — Abg. Stichweh [SPD]: Unlogisch!)

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren, dies Wahlergebnis rechtfertigt nicht alles, es rechtfertigt die Tatsache, daß Sie regieren können und dürfen, aber nicht, daß damit automatisch das alles sanktioniert ist, was Sie Bremen in den letzten Jahren zugemutet haben und, wie ich der Regierungserklärung entnommen habe, in manchen wichtigen Bereichen weiter zumuten wollen, genauso — ich darf Sie einmal an Ihre Rolle in Bonn erinnern, die jetzige Rolle — wie Sie ja auch nicht, weil die Mehrheit sich nun für die CDU/CSU und FDP entschieden hat, Ihre Position als von vornherein weniger qualifiziert bezeichnen! Sie haben dafür keine Mehrheiten bekommen, das muß ja nicht bedeuten, daß Sie in jedem Falle die falschen Positionen vertreten, und wenn wir uns so verstehen in diesem Hause, meine ich, ist hier ein gutes Klima gegeben.

(B) Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt, der Senat bietet Kooperation in allen wichtigen, die Existenz Bremens und Bremerhavens berührenden Fragen an. Bevor man dazu ja sagt, wogegen natürlich im Prinzip nichts einzuwenden ist, müßte man sich über die Spielregeln unterhalten. Da kann es nicht so sein, daß Sie dann, wenn Sie irgendwo unterstützende Hilfe brauchen, plötzlich auf den Gedanken der Kooperation kommen, und dann, wenn das nicht der Fall ist, lassen Sie uns sozusagen beiseite stehen. Kooperation verpflichtet beide Seiten, Kooperation heißt zum Beispiel auch laufende Information, Kooperation heißt auch in lebenswichtigen Fragen, daß man über die Meinung eines gewichtigen Teils dieses Parlaments nicht einfach zur Tagesordnung übergeht, sondern mindestens versucht, die Argumente einzubeziehen. Das heißt Kooperation.

(Beifall bei der CDU)

Kooperation in wichtigen Fragen für Bremen, Herr Bürgermeister, bedeutet auch Information. Beispielsweise finde ich es ziemlich eigentümlich, daß bis zum Wahltag hin fast alle zwei Tage telefonisch wie

(C) auch durch Gespräche die Vorsitzenden der Fraktionen über die konkrete Lage, über die Absichten des Senats bezogen auf die Werftschwierigkeiten informiert worden sind und daß, sowie der Wahltag beendet war, ich seitdem von Ihnen, obwohl ja wichtige Dinge in Bonn zu leisten waren und durchzusetzen waren, kein einziges Wort gehört habe. Meine Damen und Herren, das ist nicht der Stil einer vernünftigen Kooperation. So stellen wir uns Kooperation nicht vor!

(Beifall bei der CDU)

Mich würde es reizen, bei den Präliminarien, bei denen ich jetzt bin, auch einen Satz zu sagen zu Ihren Bemerkungen zu der FDP. Sie haben ja sehr bedauert, unter großem Beifall der SPD-Fraktion, nein, das war an einer anderen Stelle —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist falsch!)

Entschuldigen Sie, das war an anderer Stelle!

(Heiterkeit bei der CDU)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, ich denke immer, das mußt du doch hinbekommen! Das klappt!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das haben wir ja auch so verabredet!)

(D)

Also, nicht unter großem Beifall der SPD-Fraktion, darauf legt der SPD-Fraktionsvorsitzende Wedemeier Wert durch einen Zwischenruf! Sie haben bedauert, daß die FDP nicht im Parlament vertreten ist. Das ist immer schwierig, wenn man so etwas bedauert, weil ich mir dabei denke, Sie ja auch, wenn Sie weiter darüber nachdenken, wie Sie dann bedauern, daß ein paar Kollegen mehr von der SPD hier im Saale sind. Das bedauere ich gleichzeitig mit, weil sie aufgrund des Wegbleibens der FDP nachgerückt sind. Das möchte ich an sich nicht so gern, weil ich finde, alle Kollegen, die hier im Parlament sind, sind da, und da sollte man nichts bedauern.

Schon gar nicht würde ich den Grund akzeptieren, der natürlich ganz geschickt politisch gemeint war, wenn Sie sagen, die Liberalen sind jetzt nicht mehr vertreten, weil sie den Preis für den Kurswechsel in Bonn zu zahlen gehabt haben, der von den hanseatischen Liberalen mehrheitlich nicht gewollt war. Ich kann mit Herrn Lahmann nicht diskutieren, weil er oben auf der Zuschauertribüne sitzt, aber genau das war es ja, Herr Bürgermeister, worauf Herr Lahmann immer Wert legte — ich habe das auch angezweifelt, Sie haben das jetzt unterstellt —, daß die FDP in Bremen sagte, jawohl wir sind auf dem Genscher-Kurs. Nein, meine Damen und Herren, die Freien Demokraten sind deshalb nicht gescheitert, sie sind ausschließlich an ihrer unklaren Haltung

(A) gescheitert, und deswegen sitzen sie nicht mehr im Parlament.

(Beifall bei der CDU)

Zur Regierungserklärung grundsätzlich und dann im einzelnen! Meine Damen und Herren, wenn man eine solche Regierungserklärung bewertet, muß man sich einmal überlegen, was eine solche Erklärung überhaupt soll. Bisher war es mindestens unstrittig im parlamentarischen Bereich, daß eine Regierungserklärung so konkret wie möglich — wie möglich! — zu den wichtigsten Sachbereichen der Politik, und ich glaube, daß da mindestens jedes Ressort dazu gehört, weil wir in jedem Ressort einen Senator haben, deutlich macht, was die Regierung in den nächsten vier Jahren tun will.

Sie haben, bezogen auf die Allgemeinheit, in dieser Regierungserklärung bereits einschränkende Vorbemerkungen gemacht, Sie sagten, Herr Bürgermeister, keine großen Versprechungen. Einzelne Vorhaben der Ressorts wollten Sie nicht auführen. Ich muß Ihnen sagen, nachdem ich alle Ihre Regierungserklärungen noch einmal nachgelesen habe — auch die letzten —: So allgemein, so wenig konkret, bezogen auf Bremen, auf die wichtigsten Sachbereiche, was man dann eigentlich tun will, so verbal war noch keine Regierungserklärung von Ihnen. Sie haben — ich komme im einzelnen darauf — wichtigste Bereiche der Politik einfach weggelassen!

(B) Natürlich wollen wir keinen Neckermann-Katalog, um das gleich zu sagen. Aber, Herr Bürgermeister — jetzt sitzen Sie nicht da, das tut mir leid, ich wollte Sie ansprechen, aber ich glaube, Sie saßen da —

(Abg. Kudella [CDU]: Er steht dort hinten!)

ganz außen saß der Herr Brückner, der Mann verdient es doch, daß zu seinem Ressort etwas gesagt wird, zu seiner Politik etwas gesagt wird. Wenn da nichts gesagt wird, verdient er nicht, daß er hier sitzt, Herr Bürgermeister!

(Beifall bei der CDU)

Da findet nichts statt.

Der andere Herr, der daneben saß — ich glaube er war das, das ist jetzt schwierig, meine Vorstellungskraft, das war nicht so eindrucksvoll, daß ich das jetzt behalten habe —, ich glaube, das war der Senator Kahrs. Sein Ressort findet in der gesamten Regierungserklärung nicht statt.

(Widerspruch bei der SPD)

Entschuldigen Sie bitte! Ihren Protest nehme ich zur Kenntnis! Ich korrigiere mich, auf der vorletzten Seite haben Sie gesagt zur Justiz, das ist bemerkenswert: „Justiz und Polizei tragen zur Sicherheit in diesem Lande bei.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das war die Aussage!

(C) Meine Damen und Herren, anscheinend verstehen es die Sozialdemokraten, Politik nur bei vollen Kassen zu machen und dann Konkretes zu sagen. Die Folge war allerdings, daß die Kassen dann nicht sehr lange voll waren. Vor der Situation stehen wir heute. Aber immerhin, meine Damen und Herren, geben wir Jahr für Jahr mehr als vier Milliarden DM aus, immerhin haben wir zwölf Senatoren, wir haben wichtige Fragen. Das entbindet Sie doch überhaupt gar nicht zu sagen, wenn Sie es schon nicht versprechen wollen, wie Sie denn in wichtigsten Bereichen Ihre Politik darstellen, und dort ist insgesamt Fehlanzeige. Ich werde das an den einzelnen Beispielen erläutern.

Ich fasse diese Regierungserklärung als ein Dokument der Hilfslosigkeit, bezogen auf die krisenhafte Situation im Lande Bremen, auf. Die Krise wird gar nicht gemeistert, das ist auch sicherlich sehr schwer, es wird keine Perspektive aufgezeichnet, wie denn dieses Land aus dieser Krise herauskommen soll. Mit anderen Worten: Die Erklärung ist eine Erklärung für die Weiterverwaltung der Krise in Bremen.

(Beifall bei der CDU — Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

Zur Bonner Politik! Bremen, sagten Sie, kann seine Probleme nicht mehr allein bewältigen. Das ist unstrittig. Dann widmen Sie viele Passagen Ihrer Regierungserklärung direkt oder indirekt der Politik in Bonn. Sie beklagen diese, Sie beklagen die Kürzungen, im Grunde beklagen Sie dort alles. Mir scheint, und das war der Zwischenruf meines Kollegen Erfurth, er hat etwas den weihvollen Augenblick gestört, aber im Grunde hatte er recht, als er Ihnen zurief, wenn Sie dies alles beklagen, was da alles geschieht, die hohe Arbeitslosenquote, wo waren Sie denn in den ganzen letzten Jahren der Republik, wer hat denn in Bonn regiert, wer hat denn bis vor einem Jahr regiert? Das war eine SPD-Regierung über zwölf Jahre unter Ihrer Führung. Sie haben doch den Pleiteladen in Bonn hinterlassen, den wir jetzt aufzuräumen haben!

(Beifall bei der CDU)

Im letzten Jahr waren Sie gescheitert. Herr Schmidt, Ihr Bundeskanzler, mußte das Handtuch werfen, und dann kamen wir, kam die CDU mit der CSU und der anderen FDP

(Heiterkeit)

in die Regierung.

Meine Damen und Herren, es ist überhaupt gar nicht zu bestreiten, daß das, was wir uns alle erhoffen, bezogen auf die Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung, bei weitem nicht eingetreten ist. Eines ist aber wohl auch klar: Wenn Sie hier in Bremen Ihre Probleme, unsere Probleme, die Probleme Bremens, bewältigen wollen, und das sind im

(A) wesentlichen Arbeitsmarkt- und Finanzprobleme, muß doch unser aller Hoffnung sein, daß das in Bonn zu Erfolgen kommt. Ohne die Bewältigung der Probleme in der Bundesrepublik hat Bremen überhaupt gar keine Chance, denn bremische Probleme kommen hinzu.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf ein paar Daten verweisen, was positive Dinge betrifft, die völlig im Gegensatz zu Ihren Regierungsergebnissen stehen. Nehmen Sie zum Beispiel das, was auch für Bremen nötig wäre, nämlich die Reduzierung der Neuverschuldung! Das Hauptproblem in Bonn war, daß wir im Grunde auf eine Pleite zusteueren, daß die Zinsen immer höher wurden, was in Bremen hier genau der Fall ist, und daß es immerhin gelungen ist, innerhalb eines Jahres die Neuverschuldung um 20 Milliarden DM zu reduzieren, natürlich dadurch, daß gespart wurde, und wenn irgendwo gespart wird, ist das in der Regel unpopulär. Es wurde drastisch reduziert. Insgesamt wurden die Haushalte 1983 und 1984 um knapp 30 Milliarden DM jährlich entlastet.

Meine Damen und Herren, das hat schon Auswirkungen, selbst wenn die nicht alle vom Stuhle reißen, die zum Beispiel in den verschiedenen Stellungnahmen zum Ausdruck kommen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die fünf Weisen, stellte kürzlich fest, für 1984 stünden die Zeichen günstig: „Der Sachverständigenrat erwartet, daß die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr weiter aufwärts gerichtet ist.“ Die Deutsche Bundesbank bestätigt in ihrem letzten Bericht: „Die finanzielle Basis für einen dauerhaften, im wesentlichen von Investitionen getragenen Aufschwung ist heute besser als seit langem.“

(B) Erinnern wir uns, meine Damen und Herren! Noch vor einem Jahr steckte die deutsche Wirtschaft nur in roten Zahlen. Das Bruttosozialprodukt ging 1981 um 0,3 Prozent und 1982 um 1,2 Prozent zurück. Nach einem Jahr neuer Bundesregierung schreiben wir in diesem Bereich wieder schwarze Zahlen. 1983 wird das Bruttosozialprodukt um ein Prozent real zunehmen, 1984 um 2,5 bis drei Prozent. So mindestens haben es die fünf Weisen vorausgesagt. Denken Sie an die Inflationsrate, die im Laufe der letzten Jahre viele unserer Mitbürger um ihre Ersparnisse gebracht hat! Heute ist der Anstieg der Verbraucherpreise von 5,6 Prozent vor 15 Monaten auf 2,6 Prozent zurückgegangen.

Meine Damen und Herren, auch in verschiedenen Bereichen der Industrie, leider nicht in den Krisenbereichen, aber es gibt ja in der Bundesrepublik insgesamt Gott sei Dank nicht nur Krisenbereiche, in vielen Bereichen der Industrie steigen Aufträge und Investitionen. Das wohnungsbaupolitische Sofortprogramm hat dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben. Dies bestätigt der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Geiger, mit dem Sie vor wenigen Tagen gemeinsam aufgetreten sind, Herr Bürgermeister.

Er sagt nämlich: „Der Abschwungtrend ist endlich durchbrochen. Für den Wohnungsbau haben die Sparkassen im ersten Halbjahr mit zehn Milliarden DM die höchste Halbjahressumme seit der Währungsreform zur Verfügung gestellt.“ Auch beim Handwerk meldet sich für das erste Halbjahr 1983 ein nominales Umsatzwachstum von 6,8 Prozent, real drei Prozent an.

Meine Damen und Herren, ich sage dies nicht, um irgendwelche Erfolge, die da sind, nun hochzustilisieren und das ganze Haus mit Erfolgen zu beweihräuchern, ich sage dies aber, weil die Tatsache, daß wir in Bonn eine andere Politik gemacht haben, daß wir zu stabileren Haushalten gekommen — das, was Sie beklagen, weil Haushalten gestrichen werden muß —, die erste Voraussetzung war und ist für eine Gesundung unserer Wirtschaft, und die jetzigen Erfolge geben uns recht darin.

(Beifall bei der CDU)

Ich wiederhole noch einmal: Ohne Erfolg der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bonn — ich sage das so drastisch — kann man in Bremen den Laden schließen, weil wir in Bremen, darauf ist im einzelnen einzugehen, nun auch noch strukturspezifische Probleme haben! Sie haben auch mit Recht gesagt, Herr Bürgermeister, Bremen ist mehr denn je auf ein gutes Verhältnis zu Bonn angewiesen. An einer anderen Stelle habe ich dann eine Bemerkung gehört, Sie würden, soweit möglich, von Ihren Rechten auch vor dem Bundesverfassungsgericht Gebrauch machen. Darüber sollten Sie noch einmal ein wenig nachdenken!

(Abg. K u n i c k [SPD]: Von den Rechten!)

Von den Rechten! Natürlich ist das formal immer richtig! Man kann formal, wenn der Bundesgesetzgeber irgend etwas entschieden hat, gegen alles klagen. Es ist nur die Frage, ob sich das kleine Bundesland immer ausschließlich zum Leithammel der sozialdemokratischen Vorstöße gegen die Bundesregierung macht, ob es nicht manchmal klüger ist, politisch etwas zu sagen, aber dann das Klagen anderen zu überlassen. Ich möchte das anheimstellen, weil das auch ein wenig Klima ausmacht, was nicht bedeutet, daß man Ihnen Ihre Rechte nehmen kann. Jede Landesregierung ist souverän. Es ist nur die Frage, ob es jeweils politisch klug ist.

Meine Damen und Herren, wenn hier behauptet wird, Bonn würde die schwierigen Probleme Bremens und Bremerhavens nicht sehen, Bonn würde möglicherweise Bremen vernachlässigen, so ist das Unsinn! Umgekehrt muß ich fragen, weswegen ist dann in der Regierungserklärung und in anderen — in der Regierungserklärung steht es so nicht, aber in den anderen Aussagen — enthalten, daß der norddeutsche Raum seit 1970 kontinuierlich vernachlässigt worden ist. Hier ist doch dasselbe wie in anderen Fragen. Seit 1970 gehen die entscheidenden

(C)

(D)

- (A) den Mittel in eine andere Richtung, aber seit 1970 sind Sie in Bonn in der Regierung mit der SPD!

(Beifall bei der CDU)

Bonn kennt die Probleme, wobei uns allen lieber wäre, wenn hier für diesen Raum noch viel mehr getan würde, und dafür muß man sich einsetzen. Aber ich möchte Ihnen nur einmal einige Beispiele sagen, damit das auch für die Öffentlichkeit deutlicher wird, was Bonn denn alles direkt oder indirekt für Bremen tut: 80 Millionen DM Gemeinschaftsaufgabe, immerhin, obwohl die normalen formalen Kriterien noch nicht einmal zutreffen; zusätzlich 210 Millionen DM, die Sie nicht selbst bezahlen müssen, vorgehalten für Investitionszulagen innerhalb dieser Gemeinschaftsaufgabe; Reederhilfe, was ja insbesondere Bremen angeht, 1983 von 180 Millionen DM auf 230 Millionen DM erhöht, entgegen den Vorstellungen der alten Bundesregierung, 1984 von 180 Millionen DM auf 250 Millionen DM; neuerdings Zinshilfe zusätzlich für Reeder von 40 Millionen DM; Klöckner Kohlevergasungsanlage 231 Millionen DM — daß die das nicht machen, ist bedauerlich, aber es ist nicht die Schuld der Politik —; Fischerei, permanent wie auch andere Regierungen natürlich, Hilfe in Millionenhöhe, das reicht denen nie aus, wie man auch hinzufügen muß.

Das, was viele Jahre nicht möglich war, hat die neue Bundesregierung geschafft, nämlich ein vernünftiges Abkommen bezogen auf die Fischerei innerhalb der EG, welches die Voraussetzung für weitere Verhandlungen mit Kanada und anderen Drittstaaten ist. Oder Luft- und Raumfahrt! Neuer Beschluß der Bundesregierung: Die Bundesregierung übernimmt Entwicklungskosten für den Airbus 320, langfristig 1,2 Milliarden DM, Bremen besonders mitbetroffen. Aufträge Lürssen-Werft! Eine Reihe möchte ich jetzt nicht nennen, aber da war ich selbst eingeschaltet, was hier getan wird, damit die Arbeitsplätze in Bremen-Nord gesichert werden können. Erno: Auftrag Fernmeldesatellit, freigegeben durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen Schwarz-Schilling! Herr Senator Grobecker, der große Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — ich komme später darauf —, wozu Bonn einen beträchtlichen Anteil leistet, der an sich höher ist bezogen auf das, was normalerweise verpflichtend hier für Bremen getan werden müßte!

Meine Damen und Herren, dies habe ich nur gesagt, um deutlich zu machen, daß eine ganze Menge von Bonn, von der Bundesregierung und auch und gerade von der neuen Bundesregierung, für Bremen getan wird.

Nun zum Schluß das Fusionskonzept! Ich will meine Enttäuschung darüber, daß dieses Konzept keine Bonner Hilfen bekommt, gar nicht verhehlen. Ich glaube jedoch, daß dies nicht böser Wille ist, nach dem Motto, jetzt wollen wir Bremen einmal hängenlassen, sondern daß das eine Vielzahl von Gründen hat. Mittlere Werften: Das ist sicherlich nicht der alleinige Grund, aber es ist einer. Trag-

fähigkeit: Darüber ist an anderer Stelle zu reden. Nein der Länder: Denken Sie bitte auch einmal an die unrühmliche Rolle von Hamburg, wenn wir das schon einmal parteipolitisch machen wollen!

Ich kann mich erinnern, daß bereits vor der Wahl, meine Damen und Herren von der SPD, aus Hamburg, bezogen auf all das, was wir wollten vom Bund, negative Töne kamen. Wenn ich richtig informiert bin, sind Sie doch noch hingefahren, um das klarzumachen. Sie sind gemeinsam mit dem Bürgermeister von Hamburg hier aufgetreten, nach dem Motto: Gemeinsam für Bremen! Da müßte ich Sie auch fragen, obwohl das ziemlich einfach wäre, warum boykottiert dann gerade Hamburg diese Hilfen. Die Hamburger müßten schon aus Solidarität zu Ihnen als SPD Bremen helfen. Das haben sie nicht getan, also machen Sie daraus keine parteipolitische Frage!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch ein Letztes sagen, das ist wichtig für Sie von der SPD, meine Damen und Herren! Sie sollten sich im Hinblick auf ein mittelfristiges Verhältnis zu Bonn überlegen, ob Sie doppelstrategisch weiter vorgehen nach der Methode, der Herr Bürgermeister macht Shakehands auf höherer Ebene, er macht den Staatsmann und setzt auf Kooperation, und Sie betreiben eine Schmutzkampagne gegen die Bundesregierung wie gegen den Bundeskanzler!

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist ungeheuerlich, wenn ich bedenke — warten Sie einmal ab! —, und ich bin autorisiert, dies zu sagen —.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Können Sie einmal mit Beispielen reden!)

Ja, ich bin ja gerade dabei!

Meine Damen und Herren, wenn ich mir dann etwas erzählen lasse über den Gesprächsverlauf von vor einer Woche, am Montag, beim Bundeskanzler, an dem ja in Sachen Werften der Herr Bürgermeister und die Senatoren Grobecker und Lenz teilgenommen haben, als dann der Herr Bürgermeister — das ist mir von zwei Seiten jetzt gesagt worden — ausdrücklich dem Herrn Bundeskanzler Dank für das besondere Engagement für Bremen sagte,

(Bürgermeister K o s c h n i c k : Aber nicht für die Werften!)

dem Bundeskanzler selbst sagte, ihm persönlich seien keine Vorwürfe zu machen, und der Bürgermeister dieser Stadt setze weiter auf das gute Verhältnis zwischen dem Bundeskanzleramt und Bremen!

Ich finde das gut, aber, meine Damen und Herren, dann ist es doch scheinheilig und Heuchelei, wenn

- (A) Sie hier die andere Strategie unternehmen! Das muß die Öffentlichkeit auch einmal wissen!

(Beifall bei der CDU)

Sehen Sie, und wie dann Ihre eigenen Freunde dicke Backen machen!

Ich habe zufällig gesehen, als der Herr Grobecker bei „Buten un binnen“ interviewt wurde und dann von dem Reporter gefragt wurde: Aber, Herr Grobecker, ich gehe davon aus — so ungefähr, damit ich nichts unterstelle! —, Sie sind in Ihrer Art da grob geworden. Da hat er den Eindruck hinterlassen, als hätte er beim Bundeskanzler schwer auf den Putz gehauen. Nein, meine Damen und Herren, ich muß Sie enttäuschen, und zwar angenehm, Herr Grobecker hat sich so verhalten, wie es sich beim Bundeskanzler gehört,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

und er ist nicht so aufgetreten, wie manche von Ihnen ihm das manchmal unterstellen. Ich finde das gut, und hierzu mein ausdrückliches Lob, was die Methode betrifft, bezogen auf Ihre erste Amtshandlung!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, damit schließe ich das Kapitel Bonn ab. Es gibt und es wird, weil andere politische Konstellationen da sind, immer Unterschiede geben, und Sie als SPD-Regierung werden zwangsläufig, sonst brauchten wir keine unterschiedlichen Parteien, anderer Meinung sein, häufig anderer Meinung sein, als die Politik der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP zum Ausdruck bringt. Aber, Herr Wedemeier und Herr Kunick — der Bürgermeister macht das ja anders, mindestens sieht es so aus —, Sie sollten sich immer vor Augen halten, daß, so sehr wir unsere eigene Eigenständigkeit nicht tangiert wissen wollen, die Aussage des Bürgermeisters steht, Bremen kann die Probleme nicht allein bewältigen, und so sehr man Kritik übt, sollte man das Verhältnis zwischen Bonn und Bremen trotz unterschiedlicher politischer Konstellationen nicht trüben, denn eines ist doch klar, am längeren Arm sitzt immer der Stärkere! Ich möchte nicht, wir möchten alle nicht, daß Bremen möglicherweise, die Bevölkerung dieser Stadt, am Ende Leidtragende sind, wenn Sie in ungerechtfertigter Weise einen Stil pflegen, der uns nichts nützt.

Herr Bürgermeister, nun zu Ihren einzelnen Kapiteln! Ich möchte in der Reihenfolge Ihrer Regierungserklärung vorgehen, weil Sie die auch sachlich geordnet haben.

Wirtschaft, Arbeit: Meine Damen und Herren, uns allen ist bekannt, daß sich, bezogen auf die Arbeitslosigkeit, die Lage hier in Bremen immer mehr verschlechtert, daß der Abstand, bezogen auf die Arbeitslosigkeit, zwischen Bund und Bremen zu Ungunsten Bremens immer mehr zunimmt. Uns ist weiter bekannt, daß die Wachstumsraten in Bremen eindeutig schlechter sind als im Bund und immer

(C) schlechter werden — 1975 war das übrigens noch umgekehrt —, so daß wir vor großen Problemen stehen.

Die Krisenbranchen, auf die Sie eingegangen sind, will ich im einzelnen nicht mehr nennen, da sind die Probleme ohne Hilfe des Bundes nicht zu bewältigen. Das ist klar. Aber ich finde, der neue Wirtschaftssenator, die Landesregierung muß erkennen, daß bremische Wirtschaftspolitik mehr sein muß als dieses permanente Schielen und die ausschließliche Konzentration auf Krisenbranchen. Wer die Hektik der letzten Wochen und Monate kennt, kommt zu dem Eindruck, daß die Politik der Landesregierung im Grunde fast ausschließlich bestimmt ist, allein schon von dem zeitlichen Einsatz, von den Problemen der sogenannten Krisenbranchen. Das, was ich besonders vermisse, Herr Bürgermeister, ist in diesem Zusammenhang, bezogen auf den Bereich Wirtschaft, die Perspektive.

Was in Ihrer Regierungserklärung enthalten ist, kann man im Grunde kurz in zwei Punkten zusammenfassen: erstens, wie üblich, die Behandlung der Krisenbranchen, dann ein bißchen Mittelstand — darauf komme ich auch noch —, und sonst findet in diesem wichtigen Bereich nichts statt. Was völlig fehlt, ist die Perspektive! Was völlig fehlt, und das halte ich überhaupt für die Maxime, die Bremen überlebensfähig macht, ist mindestens der Verweis, daß es allein nicht mehr reicht, auf die Werftindustrie und die Stahlindustrie zu setzen, sondern daß wir, wenn wir Bremen erhalten wollen, wenn der Arbeitsmarkt nicht zusammenbrechen soll, Zukunftsindustrien haben müssen. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten einen Satz gesagt zu diesen möglichen Chancen, zu dem Bereich der Verkabelung, zur Mikroelektronik. Mit anderen Worten, hier fehlt in Ihrem Ansatz völlig die optimistische Perspektive, nichts zu Zukunftsindustrien, das findet gar nicht statt!

Wenn ich mir einmal vorstelle — da macht doch Bremen noch gute Schlagzeilen —, daß jetzt im Weltall das Produkt von Erno herumfliegt mit all den technischen Vorteilen, mit dem Know-how, was darinsteckt, da hätte ich mir gewünscht, daß der Bürgermeister, weil er darauf auch stolz sein kann, einen Satz gesagt hätte zu dieser Zukunftsindustrie, die es zu fördern gilt, auf die Bremen stolz sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Nichts wird dazu gesagt!

(D) Sie setzen nach wie vor zu sehr auf die schwierigen Krisenbranchen, und — ich habe jetzt keine Zeit, das machen wir an anderer Stelle — wir müssen hier mindestens nach der Wahl, weil das vorher immer sehr schwierig ist, obwohl nicht das Gegenteil gesagt worden ist, erkennen, ich sage dies, daß es sehr schwierig sein wird, so sehr es unstrittig ist, eine nationale Schiffbauindustrie zu erhalten und auch in Bremen Werftindustrie zu erhalten. Sosehr dies richtig ist, sehe ich große Schwie-

(A) rigkeiten, in der Quantität, wie wir jetzt die Werftarbeitsplätze im Lande Bremen haben, diese mittelfristig zu erhalten.

Deshalb glaube ich auch nicht an die Tragfähigkeit des Fusionskonzepts, zumal ich nach neueren Informationen gehört habe, daß es, was an Auftragseinschätzung diesem Konzept zugrunde liegt von diesem AWECS-Institut — ich mache das jetzt ganz knapp, das wird später ausführlich diskutiert werden —, da ja zwei Prognosen gibt, einmal die normale Prognose, was wahrscheinlich kommt, und dann die des low Case, des niedrigeren Falls, und daß nach den neuesten Daten bereits der low Case, das heißt die niedrigere Einschätzung, zur realistischen Einschätzung geworden ist.

Das AWECS-Institut wird mit der Grundlage für das Fusionsgutachten in der nächsten Zeit herauskommen. Wenn dies zutrifft, und das steht allerdings auch im Gutachten, ist das gesamte Gutachten obsolet. Ich will damit nur sagen, daß wir die wenigen Mittel, die wir haben, nun nicht auf Teufel komm heraus nur in Krisenbranchen einsetzen, so sehr es verlockend ist, weil man vorübergehend Tausende von Arbeitsplätzen halten kann, aber langfristig es eben keine Perspektive gibt.

(B) Zum Mittelstand, Herr Bürgermeister! Ich möchte positiv erwähnen, daß ich mich gefreut habe, daß Sie in Ihrer Regierungserklärung eine Formulierung in etwa haben: Inwieweit Mittelstandsförderungsprogramme des Bundes auf Landesebene ergänzt werden können, soll geprüft werden. Das ist ganz zaghaft. Lassen Sie sich hier sagen, das sagen Ihnen alle Leute, die davon etwas verstehen aus der Wirtschaft, das brauchen Sie nicht mehr zu prüfen! Was hier nötig ist für den bremischen Arbeitsmarkt, ist eine Offensive für den Mittelstand. Hier muß etwas getan werden! Das brauchen Sie gar nicht mehr zu prüfen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich dann nachfasse, was schlagen Sie denn vor, verehrter Herr Bürgermeister, ist nichts Konkretes in der Regierungserklärung. Ich will nur einmal sagen, was darin sein könnte: Zusammenarbeit Niedersachsen/Bremen, erschlossene Gewerbeflächen, attraktive Preise, Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer. Die wollen Sie wieder erhöhen, obwohl doch bekannt ist, daß dies mindestens ein negativer Standortfaktor ist. Bremen befindet sich im ersten Drittel der höchsten Gewerbesteuersätze in der Bundesrepublik, nicht ganz an der Spitze, aber wir konkurrieren doch nicht mit Frankfurt, wir konkurrieren mit dem niedersächsischen Umland! Hier, weil Sie finanziell nicht klarkommen, wieder die Steuer zu erhöhen ist eine mittelstandsfeindliche Politik!

(Beifall bei der CDU)

Wo ist der Senator Meyer? Da ist er! Meine Damen und Herren, stellen Sie sich doch bitte einmal vor, wieviel Millionen für den Bereich Bau- und

Verkehrspolitik ausgegeben werden! Der Herr Meyer verwaltet ein gewichtiges Ressort. (C)

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Sollte man meinen!)

Der Bereich Bau- und Wohnungspolitik — Wohnungspolitik war doch immer eine Domäne von Ihnen, so schien mir — findet in der Regierungserklärung überhaupt gar nicht statt, da ist nichts zur Wohnungspolitik zu lesen. Da ist nichts zum Baubereich, nichts zur Funktion des Baus, des Wohnungsbaus, des Straßenbaus für die konjunkturelle Entwicklung zu lesen. Das findet überhaupt gar nicht statt!

Ja, Herr Senator Meyer, haben Sie denn im Senat geschlafen? Ich will Ihnen sagen, als ich freundlicherweise persönlich die Regierungserklärung von Bürgermeister Koschnick zwei Tage früher bekam, das ist immer so Brauch, habe ich mir gedacht, das ist sein erster Entwurf, und wenn die Senatoren da alle zusammensitzen, werden sie ja mindestens darauf achten, wenn sie schon nicht groß zum Zuge kommen, daß ihre Bereiche halbwegs irgendwo erwähnt werden. Das findet gar nicht statt!

Nun können Sie sagen, wir haben sowieso kein Geld mehr. Aber Sie bekommen ja noch viel Geld! Haben Sie denn überhaupt nichts zu sagen, was die Wohnungsbau-, die Baupolitik und die Verkehrspolitik in diesem Lande angeht? Das ist ein Armutszeugnis, das hätte in der Regierungserklärung darinnen stehen müssen! (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was ich wirklich schlimm finde, ist, daß der Bereich Häfen auch gar nicht mehr stattfindet.

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Ist versandet!)

Die Selbständigkeit Bremens als Bundesland ist im wesentlichen in der Wahrnehmung der nationalen Hafen- und Schifffahrtsaufgaben für die Bundesrepublik Deutschland begründet. Jeder dritte Arbeitsplatz im Lande Bremen hängt direkt oder indirekt mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den Häfen zusammen. Ja, meine Damen und Herren, ist das kein Punkt für die Regierungserklärung?

Nun könnte man ja sagen, es gibt gar nichts mehr zu lösen. Herr Senator Brinkmann, Sie waren doch wohl auch bei der Senatssitzung dabei, ist Ihnen das gar nicht aufgefallen? Ist Ihnen denn gar nichts aufgefallen? Ist Ihnen denn gar nicht aufgefallen, daß es in diesem Bereich auch um Hunderte von Millionen geht? Denken Sie zum Beispiel an die Notwendigkeit ausreichender Erneuerungs- und Sanierungsinvestitionen für die Hafenanlagen! Ich denke hier insbesondere an die stadtbremischen Häfen. Sie wissen doch, daß es da um Summen geht, in etwa von 300 bis 400 Millionen DM, die irgendwann aufgebracht werden müssen, damit weiterhin unsere

(A) Häfen wettbewerbsfähig bleiben. Das wissen Sie doch! Das findet gar nicht statt, ist gar kein Problem für Herrn Koschnick, ist gar kein Problem für den Senat!

Wie ist es mit der Sanierung der Kaiserschleuse und der Nordschleuse in Bremerhaven? Selbst wenn kein Geld dafür da ist, müssen Sie doch politisch etwas dazu sagen! Wie ist es hier, Herr Wedemeier, das haben die Kollegen aus dem Senat völlig vergessen, mit den Forderungen an den Bund? Hier muß der Bund noch etwas machen. Ich meine, ich gehe davon aus, daß Sie das sehr gern aufnehmen, weil das die Liste der Vorwürfe möglicherweise anreichern könnte. Mit Ihnen wollen wir gemeinsam, Herr Wirtschaftssenator und Herr Hafensenator, dafür eintreten, daß die Schließung der Weser-radarkette schnellstens erfolgt. Das ist zugesagt. Daß zum Beispiel die Sanierung des Weserwehrs erfolgt, ist ja notwendig, daß die Anpassung der Mittelweser an das Europaschiff, für Bremen lebenswichtig, mit lebenswichtig, auch kommt, ist zwar zugesagt, aber darauf müssen wir aufpassen.

Meine Damen und Herren, dies alles gibt es nicht in der Regierungserklärung. Mit anderen Worten, der Herr Bürgermeister mißt dem Bereich der Häfen noch nicht einmal die Bedeutung zu, daß er dieses Wort einmal in die Regierungserklärung aufnimmt. Da gibt es gar keine Entschuldigung, das ist auch nicht eine Frage der Finanzen, sondern das ist mindestens, bezogen auf die Bedeutung dieses Bereiches, eine Frage des Stils, wie ich aber auch meine, eine Frage der politischen Notwendigkeit, wo Sie versagt haben!

(Beifall bei der CDU)

Arbeitsmarkt, „zweiter Arbeitsmarkt“! Ich halte diesen Begriff „zweiter Arbeitsmarkt“, so sehr er sich bei den Fachleuten einschleicht, für nicht unproblematisch, weil wir bei diesem Begriff „zweiter Arbeitsmarkt“ so ein bißchen die Illusion erwecken könnten, als wäre das qualitativ das gleiche zwischen erstem und zweitem. Über eines sind wir uns einig, so sehr ich für ABM bin, und die Mittel sind ja erhöht worden, daß die Probleme des Arbeitsmarktes im Prinzip nur gelöst werden können durch eine ordentliche Wirtschafts- und Finanzpolitik und daß uns der „zweite Arbeitsmarkt“ flankierend helfen kann. Ich werfe Ihnen das nicht vor, weil Sie das möglicherweise auch gar nicht so gemeint haben, ich möchte das aber hier sagen.

Wir sagen ja zu den ABM, und dank der Initiativen der neuen Bundesregierung erhält Bremen überproportionale Mittelzuweisungen, Herr Grobecker, zur Zeit für etwa 3000 Plätze, obwohl ihm rechnerisch nur etwa 1200 Plätze zustehen. Das ist der höchste Förderrahmen, den es für diese Region je gegeben hat. Eigenleistungen Bremens von etwa 24 Millionen DM stehen Bundesleistungen von knapp über 100 Millionen DM gegenüber. Allein für das Jugendwerkstättenkonzept 33 Millionen DM! Ich finde, diese Leistungen sollten auch einmal

vom Senat anerkannt werden. Dadurch erhält Bremen eine Steigerung der Maßnahmen um 250 Prozent.

Ich halte es für legitim, daß Sie darauf hinweisen, was Sie alles tun, aber die Leute müssen wissen, das, was Sie tun, finanziert Bonn. Auch hier wäre ein Wort des Dankes angebracht!

(Beifall bei der CDU — Abg. Beckmeyer [SPD]: Das ist aber keine CDU-Kasse, Herr Neumann!)

Jetzt kommt der Herr Beckmeyer aus Bremerhaven! Sie haben recht, es ist keine CDU-Kasse, aber bei den Lobeshymnen, die Sie geben, es ist aber auch keine SPD-Kasse!

(Beifall bei der CDU — Abg. Beckmeyer [SPD]: Das ist alternative Politik, die habe ich bei Ihnen vermißt!)

Jetzt fällt mir ein, manchmal verwechseln Sie dies,

(Zuruf des Abg. Kunicck [SPD])

als nämlich der Senat sozusagen Ihre Propaganda über die Senatszeitung hat bezahlen lassen und der Staatsgerichtshof dies als verfassungswidrig erklärt hat, das hätte ich bald vergessen! Schlimme Sache, Herr Bürgermeister! Welche Niederlage Sie da erlitten haben!

(Beifall bei der CDU)

Ein uneingeschränktes Ja, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, zur Arbeitszeitverkürzung! Wir stimmen mit Ihnen überein, daß in den nächsten Jahren das Problem der Arbeitslosigkeit nicht allein mit dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt bewältigt werden kann, sondern daß wir Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung treffen müssen. Es ist bekannt, welche Rangfolge wir haben. Schwerpunkt ist dabei für uns Reduzierung der Lebensarbeitszeit, Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen, Abbau regelmäßig anfallender Überstunden, Einschränkung der Leiharbeit, Bekämpfung der Schwarzarbeit — dazu wird es Initiativen von uns geben —, und ich möchte als letztes dazu sagen, meine Damen und Herren, auch die Arbeitszeitverkürzung von 40 auf darunter ist mindestens für mich, wie ich glaube, auch für die große Mehrheit meiner Partei, keine ideologische Frage.

Es wäre töricht, daraus eine ideologische Frage zu machen, denn von 48 schrittweise auf 40 und weiter darunter kann keine ideologische Frage sein, sondern es ist eine Frage der Finanzierbarkeit. Das müssen die Tarifpartner aushandeln. Nur würde ich dann noch um Klarheit bitten, wenn Sie sagen, wir sind auch beim öffentlichen Dienst für Arbeitszeitverkürzung, aber mit geringerem Gehalt — das habe ich der Regierungserklärung entnommen —, sollten Sie nicht den Anschein erwecken, als würden Sie nun voll die Forderung der Gewerkschaften unterstützen, nämlich Reduzierung auf 35 Stunden

(B)

(C)

(D)

- (A) bei vollem Lohnausgleich. Sie haben auf der einen Seite gesagt, wir unterstützen die Gewerkschaften, auf der anderen Seite sagen Sie beim öffentlichen Dienst dies genauer. Eines kann nicht passieren: Es gibt keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse, und darüber sollten wir uns einig sein, so sehr wir nicht in diesen Bereich eingreifen wollen!

(Beifall bei der CDU)

Kurz, weil ja die Debatte länger geht und andere Kollegen andere Schwerpunkte setzen, drei Bemerkungen zur Sozialpolitik! Positiv Ihre Aussage, aufgabenkritische Überprüfung, mehr Selbsthilfe, weniger stationäre Hilfen, mehr ambulante Hilfen! Herr Senator Scherf, Sie sind schon länger dabei, Sie wissen, daß das eine unserer langjährigen Forderungen ist, und wir können ja nicht traurig sein, wenn Sie in diese Richtung gehen. Ich bedauere, daß zu dem gesamten Bereich Familienpolitik nichts darin enthalten ist, denn hier könnte die Familie bei dieser Hilfe, wenn man wegkommen will von stationärer Behandlung, einen großen Beitrag leisten.

Was ich beklagen muß, der Herr Senator Brückner ist nicht da, vorhin stand er dort noch, jetzt ist er gegangen, kann ich verstehen, weil er ja gar nicht angesprochen worden ist, der gesamte Bereich. Er ist nicht da, Herr Bürgermeister! Das ist auch eine Sache der Disziplin Ihrer Kollegen, wenn man sich hier unterhält, daß man wenigstens die Senatoren und ihre Bereiche ansprechen kann und sie nicht draußen stehen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht ist er sauer, kann er auch! Zur Gesundheitspolitik gibt es keine einzige Aussage, keine einzige, bis auf die finanzielle Aussage, Pflegesatzkostenrisiko von 250 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, das müssen Sie sich einmal vorstellen, was das für diese Stadtgemeinde und damit auch für das Land bedeutet! Inzwischen sind wir da Bittsteller, bei den Krankenkassen quasi Bittsteller. Wir sind angewiesen auf einen Kompromiß. Stellen Sie sich einmal vor, wir werden da völlig verlieren, 250 bis 300 Millionen DM! Ihr ganzes Investitionsprogramm für die nächsten Jahre macht nur 200 Millionen DM aus. Das ist ein Bumerang höchsten Ranges. Den haben Sie genannt. Aber Sie haben nicht gesagt, wie Sie sachpolitisch damit fertig werden wollen! Ich hätte mehr erwartet von der Regierungserklärung — Herr Brückner vielleicht auch, oder er hat nichts dazu beigetragen —, wie denn die Reduktion der Pflegesätze in den kommunalen Krankenhäusern erfolgen soll. Das ist ja das Problem!

Hier erhebe ich erneut unsere Forderung nach Verselbständigung der kommunalen Kliniken in einer anderen Rechtsform, damit die Eigeninitiative der Mitarbeiter gefördert wird und damit wir die Verwaltungskosten senken können, sowie das alle

Leute aus der Klinik, die etwas davon verstehen, sagen. (C)

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Tepperwien [SPD])

Herr Tepperwien, Sie sind doch nicht Senator! Ich unterhalte mich doch mit Ihrem Senator, der jetzt wiedergekommen ist!

(Unruhe bei der SPD)

Ich weiß, was Herr Brückner dann sagen wird — das kommt häufig dann —, das habe mit Humanität etwas zu tun. Wollen Sie denn die Humanität abbauen, wenn Sie dort wirtschaftlich arbeiten wollen? Nein, meine Damen und Herren, Unwirtschaftlichkeit ist nicht gleichzusetzen mit Humanität, und wirtschaftlicher arbeiten, wirtschaftlicher und leistungsfähiger arbeiten kann auch bedeuten und wird bedeuten, wenn es vernünftig gemacht wird, mehr Humanität im Krankenhaus!

(Beifall bei der CDU)

Das Thema Jugendpolitik — ich weiß gar nicht, wer jugendpolitischer Sprecher ist, ich glaube, Sie, Frau Uhl! — fehlt völlig. Jugendpolitik findet gar nicht statt. Die ganzen Probleme, auch von Minderheiten —

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Nun aber schön bei der Aufteilung bleiben!)

gut! Bleiben wir dabei, ich nehme Sie heraus aus der Kritik! —, Herr Senator Scherf, Herr Bürgermeister, ist kein Thema! Kein einziger Satz zu den großen Problemen einer bedeutenden Minderheit der Behinderten, wo es ja Probleme gibt! Findet auch in dieser Regierungserklärung überhaupt nicht statt!

(D)

(Zuruf des Abg. Stichweh [SPD])

Nun, Herr Stichweh — obwohl ich dies ganz kurz mache, weil das mein Kollege, Herr Dr. Schulte, gleich ausführlich tun wird —, zur Bildungspolitik!

Es ist bezeichnend, daß der Herr Bürgermeister diesen wichtigen Bereich, der Ihnen allen, uns allen soviel Kopfzerbrechen bereitet hat, den Bereich, der der einzige Bereich ist, in dem das Land politisch noch gestalten kann, auf eineinhalb Seiten abhandelt, eineinhalb Seiten von 57 Seiten mit ein paar lapidaren Erklärungen! Herr Bürgermeister, Sie wollen das inhaltlich absichern, das bisher Erreichte absichern: „Der Senat wird an dem Konzept der Stufenschule festhalten und diese Schulen behutsam weiter entwickeln.“

Das ist ja fast eine „Vergackeierung“! Wenn Sie dort Ihre Politik fortsetzen wollen, hat das nichts mit Behutsamkeit zu tun, sondern Sie haben mit Brachialgewalt pädagogisch unsinnig diese Bildungslandschaft völlig umgestellt. Das wollen Sie fortsetzen. Dann kommt da noch eine Aussage, die bald schon als humorvoll zu bezeichnen ist: „Bei allen inhaltlichen und organisatorischen Verände-

(A) rungen im Schulwesen wird der Senat sich um einen breiten gesellschaftlichen Konsens bemühen.“

Meine Damen und Herren, wenn Sie diesen wirklich haben wollen, dann geben Sie ihre pädagogisch fragwürdige völlige Integrationspolitik auf! Machen Sie eine ordentliche Schulpolitik eines gegliederten Schulwesens, wo jeder seinen Platz findet, dann gibt es einen gesellschaftlichen Konsens, so niemals!

(Beifall bei der CDU — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz. — Abg. Stelljes [SPD]: Haben Sie eigentlich die Wahl gewonnen oder wir?)

Sehen Sie, Herr Kollege, Sie haben das noch nicht begriffen!

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich dachte immer, ich hätte in der PH etwas mitbekommen in der Form der Vermittlung. Das war doch wohl nicht so gut! Herr Kollege, immer wenn Sie nicht weiter wissen, dann schreien Sie, wir haben doch die Wahl gewonnen. Ja, Sie haben die Wahl gewonnen, klatschen Sie noch einmal Beifall, aber wir wollen, daß die Probleme gelöst werden und daß nicht nur die 58 Abgeordneten der SPD hier herumsitzen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Tepperwien [SPD]: Machen Sie einmal Vorschläge!)

(B)

Meine Damen und Herren, berufliche Bildung: Kein Wort in der Regierungserklärung!

(Zuruf des Abg. Stichweh [SPD])

Herr Stichweh, berufliche Bildung findet nicht statt!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Dazu hat er doch eine klare Aussage gemacht!)

Indirekt! Indirekt mit Ausbildungsplätzen! Darin steht etwas zum BFS/q, aber das, was ich mir vorstellte unter dem Kapitel Bildung — berufliche Bildung, Herr Wedemeier, ist ja noch mehr als Ausbildungsplätze sichern —, findet nicht statt!

Universität: Nur am Rande! Wenn ich mehr Zeit hätte, würde ich sogar auch, was die Entwicklung betrifft, in der Hoffnung, daß sie so weitergeht, eine positive Bemerkung machen. Was den Rektor betrifft und seine Zielsetzungen, findet nicht statt!

Weiterbildung: Steht überhaupt nicht darin, obwohl wir viele Millionen ausgeben. Meine Damen und Herren, mit der Kultur hat es der Senat auch nicht!

(Abg. Tepperwien [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas dazu, wenn Sie so schlau sind!)

In der Regierungserklärung steht kein einziger Satz zur Funktion und Aufgabe der Kultur in Bre-

men. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern für meine Begriffe — —. (C)

(Zuruf des Abg. Tepperwien [SPD])

Stellen Sie bitte eine Zwischenfrage!

(Abg. Tepperwien [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas dazu!)

Meine Damen und Herren, jetzt breche ich zusammen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Stellen Sie sich doch bitte einmal vor, der Senat ist gewählt, zwölf Mitglieder, der größte Senat mit den schwierigsten Problemen, die wir jemals hatten, der soll hier eine Regierungserklärung abgeben! Ich beklage, daß zu den meisten Bereichen nichts Konkretes gesagt wird, da sagt der SPD-Abgeordnete zu mir, nun Gott, wenn das nicht ist, tun Sie es doch!

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Tepperwien [SPD]: Wenn Sie gar nichts zu sagen haben, setzen Sie sich doch hin!)

Ich gebe hier keine Regierungserklärung ab!

(Abg. Stelljes [SPD]: Sollen Sie auch gar nicht!)

Sie sind gewählt worden! Meine Aufgabe ist es, deutlich zu machen, welche Politik dieser Senat den Leuten vorschlägt, welche er hier vorträgt, und das hinterfrage ich. (D)

Nun, meine Damen und Herren, zum Abschluß auch nur ein paar Randbemerkungen, weil das in der Debatte ausführlicher erwähnt wird: Umwelt! Wissen Sie, was der Senat da vorträgt? Zwei kurze konkrete Sätze, daß es zwei Anlagen gibt, sonst keine Aussage zu den Problemen der Umwelt, obwohl es viele, viele gibt, Naturschutz, Weserverschmutzung und anderes.

Meine Damen und Herren, da haben wir nun ein eigenes Ressort eingerichtet. Ich halte es schon bald für skandalös, wenn hier eine Regierungserklärung vorgetragen wird, ein Amt ist dafür eingerichtet, und der Senat überhaupt noch gar nicht weiß, welche Kompetenzen dieses Ressort haben soll, wenn jetzt wegen Unfähigkeit und Nichthandeln des Senats in den verschiedenen Parteigremien der SPD über dies und jenes diskutiert wird. Ich kann Ihnen mit einem Satz sagen, das, was Sie hier an Umweltpolitik vorschlagen, ist wirklich ein Armutzeugnis. Dann hätten Sie besser gar nichts sagen sollen, als zu sagen, wir haben ein Ressort, im übrigen gibt es das Thema, und sonst ist nichts zu sagen! Schlimm, würde ich sagen, Herr Bürgermeister!

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Zu den Sachgebieten eine letzte Bemerkung! Sie stellen fest, die Arbeitsbedingungen bei der Polizei

- (A) haben ein gutes Niveau. Herr Kröning, ich wollte Ihnen doch ein wenig helfen, nachdem Sie nun einen neuen Referenten eingestellt haben, einen ganz strammen Hauptmann von der Bundeswehr!

(Unruhe)

Hört, hört! Ich kann das nicht bewerten, weil ich nicht weiß, was er kann, aber ich würde sagen, er wird — —.

(Abg. Stelljes [SPD]: Was soll das?)

Was das soll, hat er ja zu befinden!

(Unruhe und Zurufe von der SPD: Frech ist das!)

Meine Damen und Herren, ich wollte dies positiv erwähnen, weil ich die große Hoffnung habe, daß der Herr Kröning als Innensenator nicht dem Ruf gerecht wird, den manche aus Ihrer Ecke gern haben wollen! Ich hoffe das im Interesse dieses Landes!

(Beifall bei der CDU)

Dort steht dann lapidar, die Arbeitsbedingungen bei der Polizei haben ein gutes Niveau. Herr Bürgermeister, ich meine, sonst pflegen Sie ja den Kontakt mit den Gewerkschaften, aus all den Gesprächen mit der GdP wie auch aus Besuchen von Revieren muß ich sagen, ich höre täglich das Gegenteil und kann das per eigener Anschauung vollziehen. Fast alle Reviere unterbesetzt! Demnächst — heute die Schlagzeile — sollen einige sogar geschlossen werden! Überstundenberg bei der Polizei, Zehntausende von Überstunden! Zuwenig und unzureichende Fahrzeuge! Gehen Sie einmal in die Reviere, Herr Kröning! Teilweise kennen Sie sie ja, baulich zum Teil unzureichende Reviere. Sicherlich ist das schwierig, wenn man nicht genug Geld hat, aber dann hier festzustellen, die Arbeitsbedingungen bei der Polizei haben ein gutes Niveau, ist eine Verhöhnung derjenigen, die für unsere Sicherheit verantwortlich sind.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auf die Finanzen wird im einzelnen mein Kollege Klein eingehen. Das werden wir ja auch bei den Haushaltsberatungen ausführlicher tun. Aber, Herr Bürgermeister, da gibt es nun auch keine Perspektive! Haben Sie auch gar nicht gesagt, aber ich stelle das noch einmal fest: Der Schuldenberg wird höher, Pro-Kopf-Verschuldung steigt erneut, Ende nächsten Jahres auf etwa 13 500 DM, ja, der Senat ist noch nicht einmal in der Lage, den Haushalt einigermaßen rechtzeitig vorzulegen, erst im März nächsten Jahres! Begründung: Er sieht sich zur Zeit nicht in der Lage, ihn ordentlich zu decken; eine Deckungslücke 1984: 250 Millionen DM, für die nächsten Jahre 1985/1986/1987: 600 Millionen DM!

Auch sagt der Herr Bürgermeister bis auf die Feststellung, daß sich das ändern muß, nichts, wie man das ändern kann. Was Sie zu den Personalkosten sagen, Herr Bürgermeister, ist zwar alles richtig, aber das hören wir schon seit vielen Jahren. Bessere Organisation der Arbeit: wie denn, wo denn? Abbau von Aufgaben, ganz oder teilweise: wo denn, welche? 1979 in der Regierungserklärung haben Sie gesagt, im Herbst 1981 würde ein konkretes Papier vorgelegt. Wir haben jetzt nicht 1981, sondern bald 1984. Jetzt sagen Sie wieder, Aufgabenkritik soll kommen, wo, weiß keiner.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend auf das hinweisen, was einmal Bürgermeister Dehnkamp zu Beginn seines Amtsantritts sagte. Er sagte nämlich: „Bremens staatliche Selbständigkeit ist die unerläßliche und entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung aller künftigen Aufgaben. Die Erhaltung der Selbständigkeit muß oberstes Ziel der Landespolitik bleiben.“

Dehnkamp sagt weiter damals Anfang 1965: „Bremens Selbständigkeit drohe nur eine Gefahr, wenn das kleinste Land der Bundesrepublik es nicht verstehe, seine Finanzen in Ordnung zu halten.“

Ich muß zu dieser Regierungserklärung sagen, erstens halten Sie die Finanzen nicht in Ordnung, zweitens zeigen Sie keine Perspektive auf, wie diese Finanzen wieder in Ordnung kommen sollen. Ihre Regierungserklärung ist ein Dokument der Perspektivlosigkeit und der Hilflosigkeit. Es besteht die große Gefahr, daß in diesem Bundesland so weitergemacht wird wie bisher. Es wird die rote Laterne als sozialdemokratisches Schlußlicht, was den Arbeitsmarkt und die Finanzen betrifft, unter den Bundesländern behalten. Es wird weiter, wenn so weitergemacht wird, an Attraktivität einbüßen, obwohl, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, das Wohl dieses Bundeslandes, seine Erhaltung und Mehrung der Maßstab und das Ziel Ihres Handelns und auch einer Regierungserklärung sein sollten. Diesem Maßstab wird Ihre Regierungserklärung nicht gerecht, und deswegen wird Ihre Politik auch nicht in der Lage sein, das Notwendige zu tun, was für dieses Land wichtig ist!

(C)

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, als nächster bekommt jetzt ein Vertreter der Fraktion der GRÜNEN das Wort. Frau Bernbacher, die das Wort erhalten wird, teilte mir mit, daß sie etwa 50 Minuten brauchen wird. Ich würde Sie herzlich bitten, daß wir diesen Redebeitrag ungekürzt zur Kenntnis nehmen, auch wenn es vielleicht zehn Minuten oder eine Viertelstunde länger dauert, und wenn das der Fall wäre, würden wir entsprechend später, also gegen 14.45 Uhr, die Sitzung des Landtags fortsetzen.

Sind Sie damit einverstanden? — Ich stelle fest, das ist der Fall.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bernbacher.

(A) Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Gewöhnlich werden Reden in diesem Haus gehalten, um in der Öffentlichkeit Pluspunkte im Konkurrenzkampf um die Macht zu sammeln. Wir Bremer GRÜNEN sind nicht ins Parlament eingezogen, um uns an diesem Streit um die Pfründe zu beteiligen. Ganz im Gegenteil! Wir haben den Auftrag, Sie in diesem Spiel aufzustoßen.

Es gibt eine klare Trennlinie zwischen etablierter und grüner Politik, die auch durch einige Übernahmen aus dem ökologischen und friedenspolitischen Vokabular der GRÜNEN von Ihnen nicht verwischt werden kann. Sie, verehrte Abgeordnete und verehrter Senat, verwalten das Kartell der Macht, oder Sie, Herr Neumann, möchten es zumindest gern.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Da bin ich gar nicht so sicher!)

Wir wollen es auflösen. Wir sind Sprachrohr einer Bewegung, die eine fundamentale Neuorientierung der Politik will.

Mehr als 22 000 Menschen im Land Bremen haben den GRÜNEN am 25. September ihre Stimme gegeben.

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Mehr aber auch nicht!)

(B) Mindestens die doppelte Zahl ist auf dem Weg zu grüner Politik. Das hat die Bundestagswahl gezeigt und die Stimmabgabe für andere grüne und alternative Listen.

Die Grundlagen Ihrer Politik sind brüchig geworden. Nicht nur auf der Straße, auch hier im Parlament haben Sie die schweigende Zustimmung der Bevölkerung vermutlich für immer verloren.

(Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Ach du lieber Gott!)

Wer grün gewählt hat, hat nicht nur für uns als grüne Abgeordnete gestimmt; er hat sich auch gegen etablierte Politik und gegen die Arroganz der Macht entschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Arroganz der Macht sitzt so tief und fest, daß Sie als erste Amtshandlung in diesem neuen Parlament erst einmal dafür sorgen, daß die grüne Opposition von allen Beratungen und Informationen in der Finanz- und Haushaltspolitik ausgeschlossen bleibt. Das nennen Sie Kooperationsangebot, Herr Bürgermeister?

(Bürgermeister **Koschnick**: Das ist doch Sache des Parlaments!)

Unsere Wähler wissen, grüne Politik findet nur zu einem Teil hier in der Bürgerschaft statt. Wir GRÜNE sind nur ein Teil der vielen Menschen, die sich in Lebensfragen gegen die Regierenden wehren. Der Obrigkeit die Loyalität aufzukündigen, dem

(C) Gewohnten die Zustimmung zu versagen ist gerade für uns Deutsche nicht leicht. Das weiß ich als Vertreterin der mittleren Generation besonders zu würdigen. Es erfüllt mich mit Genugtuung, denn ich habe die Zeit erlebt, in der Obrigkeitsdenken und blinder Gehorsam Maßstab des Handelns war.

Wie groß muß die Besorgnis, wie stark muß der Problemdruck geworden sein, daß Zehntausende allein in Bremen eine radikale Alternative für möglich und nötig halten. Diesen Legitimitätsverlust Ihrer Politik können auch noch so klare Stimmverhältnisse im Parlament nicht wettmachen.

Die Menschen hier in Bremen, in der Bundesrepublik — nicht nur die, die uns gewählt haben — schauen enttäuscht, verwirrt, manche sogar schon resigniert und ohne Hoffnung auf die Krisenerscheinungen dieser Gesellschaft und ihrer Zivilisation.

Sie, Herr Bürgermeister, haben ein anschauliches Bild der aktuellen wirtschaftlichen Krise gemalt, doch was Sie gezeigt haben, ist nur ein Ausschnitt der Wirklichkeit, der von einem Blick auf die wirklichen Krisenfolgen ablenkt.

(D) Für Sie als Sozialdemokraten ist der Mensch Maßstab aller Dinge. Hat er nur Brot und Arbeit, so entwickelt er sich frei, und Brot und Arbeit verschafft er sich am schnellsten durch die immer raschere Ausbeutung der Natur und durch immer rascheren technischen Fortschritt. Ausgerechnet durch den Aufbau neuer Industriegebiete auf der Luneplate und im Niederrieland wollen Sie die Ökologie und Ökonomie versöhnen? Ausgerechnet durch den Ausbau von Rüstungsindustrie und Raumfahrt, durch maritime Technologien wollen Sie Mensch und Natur in Einklang bringen?

Wir GRÜNEN und viele Menschen mit uns empfinden es als Verhöhnung ihrer Lebensinteressen, wenn Ihre Regierungserklärung nichts darüber sagt, wie dem Sterben der Wälder und bald auch anderer, lebensnotwendiger Pflanzen Einhalt geboten werden kann,

(Beifall bei den GRÜNEN)

was produziert werden muß, damit wir und die Natur überleben — das können keine Fregatten und keine Militärelektronik sein —,

(Beifall bei den GRÜNEN)

oder wie künftig gearbeitet werden soll, wie lange, unter welchen Bedingungen und zu wessen Nutzen.

Ökologische Politik begreift Natur nicht als Rohstoff, sondern als Teil unseres Lebenskreislaufs. Ökologische Politik ist nicht Vollstrecker eines zweifelhaften technischen Fortschritts, der von Ihrer Regierung subventioniert werden soll, ohne daß Sie auch nur eine Richtung irgendwie beeinflussen wollen.

Das geht natürlich nur, wenn man auf die Selbstständigkeit, Phantasie und Eigeninitiative der Menschen, vor allem auch der arbeitenden Menschen setzt. Sie hingegen setzen auf Staat und Unterneh-

- (A) mer. Phantasie und Selbsthilfe ist nur da gefragt, wo Sie soziale Leistungen abbauen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nennen das, die Grundzüge sozialer Absicherung bewahren. So bleiben gerade die Opfer der gesellschaftlichen Krise auf der Strecke, die am stärksten auf gesellschaftliche — und das heißt vorerst auch staatliche — Solidarität angewiesen sind.

Meine Damen, meine Herren, die Krise unseres gelobten Industriesystems hat uns in ein System von Fehlentwicklungen gesperrt, das von der Abholzung der Amazonaswälder bis zum Baumsterben im Bürgerpark reicht, das gewalttätige Jugendliche, Drogenabhängigkeit und Alkoholismus ebenso umfaßt wie Rebellionen und Befreiungskriege in Südafrika und Lateinamerika.

Je länger wir die notwendigen Korrekturen hinausschieben, desto schwieriger wird es, einen Ausweg zu finden aus dem System von Fehlentwicklungen, in das wir verstrickt sind. Wir müssen unser Überleben neu organisieren und dürfen dabei keine Denkverbote, keine Tabus akzeptieren und keine Straßenverkehrs- und Gebührenordnungen in Kauf nehmen, wenn wir den Protest auf die Straße tragen, und keine Gesetze, die eine Lösung der Krise verhindern.

- (B) Wir stellen in Frage, was diejenigen, die Macht ausüben, nicht wagen, in Frage zu stellen: den ungehemmten Wettbewerb um ökonomische und politische Macht, die private Verfügung über riesige wirtschaftliche Apparate, die für Schranken, die dem Land Bremen vorgeblich durch die Bundesregierung gesetzt sind, die Einbindung in den westlichen Militärblock, die jedes Dorf und jede Stadt der Bundesrepublik mit in den Strudel des Ost-West-Konfliktes zieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Gesellschaft, das Land Bremen als Teil davon, ist ein leckgeschlagenes Schiff. Da hilft kein Lenzen mehr. Es muß so umgebaut werden, daß nicht nur die Lecks gedichtet werden, sondern daß es für lange Zeit schwimmfähig bleibt. Der Anstrich ist dabei sehr wichtig, und wir plädieren für grün. Wichtiger aber noch sind die Aufbauten, der Schiffskörper und der Antrieb und vor allem die Besatzung. Auf die bauen wir.

Gerade weil eine wachsende Zahl von Menschen mit Änderungen begonnen hat, haben wir die Hoffnung auf eine menschlichere Welt, auf eine Versöhnung von Mensch und Natur, noch nicht aufgeben. Wir können den Umbau nicht mit einem fertigen Konzept von diesem Parlament aus beginnen. Aber wir können jeden Vorschlag, jede Entscheidung in diesem Haus darauf prüfen, ob sie einer neuen Politik dient, die die Krise entschärft, oder ob sie das Bestehende nur fortschreibt.

Wir können alternative Lösungen fordern und vorschlagen, die die Weichen stellen, damit die

Züge aus diesem Industriesystem ausfahren können. (C) An einigen Beispielen will ich Ihnen erläutern, was wir unter einer solchen Politik verstehen und warum sie in dem Konzept der Regierungserklärung nicht enthalten ist.

So sehr es mich reizt, Herr Neumann, auf Ihre abgestandene Kritik an der auch nicht ganz taufrischen Politik des Senats zu antworten, schenke ich mir das.

(Abg. Neumann [CDU]: Ja, Sie haben es auch gar nicht im Manuskript!)

Schließlich geht es heute um die Politik von morgen und nicht um die von gestern.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Neumann [CDU]: Sie könnten auch gar nicht darauf eingehen, weil es nicht im Manuskript steht!)

Nein, nein, das kommt alles noch! Herr Neumann, dies ist die schon letztes Mal angekündigte Jungferrede, und da lasse ich mich nicht aus dem Konzept bringen. In der Debatte wird alles übrige geklärt, und da werden Sie Ihr Wunder erleben!

(Heiterkeit)

Ich hätte zu Ihren Ausführungen manches zu sagen!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das erwarten wir aber noch!)

Das kommt auch noch! Also, es geht weiter! (D)

(Heiterkeit)

Sie haben, Herr Bürgermeister, Probleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mittelpunkt Ihrer Rede gestellt. Sie haben dabei aber vergessen zu sagen, daß es die Ergebnisse Ihrer eigenen Politik sind, die sich jetzt vor Ihnen auf türmen. Sie haben auch in Ihrer fünften Regierungserklärung vor diesem Haus kein Konzept, keine Idee, ja nicht einmal leise Anfragen formuliert, wie eine Neuorientierung aussehen müßte, um Bremen aus der Krise zu führen.

Mit Ihrer Politik lassen Sie jene allein, die heute schon zu den Opfern der wirtschaftlichen Fehlentwicklung gehören, und können ihnen nicht einmal Hoffnung auf Besserung machen. Ich denke an die Beschäftigten der AG „Weser“ etwa, die Sie ins Spiel geworfen haben, um die übrigen Arbeitsplätze in der Wertindustrie zu retten, und die jetzt mit ansehen müssen, wie durch das Nein der Bundesregierung zu Subventionen auch dieses Gesund-schrumpfungskonzept in sich zusammengefallen ist. Jetzt ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die Werften Vulkan, Hapag-Lloyd oder Seebeck in Not geraten.

Wir wissen, weder die Regierung in Bonn noch der Senat in Bremen können über Krise und Aufschwung, über Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung bestimmen. Die Entscheidungsgewalt über In-

- (A) vestitionen, über Produktion, über Arbeitsplätze liegt nicht in erster Linie bei den politischen Institutionen, sondern ist bei den Schaltstellen der Banken, der Industrie und des Handels konzentriert.

Die Regierung ist zum Reparaturbetrieb des Kapitalismus degeneriert, so faßte es Ihr Parteifreund und zeitweiliger Hamburger Amtskollege Hans-Ulrich Klose als seine Erfahrungen als Bürgermeister einmal zusammen.

(Abg. Wedemeyer [SPD]: Stimmt trotzdem!)

Stimmt trotzdem, ja! Das stimmt auch, wenn die Regierung von Sozialdemokraten geführt wird. Sie hat sich selbst in ein Gefängnis aus Abhängigkeiten und Sachzwängen eingemauert, aus dem sie nun nicht mehr herauskommt und, das ist das eigentlich Deprimierende an Ihrer Regierungserklärung, Herr Bürgermeister, aus dem sie auch gar nicht mehr herauskommen will. Nicht einmal die begrenzten Möglichkeiten, die der Senat hat, nutzen Sie, um aktive, auf den Umbau der jetzigen Wirtschaftsweise zielende Strukturpolitik zu treiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bremische Landesregierung verfügt über einen Etat von mehr als 4,5 Milliarden DM, über eine Reihe von bedeutenden kommunalen Betrieben, zum Beispiel die Stadtwerke und die Straßenbahn AG. Der öffentliche Dienst umfaßt über 40 000 Beschäftigte. Der Senat vergibt Subventionen und Bürgschaften. Er hält Beteiligungen an Industrieunternehmen wie dem Bremer Vulkan, er verfügt über den größten Grundbesitz im Land Bremen. Er kontrolliert das Bildungswesen und hat wesentlichen Einfluß auf Forschung und Technologiepolitik. Das alles könnten Instrumente sein, um in Bremen neue Ansätze von Arbeit und Leben zu fördern, Instrumente, die von Ihnen nicht genutzt werden.

- (B) Worte, Herr Bürgermeister, machen keine Politik! Bekommenheit angesichts der wirtschaftlichen Krise reicht nicht aus. Jene Konzepte, die uns in die Sackgasse geführt haben, dürfen nicht länger als Rettungsmaßnahmen ausgegeben werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen unseren Stadtstaat zubereiten für Investitionen des Kapitals, ihn mundgerecht machen für industrielle Bedürfnisse. In Ihrer Sprache heißt das: Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um Bremen als Standort attraktiver zu machen in Konkurrenz zu Emden, Wilhelmshaven, Hamburg oder Cuxhaven.

Der Preis, den Bremen dafür zu bezahlen hat, ist sehr hoch. Er bedeutet den Ausverkauf ganzer Stadtteile und Landstriche an die Industrie, die Vergiftung und Zerstörung von Luft, Boden, Wasser und Landschaft, die Plünderung der Etats für Soziales, Bildung und Kultur als Spartopf für industriefreundliche Investitionen. Kulturpolitik kommt in Ihrer Re-

- gierungserklärung gar nicht erst vor, sie ist zum Luxus geworden, den wir uns in der Krise nicht mehr leisten können. Statt dessen soll der Autobahnring um Bremen geschlossen werden, um den Warenumsatz zu beschleunigen. Die Lebensqualität der Menschen bleibt dabei auf der Strecke. (C)

Der Bremen-Plan der SPD und die Regierungserklärung des Bürgermeisters sehen die Industrialisierung der Luneplate und des Niedervielandes vor, ein ökologisch unverzeihliches und wirtschaftlich abenteuerliches Projekt, das mehr als eine Milliarde DM verschlingen soll, während an der gesamten Küste immer umfangreichere Industrieflächen brachliegen. Sie opfern die allerletzten natürlichen Reserven einer kurzatmigen Politik wirtschaftlichen Wachstums.

Der Senat orientiert in seiner Regierungserklärung über die Förderung von Spitztechnologien, er verschweigt aber deren notwendig zerstörerische Auswirkungen auf Mensch und Natur, solange der Fortschritt nur dem nächstliegenden wirtschaftlichen Vorteil und nicht den Bedürfnissen aller dient. So erklären Sie die Meeres- und Polarforschung zu einem Schwerpunkt Bremer Forschungspolitik, obwohl Sie wissen, welche Konsequenzen es für das ökologische Gleichgewicht hat, wenn auch noch der Meeresboden und die Polargebiete für die rücksichtslose industrielle Ausbeutung erhalten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (D) Auf der begrenzten Erdkruste kann es kein grenzenloses wirtschaftliches Wachstum geben, ohne die Erde als menschliche Lebensgrundlage zu zerstören. Doch Sie läuten heute die letzte Runde in der Ausplünderung und Verwüstung der Natur ein, um die Lebensfrist des auf Raubbau angelegten Industriesystems zu verlängern.

(Erneuter Beifall bei den GRÜNEN)

Der Senat verfolgt die Absicht, die Orientierung Bremens auf den Außenhandel weiter auszubauen, also die Häfen zu fördern, die Erschließung hafennaher Flächen zu verstärken und import- und exportintensive Betriebe neu anzusiedeln. Er hat aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt. In einer Zeit, in der die Zukunft des Welthandels ungewisser ist denn je, macht er Bremen auf Gedeih und Verderb abhängig vom Weltmarkt.

Der Welthandel, der über die Meere abgewickelt wird, schrumpft aber seit über drei Jahren. Die riesigen Schulden der Länder der dritten Welt vermindern deren Importkraft und drohen, einen internationalen Finanzkollaps auszulösen. Die Regierungen greifen zu protektionistischen Maßnahmen, und die osteuropäischen Planwirtschaften drosseln den Außenhandel zum Westen. Unter diesen Vorzeichen ist eine verstärkte Orientierung auf den Weltmarkt wirtschaftliches Abenteuer, und sie verstärkt zugleich jene irrwitzige Tendenz, die es ökonomisch profitabel erscheinen läßt, wenn unter riesigem Auf-

- (A) wand an Energie, Rohstoffen und Arbeit japanische Autos in die Bundesrepublik und deutsche Fahrzeuge in die USA transportiert werden.

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Sollen wir unsere Häfen schließen?)

Die GRÜNEN fordern einen gezielten Abbau der Weltmarktorientierung zugunsten einer regionalen, bedarfsorientierten Vernetzung von Produktion, Energieversorgung, Verkehr und Handel.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Stärkung des Binnenhandels mit Worpswedel)

Herr Bürgermeister, Sie beklagen in Ihrer Regierungserklärung, daß Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit stärker zu dominieren scheinen als zukunftsorientierte Zukunftsorientierung, und Sie geben dann ungewollt eine Charakterisierung Ihrer eigenen Politik: Sie verwalten bloß die Krise, Sie reagieren statt zu agieren!

Erstens: Im Bremen-Plan der SPD, also vor der Wahl, wurde gefordert, der öffentliche Dienst solle eine Vorreiter-Rolle bei der Einführung der 35-Stunden-Woche spielen.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Da hast du aber den falschen Entwurf gehabt, mein Mädchen!)

- (B) Jetzt wird auf die Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden verwiesen, was schon fast einer Absage an die Gewerkschaften gleichkommt. Weshalb erklärt der Senat nicht seine Bereitschaft, der ÖTV die Einführung der 35-Stunden-Woche im bremischen öffentlichen Dienst anzubieten, falls ein entsprechendes Abkommen auf Bundesebene nicht erreicht wird?

Wir fordern Sie auf, über die Frage des Lohnausgleichs zu verhandeln, denn ein Großteil der Mehrkosten könnte durch ein Einfrieren der Gehälter in den oberen Einkommensgruppen finanziert werden. Das wäre eine Alternative zum jetzt beschlossenen Stellenabbau im öffentlichen Dienst, der gerade jetzt das Gegenteil der vielbeschworenen aktiven Arbeitsmarktpolitik darstellt, denn ohne drastische Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und die Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände und Köpfe ist die chronische Massenarbeitslosigkeit nicht zu bewältigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Zukunft muß die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die durch die elektronische Revolution noch beschleunigt wird, in Wachstum an freier Zeit für jeden Menschen umgesetzt werden statt in Wachstum des materiellen Bruttosozialprodukts.

Zweitens: In einer ganzen Reihe Bremer Betriebe, darunter VFW/MBB, Vulkan und AG „Weser“, gibt es inzwischen Arbeitskreise und Konzepte für die Fertigung neuer, sozial nützlicher und umweltfreundlicher Produkte. Mit Ausnahme der Maschi-

nenfabrik Voith ist der Senat bisher nirgendwo auf diese Ansätze eingegangen, und auch dieser Betrieb wird jetzt in der entscheidenden Phase, in der es um das Betriebskapital und um Startaufträge geht, im Stich gelassen.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Aufträge können wir nicht geben!)

Im Herbst 1982 haben die Betriebsräte der AG „Weser“ und des Bremer Vulkan als Alternative zur Kahlschlagsanierung der Werften die Ausweitung alternativer Produktion gefordert und einen ganzen Katalog möglicher Produkte aus dem Bereich Umwelttechnik vorgelegt. Der Senat hat darauf nicht reagiert. Entscheidungen über Investitionen und Produktion seien Sache des Unternehmers, so heißt es heute und hieß es damals. Solange dieses Tabu nicht durchbrochen wird zugunsten gesellschaftlicher Regelungen, wird die Regierung nie über Krisenverwaltung, Flickwerk und wirtschaftspolitische Kurpfuscherei hinauskommen.

Je tiefer die Krise ist, desto dringender sind demokratische Formen der Beratung und Entscheidung mit den Betroffenen nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens: Die Ausweitung der Kontroll- und Entscheidungsbefugnisse von Belegschaften kann auch und gerade in der jetzigen Zeit gefördert werden durch Bindung von Subventionen an Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, durch finanzielle Starthilfe, Beratung und öffentliche Aufträge für Belegschaften, die ihren Betrieb in genossenschaftlicher Form weiterführen wollen, durch Unterstützung der zahlreichen Selbsthilfe- und Alternativprojekte, die sinnvolle Arbeit mit Selbstverwaltung verbinden wollen.

Viertens: Unser Antrag auf Einberufung einer Bremischen Werftkonferenz ist eine erste Nagelprobe auf die Bereitschaft von SPD und Senat, die Arroganz der Macht abzustreifen, demokratische Konsultation und öffentliche Willensbildung zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, Ökonomie und Ökologie bilden eine unzertrennbare Einheit. Die Krise des einen Sektors ist ohne die des anderen nicht lösbar. Wir können nicht die Wirtschaft sanieren auf Kosten unserer Umwelt oder das ökologische Gleichgewicht wiederherstellen, ohne die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen zu beseitigen.

Sie, verehrte Abgeordnete, haben jahrzehntelang mit an dem Märchen gestrickt, wonach die immer weitere Ausdehnung der materiellen Produktion und des Konsums problemlos realisierbar und wünschenswert sei. Sie haben dazu beigetragen, den Menschen die Schokoladenseite unserer Gesellschaft zu präsentieren, ohne den Preis, der dafür bezahlt werden mußte, zu nennen.

(C)

(D)

(A) So konnte der schizophrene Zustand entstehen, daß der Bevölkerung sauberer Strom ins Haus geliefert wurde, ohne daß klar wurde, daß die Produktion dieses Stroms eine äußerst schmutzige Angelegenheit blieb.

So konnten Wegwerfflaschen, Wegwerftücher, Plastikverpackungen, Konservendosen an Mann und Frau gebracht werden, ohne daß jemandem bewußt wurde, daß all diese Produkte sich nach einmaligem Gebrauch zu einem schier unlösbaren Müllproblem auftrüben.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Ihnen war das vor zehn Jahren auch nicht bewußt!)

Nun, wo die negativen Folgen dieser Art zu leben und zu produzieren in Milliarden-Schäden zum Ausdruck kommen, wo Rohstoffkrisen und Naturzerstörung uns vor die Überlebensfrage stellen, kommt das ökologische Vokabular auch bei Ihnen auf der Regierungsbank in Mode. Doch die Maßnahmen zum Umweltschutz nehmen sich gering aus und bleiben halbherzig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie gesagt, zwei Seiten in der Regierungserklärung! Hier das Beispiel Müll: Die geplante Rauchgaswäsche für die Verbrennungsanlage in Bremen!

(B) Verschleißproduktion, Verpackungswahn und Einwegprodukte haben dazu geführt, daß Bremen jährlich einen Müllberg von 240 000 Tonnen Haus- und Sperrmüll zu bewältigen hat. Das ist eine Million Kubikmeter Müll, mit dem man nicht weiß, wohin. Man kann ihn als einen Haufen nicht verwertbaren Abfalls betrachten und ihn zu einem Berg aufschichten, damit haben Sie angefangen, wegwerfen, sammeln und deponieren. Wären die Müllproduzenten nicht schneller gewesen, als Ihnen lieb ist, dann wären Sie auch jetzt noch bei dieser Methode, aber es fehlte der Platz.

Die zweite Lösung: Man kann diesen Berg verkleinern, indem man ihn verbrennt. Das tun Sie nun seit 13 Jahren. In dieser Zeit hat die Müllverbrennungsanlage ständig giftige Stoffe in die Umwelt geblasen, und erst jetzt, nachdem die Wälder lieber sterben als hier zu leben — und das gilt auch für den Stadtwald und für die schweren Schäden im Bürgerpark —, beginnen Sie, über Schutzmaßnahmen nachzudenken. Wiederholte Bodenproben im Bürgerpark sprechen eine deutliche Sprache. Der Cadmiumgehalt im Boden steigt bedrohlich an, je näher man der Müllverbrennungsanlage kommt. Bleiwerte liegen um das Sechsfache über dem Normalwert und mehr. Der pH-Wert liegt so niedrig, also der Boden ist so übersäuert, daß Schwermetalle, aber speziell Aluminium sich auflösen, zumindest droht dies.

Die Müllverbrennung ist eine ähnlich gedankenlose und unverantwortliche Art der Müllentsorgung wie die Deponierung. Sie braucht zwar weniger Platz, macht dafür aber mehr Dreck und bläst

(C) viel Gift in die Luft. In dieser Situation hat der Senat beschlossen, eine Rauchgaswäsche in der Müllverbrennungsanlage zu installieren. Ich habe selbst jahrelang den Einbau einer Rauchgaswäsche in die Müllverbrennungsanlage gefordert. Sie haben daher ein Recht darauf zu hören, warum wir zum jetzigen Zeitpunkt diese Rauchgaswäsche nicht mehr für eine vernünftige Lösung halten, sondern schlicht und knapp die Stilllegung der Müllverbrennungsanlage bis 1988 und ein verändertes Konzept für die Müllbeseitigung fordern.

Die Müllverbrennungsanlage würde auch mit Rauchgaswäsche einen bestehenden schlechten Zustand nur fortführen. Müllverbrennung ist Rohstoffvernichtung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Anlage die Universität und den Reichsbund mit Wärme und sich selbst mit Strom versorgt. Die erzeugte Energie wird nur zu einem Drittel genutzt, zwei Drittel gehen in die Luft.

Der Einbau der Rauchgaswäsche würde das Problem der Umweltbelastung nicht lösen, denn die herausgewaschenen Schadstoffe blieben als giftige Schlämme übrig, die gesondert deponiert werden müßten.

(D) Die für die Rauchgaswäsche benötigten Investitionen können nur durch eine Umlegung auf die Verbraucher gedeckt werden. Das bedeutet aber, daß die Menge des anfallenden Mülls gleich bleibt oder gar steigen muß, da bei einem Sinken des Müllaufkommens die Müllverbrennungsanlage nicht mehr wirtschaftlich arbeiten könnte. Es käme so auf den Verbraucher die absurde Situation zu, daß, je vernünftiger er sich verhält, das heißt, je weniger Müll er produziert, desto höher seine Kosten für die Beseitigung des Mülls werden. Dies kann die Entwicklung ökologisch richtigen Verhaltens nicht fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die GRÜNEN fordern statt dessen die schrittweise Stilllegung der Müllverbrennungsanlage bis 1988, also jenem Jahr, in dem auch die Rauchgaswäsche in Betrieb genommen werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt könnte eine neue Art der Müllbeseitigung und -verwertung realisiert werden, die auf ein Recycling hinausläuft. Sie wissen ganz genau, Herr Senator, daß Recycling im übrigen die einzige Lösung der Zukunft ist,

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Nicht nur bei Müll!)

mehrmals besprochen und von Wissenschaftlern auch erläutert. Selbst von den Betreibern der Müllverbrennung!

(Senator L e n z : Ja, genau, da kenne ich mich aus! — Heiterkeit — Zuruf von der SPD: Keine Zwischenrufe von der Senatsbank!)

(A) Weil er es doch immer nicht glauben will! Ich erzähle ihm das seit Monaten!

(Heiterkeit)

Die Rauchgaswäsche wäre nur eine kurzfristige Umweltentlastung gewesen. Bei den in Aussicht gestellten Zeiträumen jedoch verliert der Einbau diesen Sinn. In unserer Großen Anfrage werden wir hierzu noch detaillierte Vorstellungen darstellen. Lassen Sie mich hier noch einige grundsätzliche Gedanken zu der Lebenseinstellung äußern, die mit dem ständig wachsenden Müllberg verknüpft ist!

Kaufen, gebrauchen, verbrauchen, wegwerfen, das ist selbstverständlich in unserer Zeit. Die neue Ware ist schon im Kaufhaus vorprogrammiert für den Müllberg, vorprogrammiert mit immer kürzerer Lebensdauer, und geht der Verschleiß nicht schnell genug, dann sorgen Werbung, Marketing und Mode für neue Kaufstimulation des Verbrauchers.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, das sieht man!)

Aber wir behandeln nicht nur die Produkte des täglichen Lebens und damit die darin enthaltenen Rohstoffe so sträflich und sorglos, auch die Natur, also Landschaft und Tierwelt, werden nach dem gleichen Motto gehandhabt.

(B) Zehn Millionen Tiere werden pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland verbraucht für meistens sinnlose Tierversuche für meistens überflüssige Pharmaka, Kosmetika und andere Produkte, und die Reform-Universität Bremen schickt sich an, im Namen der Wissenschaft und des Fortschritts mitzuwirken an diesem gesellschaftspolitischen Skandal.

(Abg. Töpfer [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht, was Sie da erzählen!)

Kaufen, gebrauchen, verbrauchen, kündigen, weg-schicken, vergessen, so geschieht es auch mit dem überflüssigen Menschen, dem Arbeitslosen, siehe AG „Weser“, dem arbeitslosen Ausländer, dem Drogen- und Alkoholkranken und vielen alten Menschen, denen oft dasselbe Schicksal geschieht. Dies alles ist eine Dokumentation der Rücksichtslosigkeit, der Ehrfurchtslosigkeit unserer Zivilisation, die alles Gewachsene von Jahrtausenden für sich beansprucht, gebraucht, verbraucht, mißbraucht und letztlich vernichtet.

Dabei darf der schlimmste aller Müllberge nicht vergessen werden, der aus den atomar betriebenen Kraftwerken, denn er verkörpert die Spitze menschenverachtender Wirtschaftspolitik und kann noch in Tausenden von Jahren für Mensch und Natur tödliche Gefahr bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können sich nicht damit herausreden, meine Damen und Herren, daß das kein Problem für das Land Bremen sei. Esenshamm liegt nur 50 Kilometer von uns entfernt. Dort lagern nicht entsorgte Brennstäbe, weil man nicht weiß, wohin damit. Die sogenannte Atommüllentsorgung geht uns alle an. Diese tödliche Zeitbombe jedoch droht in Vergessenheit zu geraten und tickt lautlos und gemütlich vor sich hin.

Ist es nicht an der Zeit, Herr Bürgermeister, sich mit dem Kollegen Albrecht über dieses Thema zu unterhalten? Bremen hat nie seine starke Position genützt, im Gegenteil: Man ließ sich die Kühltürme abhandeln und ließ sich einen geplanten radioaktiven Kühlwassersee unterjubeln.

Da der Schritt von der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomkraft zur kriegerischen sehr klein ist, komme ich zum Punkt Frieden. Meine Damen, meine Herren, eine neue Politik, wie ich sie hier skizziert habe, ist nur möglich, wenn der Frieden in der Welt gesichert wird.

Sicher war der Beschluß, den wir hier gemeinsam gegen die Raketenstationierung gefaßt haben, sinnvoll und nötig. Aber er hat uns auch wieder einmal schmerzlich klar gemacht, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht in der Bremischen Bürgerschaft und auch in keinem anderen Parlament fällt. Dennoch können Sie im Senat, können wir alle praktische Konsequenzen aus unserem Beschluß ziehen, Konsequenzen, die auch in dieses Parlament hineinreichen.

Die Zeiten sind zu ernst, als daß das Wort Frieden auf Regierungserklärungen, Sonntagsreden oder Resolutionen begrenzt werden darf. Sie, Herr Bürgermeister Koschnick, Sie und Ihr Senat tragen dabei eine ganz besondere Verantwortung, und wir versichern Ihnen, jeden ernsthaften Schritt Ihrerseits für Frieden werden wir unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch da, wo Ihre Politik mit dem zweifelhaften Argument der Verpflichtung gegenüber dem Bund die Bevölkerung im Land Bremen gefährdet, oder dort, wo ein sozialdemokratischer Innensenator die Friedensbewegung behindert oder kriminalisiert, werden Sie innerhalb wie außerhalb des Parlaments auf unseren erbitterten Widerstand stoßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist für viele Bremer unerträglich zu wissen, daß in jedem Jahr über 300 Züge mit Munition und anderen militärischen Gütern durch dieses Land fahren. Nicht nur die Bevölkerung wird dadurch gefährdet, sondern Bremen gibt auch sein Hoheitsgebiet an amerikanische Militärs für den Transport ihrer chemischen und atomaren Kampfstoffe.

Wer, Herr Bürgermeister, garantiert, daß nicht schon heute Teile jener Pershing-II-Raketen durch Bremer Landesgebiet gefahren werden, Teile jener

(C)

(D)

(A) Raketen, gegen deren Aufstellung in der Bundesrepublik auch Sie gestimmt haben?

Wie wäre es, Herr Senatspräsident, Sie setzten sich —

(Glocke)

Herr Bürgermeister, ich habe Sie angesprochen!

(Bürgermeister **K o s c h n i c k**: Sie haben den Titel genommen eines Richters! Ich bin kein Senatspräsident, gnädige Frau, nur Präsident des Senats!)

Also gut, dann Herr Bürgermeister!

(Bürgermeister **K o s c h n i c k**: Das ist besser!)

Wie wäre es, Herr Bürgermeister, Sie setzten sich mit uns und allen Friedensfreunden ganz symbolisch auf die Schienen vor einen solchen Zug?

(Beifall bei den GRÜNEN — Unruhe bei der SPD und auf dem Besucherrang — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ich bitte, Beifallsäußerungen beziehungsweise Mißfallensäußerungen zu unterlassen!

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Was wir fordern, ist klar und eindeutig.

(B) (Abg. **K u n i c k** [SPD]: Frau Bernbacher wird an die Spitze gesetzt!)

Jawohl, ich bin auch ein dicker Prellbock, das wissen Sie!

(Heiterkeit)

Hören Sie jetzt bitte weiter zu!

(Abg. **W e d e m e i e r** [SPD]: Jawohl!)

Was wir fordern, ist klar und eindeutig: Bremen darf nicht länger seine Straßen, Schienen und Wasserwege für Rüstungstransporte zur Verfügung stellen!

Daß es im Falle eines Atomkrieges keinen Schutz für die Bevölkerung geben kann, ist unbestritten. Die Errichtung von Schutzbauten, Förderung von sogenannten Selbstschutzbauten oder die vorbereitenden Maßnahmen zur Durchführung sogenannter Katastrophenschutzübungen in Krankenhäusern, und das geht bis hin zur Bereitstellung der alten Bunker aus dem zweiten Weltkrieg, was wirklich lachhaft ist, verniedlichen die Folgen eines Atomkrieges nur.

Streichen Sie alle Haushalts- und Personalmittel für diesen Unfug!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nutzen Sie das Geld dafür, daß der Senat unter Hinzuziehung sachkundiger Personen aus Bürgerinitiativen und der Friedensbewegung der Bevölkerung

des Landes Bremen die Gefahren und Folgen eines Atomkrieges realistisch darstellt!

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bremen ist ein Zentrum der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik, und gerade jetzt, in einer Zeit wirtschaftlicher Krisen und Arbeitslosigkeit, ist die Gefahr besonders groß, daß Initiativen zur Rüstungskonversion kein Gehör finden.

Deshalb verlangen wir von Ihnen die Einsetzung und Finanzierung eines Ausschusses, der Maßnahmen zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion in Bremer Betrieben entwickelt. Dieser Ausschuß sollte sich aus Vertretern der Bürgerschaft, Beschäftigten aus den Betrieben und kompetenten Wissenschaftlern zusammensetzen.

Herr Bürgermeister, Schritte in diese Richtung hätten nicht nur für Bremen, sondern über die Grenzen unseres Bundeslandes hinweg politische Signalwirkung, speziell wenn Sie das machen. Noch immer wird die Friedensbewegung in ihrem praktischen Widerstand von Polizeibeamten des sozialdemokratischen Innensensors behindert und angegriffen, wie zum Beispiel mit Wasserwerfern bei den friedlichen Blockaden in Bremerhaven. Stoppen Sie diese teuren Unternehmungen, Herr Senator Kröning, und kaufen Sie für das gesparte Geld das neue Buch von Oskar Lafontaine „Angst vor Freunden“, damit Ihre Polizisten nachlesen können, was die Friedensbewegung will!

(Zuruf von der CDU: Ist das so teuer? — Heiterkeit — Abg. **M ü t z e l b u r g** [GRÜNE]: Eines gratis für die CDU!)

(D)

Meine Damen, meine Herren, unsere Politik braucht die freie Luft wirklicher Demokratie. Das heißt für uns nicht Stellvertretung, Verwaltung und Auftragsvergabe, sondern Selbstorganisation, Selbstbestimmung, nicht einfach nur Mitbestimmung, und Entstaatlichung.

(Abg. **K l e i n** [CDU]: Und Torffeuer!)

Darauf gehen wir später noch ein! Sie sind ja immer so witzig, aber das kommt später!

(Abg. **K l e i n** [CDU]: Ich sitze gern am Torffeuer! — Abg. **W e d e m e i e r** [SPD]: So witzig ist er gar nicht, er fühlt sich nur so!)

Das gibt auch ein gutes Gefühl, wenn man sich etwas vornimmt!

Wir fordern also den Abbau zentralisierter Macht überall, wo sie zu finden ist. Wer durchschaut denn schon noch den Apparat des Finanzamtes, die Bürokratie der Sozialbehörden, die Zuständigkeit der Hochschulverwaltung? Fühlen wir alle uns nicht manipuliert und den Machern der Politik ausgeliefert?

Wir finden es grotesk, daß die Exekutive mit ihren Hierarchien noch immer weitgehend als ge-

- (A) schlossenes System arbeitet, das den ratsuchenden Bürger als Störfaktor begreift. Hier weht der Muff Preußens. Es wird höchste Zeit, daß wir uns — gemeinsam mit den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst — über eine wirklich öffentliche Form dieser öffentlichen Dienste, die ja ein Dienst am Bürger sein sollten, Gedanken machen.

(Beifall bei den GRUNEN)

Gut, daß Sie alle nicht daran vorbei können, wie sehr Demokratie von unten anfängt und dem Einfluß dieses Hauses — Gott sei Dank — entzogen ist. Wir werden die politische Stellvertretung dieses Hauses dennoch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Demokratie muß durchgekämpft werden, gerade gegen den immer stärker werdenden politischen Salto rückwärts. Der Salto rückwärts ist aber keine Spezialität der konservativen Regierung in Bonn. Er macht sich auch im SPD-Staat Bremen bemerkbar, und sogar ohne äußeren Druck, zum Beispiel wenn die Mitbestimmungsregelung an der Volkshochschule mit der Begründung ausgesetzt wird, sie sei nicht mehr „handhabbar“ und — Zitat — „behindere die Umsetzung von Leitungsentscheidungen“. Demokratie ist, was der Leitung nützt! Was ist dies nach den vielen vorherigen Rücknahmen sozialdemokratischer fortschrittlicher Politik für ein neues Armutszeugnis „sozialer Demokratie“!

- (B) Auch in dieser Wahlperiode werden die GRUNEN die Direktwahl und das Etatrecht für Ortsamts- und Stadtteilbeiräte fordern, denn jetzt sind die Beiräte lediglich Verwaltungsgremien ohne politische Kompetenz und Einfluß, und Voten und Veto von Beiräten wirken sich auf die senatorischen Behörden überhaupt nicht aus, es wird sich rücksichtslos darüber hinweggesetzt. Auch wenn — oder gerade weil — Bürgermeister Koschnick der Meinung ist, das mache Bremen unregierbar —

(Bürgermeister Koschnick: Das habe ich nie gesagt! Ich habe gesagt, das ist unpraktisch! Von unregierbar habe ich nie gesprochen!)

weiß ich aber! —, will heißen, nicht mehr „handhabbar“ im Sinne einer Machtausübung der SPD! Demokratie ist eben, was nützt!

Trotz taktischer Winkelzüge und neuer politischer Bekenntnisse funktioniert der Apparat staatlicher Repression auch in Bremen. Noch immer gibt es politische Sonderkommandos, die ganz im Sinne des von der SPD abgelehnten neuen Demonstrationsrechts schon heute sogenannte Rädelsführer greifen. Trotz beruhigender Statements werden auch aus Bremen Ausländer weiterhin abgeschoben.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die Rede hat wohl euer KBW-Geschäftsführer geschrieben!)

(C) Immer, wenn dann Kritik kommt, fehlt nicht der Hinweis auf Bremens Abhängigkeit vom Bund. Diese Art von Abhängigkeit allerdings, meinen wir, sollten wir aufgeben!

Wir bestehen auf den Rechten, die uns die Verfassung unseres föderativen Staates gibt. Wir sind für den Ausbau dieser Rechte, für den Abbau der Macht unseres Zentralstaates, für die Stärkung der Kommunen und Gemeinden. Das zwingt zu einer neuen Verteilung des Steueraufkommens zugunsten der Städte und Gemeinden.

Bundestreue, Herr Bürgermeister, ist eine heilige Kuh, der Sie alles Bremische opfern können. Sie laufen sogar jetzt noch hinter Ihren politischen Gegnern in Bonn her, nachdem klargeworden ist, daß diese Sie und die Landesregierung finanziell und politisch gefügig machen wollen. Machen Sie Ihren Rücken gerade, und entwickeln Sie politische Phantasie! Es darf keine Tabus geben. Sie wissen selbst, wieviel Millionen DM Bremen nach Bonn zahlt. Sie wissen auch, wieviel davon direkt in überlebensgefährdende Projekte gehen, die von uns gemeinsam bekämpfte Hochrüstung, Atomenergie, Kanalbauten. Ich erinnere hier nur daran, daß in den Zeiten der letzten Weltwirtschaftskrise zahlreiche Gemeinden ihre Steuerüberweisungen an den Zentralstaat eingeschränkt haben. Vielleicht haben wir auch finanzpolitische Phantasie!

(D) Der Schwerpunkt der Arbeit von uns GRUNEN im und außerhalb des Parlaments wird darauf liegen, überall dort, wo der Abbau demokratischer Rechte droht, zur Stelle zu sein, in Schulen und Hochschulen, in Verwaltungen und an Arbeitsstätten und auf der Straße, gerade weil wir die Entscheidungen und die Macht wieder dahin geben wollen, wo sie unserer Verfassung nach herkommt, in die Hände aller Bürger, und dorthin, wo sie leben und arbeiten. Gerade deshalb bekämpfen wir alle Maßnahmen zu weiterer Zentralisierung.

Die Entwicklung moderner Informationstechnologien, neuer Medien und neuer elektronischer Überwachungssysteme findet uns als entschiedene Gegner. An der Auseinandersetzung über die Volkszählung hätten Sie lernen können, was es bewirkt, wenn immer mehr Menschen Vertrauen auf ihre eigene Kraft bekommen und einer übermächtigen Bürokratie die Weigerung gegenüberzusetzen, den zivilen Ungehorsam!

Es wird noch viele Akte des zivilen Ungehorsams geben, bis wir endlich den Weg in eine neue Politik gehen können. Sie werden uns dabei noch oft an der Seite derjenigen sehen, die Sie von der SPD geschichtlich gesehen immer vertreten wollten, an der Seite der Minderheiten, an der Seite der Sprachlosen, der Empörten und derer, die neue Wege gehen wollen in dieser Gesellschaft.

Es wird auch noch viele Akte des zivilen Ungehorsams geben müssen, bis Sie endlich verstehen, daß es kein Vorbeimogeln an dieser neuen Politik gibt. Auf dieser Erde gibt es kein Aussteigen aus

(A) dem lecken Schiff und kein Umsteigen auf ein anderes. Wir müssen das Schiff am Schwimmen halten und es zugleich umbauen. Begreifen Sie das endlich!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, das war die Erstrede der Abgeordneten Frau Bernbacher.

(Beifall — Abg. Gassdorf [CDU]: Das stimmt nicht!)

Sie haben es als Jungferrede bezeichnet. Ich möchte sagen, ich möchte diesen Ausdruck nicht wählen wollen, weil es bestimmte geschlechtsspezifische Folgen unterstellt.

(Heiterkeit)

Dafür gibt es keine Zuständigkeit des Präsidiums. Ich meine deswegen, wir sollten — auch wegen der Gleichberechtigung zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten — die Bezeichnung „Erstrede“ benutzen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung. Wir kommen wieder zusammen um 14.45 Uhr. Es wird dann die Debatte fortgesetzt mit dem Beitrag des Abgeordneten Wedemeier.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 13.10 Uhr)

(B)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.47 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen eine Klasse des Berufsbildungswerks des DGB, die Besatzung des Schnellboots Wolf vom dritten Schnellbootgeschwader in Flensburg und die Besatzung des Schnellboots Hermelin vom siebten Schnellbootgeschwader in Kiel, zur Zeit auf der Lürssen-Werft in Bremen, als Zuhörer teil.

(Beifall)

Wir befinden uns in der Aussprache über die Regierungserklärung des Senats, Tagesordnungspunkt sechs.

Wir setzen die Aussprache fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn der Präsident des Senats seine Regierungserklärung so gehalten hätte, wie es von Herrn Neumann gewünscht worden ist, nämlich zu allen möglichen Details Stellung

zu nehmen, dann wäre das auch auf Kritik gestoßen. Es gibt einen ähnlichen Vorgang in der Hamburger Bürgerschaft. Da hat der dortige Präsident des Senats zwei Stunden geredet, weil er alle politischen Felder angesprochen hat, und anschließend herbe Kritik des dortigen CDU-Fraktionsvorsitzenden eingesteckt, weil er sich nicht auf die politischen Schwerpunkte dieser neuen Legislaturperiode eingestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

Insofern gilt, wie man es macht, kann man es verkehrt machen. Ich meine, daß es richtig war, daß der Präsident des Senats sich auf politische Schwerpunkte konzentriert hat.

(Zurufe von der CDU: Wo waren die denn?)

Ich habe großes Verständnis dafür, daß einige von Ihnen Hörschwierigkeiten haben, aber dafür hat das Gesundheitswesen Sicherungen eingebaut.

(Beifall bei der SPD)

Das Land Bremen steht am Beginn einer Legislaturperiode, in der wir uns vor Aufgaben und Problemen sehen, wie sie in den letzten Jahrzehnten in diesem Ausmaß nicht zu bewältigen waren. Den gewaltigen Leistungen derer, die nach Krieg und Zerstörung Bremen unter kaum beschreibbaren und heute kaum noch vorstellbaren Anstrengungen wieder lebensfähig gemacht haben, folgte eine lange Phase wirtschaftlicher und sozialer Stabilität. Vieles hat sich inzwischen geändert. Auch der Friede, von den meisten Menschen über Jahre hinweg als sicher angesehen und durch die Ostpolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt gefestigt, ist mehr als brüchig geworden.

Die Weltwirtschaftskrise hat inzwischen alle Staaten erreicht. Das Heer der Arbeitslosen wächst, Armut breitet sich immer mehr aus, Jugendliche wachsen ohne Lebensperspektive auf. Die Unterschiede zwischen den Klassen werden in unserer angeblich klassenlosen Gesellschaft immer größer.

Es ist deshalb richtig, mit einer schonungslosen und offenen Beschreibung und Analyse der Wirklichkeit zu beginnen, zu Beginn dieser elften Legislaturperiode abzulegen, besonders dann, wenn es uns gelingen soll, Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Situation in unserem Land wirklich zu verbessern.

Bürgermeister Hans Koschnick hat das heute morgen hier getan. Für die sozialdemokratische Fraktion danke ich für seine klaren und unmißverständlichen Worte!

(Beifall bei der SPD)

Die Bremer Sozialdemokraten haben bereits vor der Bürgerschaftswahl angekündigt, daß die eingetretene Lage Konsequenzen haben muß, für viele durchaus negative, um für möglichst viele von denen, die arbeitslos sind, die von Arbeitslosigkeit bedroht

(C)

(D)

(A) sind oder die keinen Ausbildungsplatz haben, wieder Perspektiven zu eröffnen.

Hans Koschnick ist wieder Präsident des Senats und Bremer Bürgermeister, nicht nur, weil die Sozialdemokraten im Land Bremen für ihre Politik mehr Zustimmung erhalten haben als andere Parteien, sondern auch, weil wir vor der Wahl ehrlich waren,

(Beifall bei der SPD)

weil Sozialdemokraten vor der Wahl die Wahrheit gesagt haben zum Beispiel über die Situation der Werften, die nicht eingehaltene Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers und den zwar versprochenen, aber bis heute ausgebliebenen Aufschwung. Deshalb sitzen heute 58 SPD-Abgeordnete hier.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen, meine Herren, nicht zuletzt errang die SPD wieder die absolute Mehrheit, weil sie auch den glaubwürdigeren, einfach besseren Spitzenkandidaten zu bieten hat.

(Beifall bei der SPD — Abg. Mützelburg [GRUNE]: Personenkult!)

Hans Koschnick kann sicher sein, die SPD-Fraktion dieses Hauses bei der Bewältigung der vor uns liegenden Probleme an seiner Seite zu haben. Wenn die CDU meint, uns vorhalten zu müssen, daß wir nur die Hälfte der Wähler vertreten, dann bitte ich, einerseits zur Kenntnis zu nehmen, daß der Senat — der Bürgermeister hat es gesagt — alle Bremerinnen und Bremer zu vertreten hat, und bitte, andererseits zur Kenntnis zu nehmen, Herr Neumann, daß Sie noch lange nicht die andere Hälfte der Bevölkerung vertreten.

(B)

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Auch den GRÜNEN muß ich sagen, daß auch das Hochrechnen, sehr geehrte Kollegin, von 22 000 auf 44 000 Stimmen ihren Alleinvertretungsanspruch in gewissen Politikbereichen noch nicht rechtfertigt.

(Abg. Willers [GRUNE]: Aber 51 Prozent sind noch nicht 58 Abgeordnete!)

Herr Willers, wir haben 51 Prozent, etwas mehr als 51 Prozent bekommen, und das ist für die Sozialdemokraten ein klarer Auftrag für diese Wahlperiode.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion will dem Senat auch keinen Blankoscheck überreichen.

(Abg. Neumann [CDU]: Der wäre auch nicht gedeckt! — Heiterkeit bei der CDU)

Ihnen würde ich noch nicht einmal mein Scheckbuch zeigen, Herr Kollege.

(Heiterkeit — Abg. Neumann [CDU]: Da ist ja auch nichts darauf!)

Ich bin ja auch kein Wirtschaftsminister im Saarland. (C)

Wir werden auch unserer Kontrollfunktion gerecht werden. Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat noch vor der Senatswahl die finanziellen Grundlagen der vor uns liegenden Jahre diskutiert und einen Beschluß gefaßt, wie wir die sich aufzeigende Deckungslücke bis 1987 geschlossen sehen wollen. Wir verstehen diesen Beschluß als Auftrag an den Senat und erwarten entsprechende Antworten. Daß diese Deckungslücke geschlossen werden muß, daran gibt es für uns keinen Zweifel. Im Interesse der Menschen in Bremen und Bremerhaven, im Interesse der Wirtschafts- und Steuerkraft unseres Landes müssen wir größere Handlungsspielräume für eine aktive Beschäftigungspolitik zurückgewinnen.

Auch die CDU hat vor der Wahl viele deutliche Worte gebraucht. Herr Neumann hat heute morgen, nach der Wahl, gesagt, daß wir nun die Alleinverantwortung für alles hätten, was in Bremen auf uns zukommt und was in Bremen passiert. Es sah auch in Ihren Reden vor der Wahl anders aus. Da waren Sie schon stolz, Mitverantwortung als Oppositionsführer wahrnehmen zu können.

(Abg. Neumann [CDU]: Stolz nie!)

Die CDU verdankt ihren bisher größten Wahlerfolg in Bremen sicherlich auch der Tatsache, daß sie für sich in Anspruch genommen hat, in Bonn viel für Bremen herausholen zu können. (D)

Der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende in Bremen und auch der Bundeskanzler versicherten den Werftbetriebsräten und den Wählern mehrfach, die Bundesregierung werde dem Land Bremen, den Werften in Bremen und Bremerhaven helfen, konkret helfen. Bedingung: Ein tragfähiges Konzept für eine Werftenfusion an der Weser müsse auf den Tisch. Ich zitiere aus dem „Wahljournal Bremen/Bremerhaven, Informationen zur Bürgerschaftswahl“, Ausgabe September 1983, laut Impressum verantwortlich der CDU-Landesvorstand, darin steht wörtlich:

„Der Bundeskanzler hat den Betriebsräten zugesagt, daß die Werftstandorte Bremen und Bremerhaven erhalten bleiben und daß die Bundesregierung bei der Umstrukturierung der Werften helfen wird, wenn der Senat und die anderen Anteilseigner tragfähige Konzepte vorlegen.“ Es war nicht die einzige Wahlausgabe, die Sie herausgegeben haben mit einer solch klaren Aussage.

Was geschieht jetzt? Ein tragfähiges Konzept liegt vor! Weil die Bremer CDU glaubt, den Wortbruch ihres Bundeskanzlers kaschieren zu müssen, zweifelt sie nun die Tragfähigkeit dieses Konzepts an. Dieses taktische Spiel kommt zu spät!

(Beifall bei der SPD)

Erstens müßte dann dazu gefragt werden, ob es zum Beispiel bei Arbed-Saarstahl jemals die Anfor-

(A) derung eines tragfähigen Konzepts oder ein tragfähiges Konzept gegeben hat. Zweitens, Herr Kollege Neumann, der FDP-Landesvorsitzende, wenigstens ehrlich, hat bestätigt, daß die Tragfähigkeit des Konzepts bei der Entscheidung der Bundesregierung keine Rolle gespielt hat. So jedenfalls hat das Graf Lambsdorff Herrn Lahmann mitgeteilt. Die Bundesregierung selbst hat an der Tragfähigkeit überhaupt nicht gedeutelt. Sie verweist auf angebliche Konkurrenzängste kleinerer und mittlerer Werften, auf angebliche Einwendungen anderer Bundesländer. Die Bundesregierung konnte auch nicht an der Tragfähigkeit zweifeln, und deshalb kann sie Ihr nachgeschobenes Argument auch nicht stützen, weil — so habe ich jedenfalls den Eindruck — die Mitglieder der Bundesregierung das Gutachten der Treuarbeit überhaupt nicht gelesen haben.

(Abg. Neumann [CDU]: Das trifft nicht auf den Kanzler zu!)

Ihre Begründungen sind nicht stichhaltig, auch nicht die Begründung der kleineren und mittleren Werften und der anderen Bundesländer. Das bestätigen einmal die Stellungnahmen der kleineren und mittleren Werften selbst, und das bestätigt auch der Protest besonders CDU-geführter Landesregierungen. Diese CDU-geführten Landesregierungen Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und auch das SPD-geführte Hamburg bestreiten das, was Sie behaupten.

(B)

(Abg. Neumann [CDU]: Wir haben Protokollauszüge! — Abg. Kudella [CDU]: Ich lese Ihnen das gleich vor!)

Das können Sie gern vorlesen, aber dann müssen Sie an Ihre Landesregierungen in den von mir genannten Ländern herantreten und denen sagen, sie sollen in der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialdemokraten haben gewußt, weshalb sie von Bonn vor der Wahl verbindliche Zusagen erwarteten und forderten. Schon einmal in diesem Jahr hatte die CDU nämlich dieses Spiel auf dem Rücken von Werftarbeitern getrieben, in Schleswig-Holstein. Vor der Wahl vom 13. März gab es Versprechungen, auch vom Bundeskanzler, am Tage danach Massenentlassungen.

Herr Neumann, wenn Sie die Wahrheit an diesem Punkt als Schmutzkampagne bezeichnen,

(Abg. Neumann [CDU]: Nein, die Formulierung!)

dann muß ich Ihnen sagen, wer den Wählern, bewußt oder unbewußt will ich dahingestellt sein lassen, nicht die Wahrheit sagt, wer um eines Wahlerfolgs willen Aussagen macht, der muß sich hinterher auch gefallen lassen, daß er daran gemessen wird.

(Beifall bei der SPD)

(C) Wir alle müssen uns fragen, was Arbeitnehmer von einem System halten sollen, in dem schon zehn Wochen nach einer Wahl Zusagen des Bundeskanzlers nichts mehr gelten. Wir müssen uns fragen, was sollen Jugendliche von einem System halten, in dem trotz Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers vom Frühjahr im Herbst des gleichen Jahres noch immer Tausende ohne Ausbildungsplatz auf der Straße stehen.

Es kann sein, daß den Konservativen — ob Unternehmern oder Politikern — die Krise des Wirtschaftssystems so ungelegen auch nicht kommt. Die Krise wird zur Reinigungskrise, zur Reinigungskrise zu Lasten der abhängig Beschäftigten und zu Lasten der sozial Schwachen. Sie soll genutzt werden zur Schwächung der Gewerkschaften, zur Reduzierung des Lebensstandards für breite Bevölkerungsschichten. Die Strategen erhoffen sich eine Disziplinierung der Betroffenen, längst vergessen geglaubte Zustände könnten wieder hergestellt werden.

Dabei droht eine große Gefahr, die mit einer solchen Politik in Kauf genommen wird: Sind die Veränderungen nicht oder nur schwer erträglich, so droht die politische Radikalisierung, die sich bereits in Stimmen für ausländerfeindliche Rathausparteien andeutet. Wir Bremer Sozialdemokraten wollen solchen Tendenzen und Auswirkungen energisch entgegenreten.

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine Damen und Herren, parallel zur möglichen Krisenstrategie der Konservativen werden konjunkturelle Hoffnungen für 1984 verbreitet. So auch heute morgen! Es werden Erfolge gepriesen, die gar keine sind. Es bleibt nämlich festzustellen, Herr Kollege Neumann, daß im Oktober dieses Jahres 230 000 Menschen mehr arbeitslos waren als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, zum Ende der sozial-liberalen Koalition in Bonn unter Helmut Schmidt.

Die Menschen in diesem Lande wollen keine Aufschwungparolen mehr hören, sie wollen, daß Politiker sachgerechte Lösungen finden.

(Beifall bei der SPD)

In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit 2,2 Millionen Arbeitslose, diese Zahl wird selbst nach Prognosen der Bundesregierung bis 1990 noch weiter deutlich ansteigen, und das wird dann heute morgen als Erfolg verkauft!

(Abg. Neumann [CDU]: Nein, habe ich das gesagt?)

Angesichts dieser Situation ist es für uns Sozialdemokraten völlig unverständlich, wenn die konservativ-liberale Regierung in Bonn beschäftigungspolitisch völlig untätig bleibt. Man redet statt dessen von Verbesserung der Rahmenbedingungen. Tatsächlich aber werden die Kosten der Krise auf die Arbeitslosen und sozial Schwachen abgewälzt. Das sind die Verbesserungen der Rahmenbedingungen!

(A) Man denkt daran, den Staat aus seiner Verantwortung zurückzudrängen, gemeint ist letztlich, weniger Staat, abwarten, und die Probleme lösen sich von selbst. Man hofft auf mehr Wachstum und behauptet, dadurch werde die Arbeitslosigkeit abgebaut. Es ist aber eine Illusion zu glauben, es werde mehr Arbeit geben, wenn es mehr Wachstum gibt. Wir müßten schon Wachstumsraten von real fünf bis sechs Prozent jährlich über das gesamte vorausliegende Jahrzehnt erzielen, um dadurch Massenarbeitslosigkeit abbauen zu können. Das entspräche nominal neun bis zehn Prozent über zehn Jahre hinweg. Diese Zahlen berücksichtigen noch nicht einmal mögliche Konsequenzen durch die Einführung neuer Technologien und die sich daraus ergebenden Rationalisierungseffekte.

Wir Sozialdemokraten sind angesichts dieser Problematik der Überzeugung, daß der Arbeitszeitverkürzung eine zentrale Rolle zukommt. Ich will mich hier nicht im einzelnen zu Formen der Arbeitszeitverkürzung äußern, weil das branchenbezogen durch die Tarifvertragsparteien geregelt werden muß. Es sollte aber kein Vorschlag von Beginn an abgelehnt werden. Es kommt darauf an, das knapper werdende Volumen an vorhandener Arbeit auf alle zu verteilen. Für die jetzt Arbeitslosen, für 2,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, findet nämlich zur Zeit bereits die radikalste aller denkbaren Formen der Arbeitszeitverkürzung statt, nämlich von 40 auf null Wochenstunden. Wir halten diese Form der Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitslosigkeit für die unsolidarischste Form und für die gesellschaftspolitisch gefährlichste.

(Beifall bei der SPD)

Unabhängig davon können wir uns die Arbeitslosigkeit, die insgesamt jährlich 55 Milliarden DM kostet, einfach nicht leisten. Es zeigt sich, nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt, daß Massenarbeitslosigkeit und die Angst von immer mehr Menschen um ihre Arbeitsplätze auf Dauer nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch den inneren Frieden bedrohen.

Ein System, das seinen Bürgern, den älteren wie den jüngeren, keine Zukunft, keine Perspektive mehr bieten kann, wird auch keine Zustimmung mehr erwarten dürfen und erwarten können.

Die Frage, meine Damen und Herren, lautet also nicht, ob wir mehr oder weniger Staat wollen, das ist eine von konservativen Kräften aufgeworfene Scheinfrage. Es geht darum, ob wir den unvermeidlichen und tiefgreifenden Strukturwandel, den der Markt allein nur mit großen sozialen Schmerzen bewältigt, politisch steuern können und wollen.

Ohne Staat geht es schon heute nicht mehr. Beispiele dafür gibt es genug. Die Rolle des Staates beschränkt sich aber darauf, auf mehr oder weniger freundliche Aufforderung privater Kapital-

eigner, meist großer auch internationaler Konzerne zu reagieren. Wenn diese nämlich nicht mehr bereit sind, in langen fetten Jahren erzielte Gewinne in schlechten Zeiten zu reinvestieren, um Arbeitsplätze zu sichern, zwingen sie den Staat zur Intervention. Weil es um Arbeitsplätze geht, muß und wird oft eingegriffen. Gleichzeitig sichert sich das Kapital den Staat oft genug als Bündnispartner gegen die sozialen Belange der Arbeitnehmer, wie jüngst bei Arbed-Saarstahl. So werden die Steuergelder der abhängig Beschäftigten gegen diese selbst eingesetzt und gleichzeitig die Produktionsanlagen für die Konzerne gesichert, die ihnen eigentlich schon nicht mehr gehören dürften. So funktionieren die Selbstheilungskräfte des Marktes. Die Marktverwerfungen sind aber zu groß, als daß es den Selbstheilungskräften des Marktes oder einer bloßen angebotsorientierten Politik gelingen könnte, die Arbeitslosigkeit abzubauen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Angesichts des anhaltenden Strukturwandels unserer Wirtschaft ist eine aktive Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Geld- und Finanzpolitik unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD)

Hier spielen auch die Banken ihre Rolle. Ich stimme dem, was die Kollegin Frau Bernbacher dazu gesagt hat, zu. Wir fordern die Bundesregierung auf, daß sie sich dieser Aufgabe endlich stellt und vom Geschwätz wekommt.

Wie diese Aufgabe gelöst werden könnte, haben Sozialdemokraten und Gewerkschaften hinreichend genug dargelegt. Diese Vorschläge müssen hier nicht wiederholt werden. Auf eine kurze Formel gebracht: Der Staat darf nicht länger in seiner jetzigen Rolle verharren, sondern muß eingreifen, wenn Strukturen unter sozial unerträglichen Folgen zerbrechen. Wir reden damit nicht der Erhaltung überalterter Strukturen das Wort, auch wir wissen, daß Subventionen auf Dauer nicht geeignet sind, nicht wettbewerbsfähige Betriebe am Leben zu erhalten. Aber wir müssen die Bundesregierung immer wieder auffordern, ihrer Verantwortung dort nachzukommen, wo es darum geht — wie zum Beispiel in der Werft- und Stahlindustrie —, Unternehmungen vor internationalen Wettbewerbsverzerrungen zu schützen.

In diesem Zusammenhang erneuern wir unsere Forderung nach Wiedereinführung der Exportauftragshilfe und Aufstockung der Reederhilfe sowie gerechter Aufteilung der Stahlquoten.

(Beifall bei der SPD)

Es geht dabei, Herr Kollege Neumann, nicht um die schlichte Aufstockung in der Summe insgesamt. Sie haben heute morgen als Leistung der Bundesregierung dargestellt, daß die Reederhilfe von X auf Y erhöht worden ist. Das hilft nach unserer Einschätzung nicht weiter. Sie selbst haben in Ihrem Wahlprogramm ebenso wie die Gewerk-

(C)

(D)

(A) schaften, ebenso wie die SPD und auch wie die FDP gefordert, daß eine prozentuale Aufstockung der Auftragshilfe,

(Abg. Neumann [CDU]: Beides!)

der Reederhilfe erfolgen muß. Das wäre eine Leistung der Bundesregierung, die Sie heute morgen hätten verkaufen können. Das quantitative Ausweiten dieses Haushaltstitels hilft uns nicht weiter.

(Abg. Neumann [CDU]: Dann fragen Sie einmal die Reeder! Dann bleibt das Geld ja übrig! Sie haben ja recht —!)

Also, wenn ich recht habe, ist die Sache in Ordnung!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Teilweise!)

Meine Damen und Herren, wichtige Entscheidungen müssen außerhalb Bremens getroffen werden. Darauf können wir nur bedingt einwirken. In der Regierungserklärung des Bürgermeisters ist deutlich geworden, daß bei der Konzentration unserer Politik auf existentielle Schwerpunkte die Sicherung und, soweit es in unserer Kraft liegt, die Schaffung von Arbeitsplätzen erste Priorität haben. Ein Schritt für eine bessere wirtschaftliche Zukunft kann die Anerkennung Bremens als Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe sein. Damit ist es nun möglich, für Investitionen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb des Stahl- und Werftenbereichs eine Investitionszulage in Höhe von 8,75 Prozent zu gewähren. Der Senat kann durch die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel diese Zulage auf 15 Prozent aufstocken. Es bestehen also in der Stadtgemeinde Bremen neue Förderungsmöglichkeiten für die private Wirtschaft, auch weil die Bundesregierung darüber hinaus 80 Millionen DM zur Verfügung stellt, die durch eine gleich hohe bremische Summe ergänzt werden.

(B) Ob aber nun dieses Programm der große Durchbruch ist, wird die Zukunft zeigen müssen. Zunächst einmal erwarten wir vom Senat, daß bis zu den Haushaltsberatungen Vorstellungen entwickelt werden, wie die Möglichkeiten der Gemeinschaftsaufgabe umgesetzt werden sollen. Mit der Einbeziehung Bremens in diese Gemeinschaftsaufgabe allein können wohl nicht die Folgen der krisenhaften Entwicklung in Bremen insgesamt kompensiert werden. Deshalb sind darüber hinaus Maßnahmen erforderlich, die auf Dauer dazu führen, daß die Standortqualität weiter verbessert wird.

Für uns wäre schon wichtig, Frau Kollegin, daß der Bund die erforderlichen Mittel für die sogenannte Eckverbindung zwischen der Autobahn Bremen—Osnabrück und Bremen—Bremerhaven abweichend vom Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen vorzeitig bereitstellt. Die bedeutendste Standortqualität, die Bremen und Bremerhaven zu bieten haben, ist die Lage an der Küste mit ihrer außenhandelsorientierten Infrastruktur. Da darf ich

(C) an dieser Stelle einen Satz zu Ihrer Rede sagen: Ich stimme vielen Passagen zu, es würde jetzt meine Zeit sprengen, wenn ich darauf im einzelnen eingehen wollte. Ich stimme aber nicht Ihrer Aussage zur Außenhandelspolitik zu. Ich glaube, es ist eine Fehleinschätzung, wenn Sie meinen, wir könnten à la Bahro, wenn ich das richtig begriffen habe, ohne Außenhandel, ohne Verbindung zur Welt klarkommen.

(Abg. Willers [GRUNE]: Nein, das ist falsch!)

Außerdem lebt dieses Land, die beiden Städte Bremen und Bremerhaven, vom Außenhandel, und wir begründen unsere politische Existenz auf diesen Außenhandel.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden deshalb auch in Zukunft die Hafenanlagen im Land Bremen den ökonomischen und technischen Entwicklungen entsprechend dem Welt-handelsvolumen anpassen müssen. Dabei wissen wir, daß auch bei aller notwendiger moderner Technik die anerkannte Schnelligkeit und Zuverlässigkeit unserer Häfen nicht denkbar wäre ohne den Einsatz und den Fleiß der bremischen Hafentarbeiter.

(Beifall bei der SPD)

(D) Besonderes Augenmerk werden wir der wirtschaftlichen Entwicklung all jener Bereiche im Land Bremen zuwenden, deren Produktion und Dienstleistungen mit den Häfen im Zusammenhang stehen, seien es Produktionsbetriebe, die ihren Standort in Bremen haben, weil sie zum Großteil für den Export produzieren — dazu zählt auch Daimler-Benz —, oder weil sie für ihre Produktion Güter über die bremischen Häfen importieren, seien es Zulieferbetriebe, Verkehrsbetriebe und die übrige Palette der mit den Häfen in Verbindung stehenden Unternehmen.

Ein besonderer politischer Schwerpunkt ist, neben der Erhöhung des Umschlags auch die Be- und Verarbeitung von Seegütern in Bremen und Bremerhaven zu forcieren. Die Bereitstellung von Industrieflächen ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Darüber hinaus muß Bremen als Außenhandelszentrum den bisher vernachlässigten Markt für Messen, Tagungen und Ausstellungen verstärkt besetzen. Hier muß versucht werden, gemeinsam mit privaten Investoren Kongreß- und Ausstellungskapazitäten auf der Bürgerweide zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Bereich, der für die wirtschaftliche Entwicklung Bremens generell von großer Bedeutung ist, ist der Sektor Forschung und Entwicklung. Es ist unstrittig, daß Bremen bei der außeruniversitären Forschung Defizite aufzuweisen hat. Es läßt sich aber ebenfalls nicht bestreiten, daß in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht wur-

(A) den. Der Lagebericht des Senats vom Mai dieses Jahres hat dies deutlich gezeigt.

Wir Sozialdemokraten werden der Forschungs- und Technologiepolitik auch unter Sparbedingungen eine hohe Bedeutung beimessen, um in den Teilreichen Technik und Arbeit, neue Technologien, Produktions- und Oberflächentechnik, Meeres- und Polarforschung sowie angewandte Schiffahrtsforschung zu spürbaren Verbesserungen zu kommen. Diese Maßnahmen sind in enger Abstimmung mit der regionalen Wirtschaft und den Gewerkschaften voranzutreiben.

Politische Vorhaben insgesamt sind aber nur zu verwirklichen, wenn der notwendige finanzielle Handlungsspielraum dafür geschaffen werden kann. Unter diesem Vorbehalt steht auch sozialdemokratische Politik, stehen alle Planungen der vor uns liegenden Legislaturperiode.

Es ist kein Geheimnis, daß der aktualisierte Finanzplan des Senats für diese Legislaturperiode ein Defizit von fast einer Milliarde DM ausweist. Es zeigt sich ganz deutlich, daß die Wirtschaftskrise sich auf beiden Seiten des Haushalts bemerkbar macht. Während einerseits die Einnahmen deutlich sinken, steigen gleichzeitig die unabwiesbaren öffentlichen Ausgaben, zum Beispiel für Sozialhilfe. Die Schere, die sich hier auftut, ist kurzfristig nicht zu schließen.

(B) Wir verhehlen nicht, daß wir die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung für kritisch halten. Wir sehen es allerdings, Herr Neumann, auch nicht als eine große Leistung an, was Sie heute morgen angesprochen haben, daß die Bundesregierung die Neuverschuldung um 20 Milliarden DM gesenkt hat. Das Ganze wird ja immer nur verständlich, wenn man dazu sagt, wie die Bundesregierung das gemacht hat oder wie auch andere das machen. Die Bundesregierung hat die Neuverschuldung gesenkt, indem sie 50 Prozent davon durch Abschöpfen der Bundesbankgewinne gedeckt und 50 Prozent dadurch eingespart hat, daß sie radikal in das soziale Netz, das kurz vor dem Zusammenreißen steht, eingeschnitten hat. Das müssen Sie dann dazu sagen!

Zur Versachlichung der Debatte möchte ich aber darauf hinweisen, daß der derzeitige Schuldenstand unter anderem daraus resultiert, Herr Neumann, daß das Land Bremen schon seit Jahren immer häufiger vor der Notwendigkeit stand, wirtschaftlich gefährdeten Unternehmen zu helfen.

Sie haben gesagt, die SPD-Politik in Bremen sei Schuld an der Lage. Umgekehrt haben Sie dann für die Bundesregierung in Anspruch genommen, daß die Bundesregierung an der Lage schuldlos sei.

(Abg. Neumann [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Ich sage Ihnen, wenn Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren seit 1975, 1976, 1977 nicht, und das gegen den energischen Widerstand von CDU

und FDP, auf dem Arbeitsmarkt in Bremen eingegriffen hätten, wie sie es getan haben, wäre die Lage heute noch katastrophaler.

(Beifall bei der SPD)

Dafür haben wir Kredite aufgenommen, dafür haben wir den Schuldenstand in Bremen erhöhen müssen.

(Abg. Klein [CDU]: Das stimmt nicht!)

Ich glaube, daß wir das auch im Wahlkampf haben vermitteln können. Herr Klein, es tut mir leid, Ihnen versuche ich das schon seit langer Zeit beizubringen. Es klappt nicht, aber Sie können es nachlesen.

(Abg. Klein [CDU]: Ich werde es Ihnen beweisen!)

Nun wissen wir auch, daß Schulden die unangenehme Eigenschaft haben, mit Zinsen zurückgezahlt werden zu müssen. Diese Zinsen wiederum belaufen sich zur Zeit im Jahr auf 650 Millionen DM, eine Summe, die unseren Handlungsspielraum natürlich einengt. Um diesen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, ist es erforderlich, Einnahmen zu erhöhen und Ausgaben zu senken.

Bei den Einnahmen wissen wir, daß sie im wesentlichen durch bundespolitische Entscheidungen bestimmt sind. Hier mußten wir schon in den vergangenen Jahren durch Steuerentlastungsgesetze erhebliche Einbußen hinnehmen, auch durch Steuerentlastungsgesetze der SPD/FDP-Regierung.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ich wollte nur sagen, wir hatten uns vorgenommen, daß das Fernsehen nicht im Plenarsaal filmen soll. Ich bitte, das zu beachten. — Bitte sehr, fahren Sie fort!

Abg. Wedemeier (SPD): Ich war bei der SPD/FDP-Koalition! Also auch die hat Steuerentlastungsgesetze beschlossen, die uns viel Geld gekostet haben, zum Beispiel hinsichtlich des Wegfalls der Lohnsummensteuer. Deshalb sind wir auch der Meinung, und das ist auch eine Aufforderung an die Bundesregierung, daß mit Steuerentlastungen insbesondere für die Wirtschaft — was jetzt geplant ist —, Steuerentlastungen, die überwiegend von den Ländern und Kommunen zu finanzieren sind, Schluß gemacht wird und daß man sich statt dessen damit befaßt, wie den Städten und Gemeinden durch eine Veränderung und Verbesserung der Einnahmen aus der Gewerbe- und Grundsteuer zum Beispiel geholfen werden kann.

Wir Sozialdemokraten denken bei der Gewerbesteuer daran, den Kreis der Steuerpflichtigen zum Beispiel um die freien Berufe zu erweitern.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Grundsteuer geht es uns darum, nun endlich zu einer zeitnahen Grundstücksbewertung zu kom-

(C)

(D)

(A) men. Beide Maßnahmen würden nach unserer Ansicht dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit besser entsprechen als die bisherigen Regelungen.

Wir kommen auch in den nächsten Jahren nicht darum herum, die Gebühren und Tarife der Kostenentwicklung anzupassen. Wir werden darauf zu achten haben, daß sie sparsam kalkuliert werden, um so die Belastungen für die Bürger so gering wie möglich zu halten.

Wir halten es auch für unerlässlich, alle Leistungstatbestände auf ihre weitere Berechtigung hin zu überprüfen. Nach unserer Meinung kann es aber nicht darum gehen, sich nur auf den Abbau sogenannter freiwilliger Leistungen zu beschränken. Wir halten es für nicht sachgerecht, wenn Ausgaben bloß schematisch gekürzt oder gestrichen werden. Es kommt vielmehr darauf an, daß nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit und sozialen Gerechtigkeit vorgegangen wird. Um den Abbau staatlicher Leistungen auf das Notwendige zu reduzieren, kommt den Instrumenten der Rationalisierung und Aufgabenkritik eine wichtige Rolle zu.

Auch muß und kann die Effektivität der Verwaltung gesteigert werden. Dies sage ich nicht an die Adresse der Bediensteten, sondern ich richte mich an jene, die für diese Effektivität verantwortlich sind.

(Beifall bei der SPD)

(B) An Betroffene wende ich mich aber, wenn ich für die SPD-Fraktion noch einmal erkläre: Die Übertragung öffentlicher Dienstleistungen auf Private lehnen wir weiterhin ab!

(Beifall bei der SPD)

Wir fühlen uns besonders jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verpflichtet, die zu den untersten Lohn- und Gehaltsgruppen gehören und häufig in der privaten Wirtschaft weder eine soziale Absicherung erhalten noch einen sicheren Arbeitsplatz zu erwarten haben. Privatisierung führt langfristig auch nicht zur Verbesserung des Leistungsangebots für die Bürger und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte, im Gegenteil! Dies schließt aber nicht aus, daß die öffentlichen Dienstleistungen so kostengünstig wie möglich zu gestalten sind.

Meine Damen und Herren, zum vom Senat beschlossenen Einstellungsstopp für den öffentlichen Dienst allgemein gibt es keine realistische Alternative. Diese Maßnahme muß auch kein Dauerzustand sein. Es hängt auch nicht nur von den Politikern ab, wann der Einstellungsstopp wieder gelockert oder aufgehoben werden kann. Jeder aber muß wissen, daß kein Land, keine Gemeinde über Jahre hinweg einen Teil der Löhne und Gehälter durch Kredite finanzieren kann. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst gehört zunächst die Sicherung der Einnahmenseite und damit ein entsprechendes Steueraufkommen. Dies aber hängt wiederum von der Entwicklung der privaten

Wirtschaft ab, von der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in eben dieser privaten Wirtschaft. (C)

Dabei verkennen wir nicht, daß über diesen Schwerpunkt unserer Politik hinaus die wahre Entwicklung unserer beiden Gemeinden zu wohnlichen und lebenswerten Städten nicht vernachlässigt werden darf. Eine wichtige Weichenstellung für die Stadtentwicklung Bremens hat es zum Schluß der letzten Legislaturperiode mit der Verabschiedung des neuen Flächennutzungsplans gegeben. Danach werden unter Beachtung der Umweltschutzerfordernisse Arbeiten, Wohnen und Erholung als sich ergänzende Elemente gesehen.

Sozialdemokratische Politik hat dafür gesorgt, daß die Versorgung mit ausreichend menschenwürdigem, familiengerechtem und preisgünstigem Wohnraum in Bremen heute gegeben ist. Es besteht also nicht mehr wie in den vergangenen Jahren die Notwendigkeit, in größerem Umfang neue Mietwohnungen zu errichten. Das heißt nicht, daß wir in den nächsten Jahren völlig auf den Neubau von Wohnungen verzichten können. Es besteht noch ein Bedarf an preiswerten kleineren Wohnungen, vor allem für Alleinstehende, junge Leute und ältere Mitbürger. Auch wissen wir, daß der Wunsch nach privatem Eigentum ungebrochen ist.

Aber gleichrangig zum Bemühen, kostengünstiges Wohnungseigentum zu erstellen, steht der Mieterschutz weiterhin im Mittelpunkt unserer Wohnungspolitik. Durch die Bremer Mietobergrenzenregelung wollen wir einerseits Mieter in Sozialwohnungen auch in Zukunft vor untragbaren Mietbelastungen schützen und andererseits eine vernünftige Mischung aller Einkommensgruppen in den betroffenen Wohnquartieren sicherstellen. (D)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, zur Qualität einer wohnlichen Stadt gehört auch ein leistungsfähiges Krankenhauswesen, ausreichende Sport- und Freizeitmöglichkeiten und umfassender Umweltschutz.

Die Bedeutung des Sports ist heute größer denn je. Immer mehr Menschen erkennen die Möglichkeiten des Sports, Gesundheit und Leistungsfähigkeit zu gewinnen und zu erhalten. Immer mehr wissen um die Möglichkeiten der Steigerung der Lebensfreude durch sinnvolle Freizeitgestaltung. Das Engagement der Sportorganisationen und der Vereine und die enormen staatlichen Leistungen haben dafür gesorgt, daß Bremens Ausstattung mit Sport- und Freizeitanlagen als überdurchschnittlich gut bezeichnet werden kann.

Auch im Gesundheitswesen bietet Bremen der eigenen Bevölkerung wie der des Umlands eine optimale Versorgung. Ob der vorhandene Standard gesichert werden kann, hängt wesentlich von der Bereitschaft der Krankenkassen ab, das für ihre Mitglieder notwendige Leistungsniveau auch zu finanzieren.

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

- (A) Krankenkassen und Gewerkschaften sollten ihren Mitgliedern klarmachen, daß steigende Krankenkassenbeiträge nicht durch medizinische Versorgung und mehr Humanität im Krankenhaus, sondern durch steigende Kosten der ambulanten Arztbehandlung und durch unverändert hohe Arzneimittelpreise verursacht werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Sicherung der Gesundheit dient auch eine intakte Umwelt. Um den ständig steigenden Anforderungen im Umweltschutz Rechnung zu tragen, haben Senat und Bürgerschaft bereits 1971 als eines der ersten Länder eine koordinierende Abteilung Umweltschutz beim Gesundheitssenator eingerichtet. 1981 wurde ein Teil der Vollzugsaufgaben im Umweltschutz konzentriert. Dabei haben wir Sozialdemokraten immer nach dem Grundsatz gehandelt, daß ein isoliertes, auf absoluten Vorrang der Umweltschutzbelange orientiertes politisches Vorgehen genauso verfehlt ist wie das oberflächliche Ausspielen des Arbeitsplatzarguments gegen den Umweltschutz.

(Beifall bei der SPD)

Ein Ziel unserer Umweltschutzpolitik bleibt die Vorsorge gegen spätere Umweltschäden. Umweltvorsorge muß in alle Planungen der Stadt- und Landesentwicklung einbezogen werden. Zur weiteren erfolgreichen Durchsetzung der Vorsorge, aber auch zur effektiveren Schadensbekämpfung ist es erforderlich, weitere Umweltschutzaufgaben und -kompetenzen zentral zusammenzufassen. Daher erwarten wir vom Senat, daß er die dazu erforderlichen Schritte unternimmt. Mit der Schaffung eines eigenständigen Ressorts allein ist es nicht getan.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Unsere Bemühungen für besseren und aktiven Umweltschutz zeigen sich jetzt auch schon im Unterricht an den Grundschulen unseres Landes. Kinder lernen dort, wo Umweltschutz beginnt, bringen oft weniger umweltbewußte Eltern und auch Politiker in Verlegenheit. Es ist uns gelungen, die Schulen auch für aktuelle gesellschaftspolitische Themen zu öffnen.

In den vor uns liegenden Jahren wird es die wichtigste Aufgabe sozialdemokratischer Bildungspolitik sein, das Erreichte zu sichern und zu festigen und es dabei vor allem inhaltlich weiterzuentwickeln. Dabei muß sich Schule im Rahmen ihres Erziehungsauftrags in unserer demokratischen Gesellschaft auch den zentralen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft wie zum Beispiel der Sicherung des Friedens, der Sorgen um Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie um eine intakte Umwelt stellen.

Eine der wichtigsten Aufgaben und Fähigkeiten eines Lehrers muß sein, die Entwicklung von Kritik

und Meinungsvielfalt unter Schülern zu fördern und somit demokratische Verhaltensweisen einzuüben. (C)

(Beifall bei der SPD)

Die vom Schulgesetz geforderte flächendeckende Integration der Jahrgänge sieben bis zehn in Schulzentren wird in diesem Jahrzehnt nicht vollzogen werden. Wohl aber werden in den Schulzentren alle Integrationschritte auf freiwilliger Basis nach unseren finanziellen Möglichkeiten unterstützt.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Was heißt das denn?)

Das Bremer Schulsystem hat die Öffnung der gymnasialen Bildungsgänge für möglichst viele Schüler beispielhaft vorangetrieben. Wir bieten in Bremen und Bremerhaven wie in kaum einem anderen Bundesland Möglichkeiten zum Besuch gymnasialer Bildungsgänge an. Wir werden in den kommenden Jahren die Stufenschule weiter stärken und in Bremen einige traditionsreiche Gymnasien mit Sonderauftrag erhalten.

Unsere Bemühungen sind angesichts der im nächsten Jahr drohenden Katastrophe auf dem Ausbildungsmarkt in der Bundesrepublik aber in erster Linie an jene zu richten, die die Schule verlassen und in das Berufsleben eintreten wollen. Kein Jugendlicher darf ohne qualifizierte Ausbildung bleiben!

(Beifall bei der SPD)

Dies ist die vorrangige Aufgabe der privaten und öffentlichen Arbeitgeber. (D)

Die gegenwärtige Lage junger Menschen wird massiv von dem Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bestimmt. Darin liegt die Gefahr, daß das Selbstwertgefühl und die Identität der Betroffenen auf Dauer geschädigt wird und letztlich junge Menschen unserer Gesellschaft gleichgültig, resigniert und ablehnend gegenüberstehen. Dies müssen auch jene Unternehmer erkennen, die einerseits gut ausgebildete Arbeitskräfte verlangen, die Kosten für deren Ausbildung aber auf den Staat abwälzen wollen. Es wirkt sich negativ auf die Arbeitsmarktstruktur der Region aus, wenn ein steigender Anteil Jugendlicher ohne qualifizierte Berufsausbildung bleibt.

Angesichts der Lage auf dem Ausbildungsmarkt haben wir großes Verständnis für die Forderung der Gewerkschaften nach einer Ausbildungsplatzabgabe. Da Bremen aber keine politische und wirtschaftliche Insel ist, können solche Forderungen nur auf Bundesebene beziehungsweise bundesweit gleichzeitig verwirklicht werden. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird gemeinsam mit dem Senat dafür sorgen, daß auch bei geringerem Handlungsspielraum auf der Basis der bereits angelaufenen Programme weiterhin durch staatliche Förderung zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten werden. Mit großem Interesse verfolgen wir die zu-

- (A) nehmende Zahl von selbstorganisierten Projekten im Produktions- und Dienstleistungsbereich. Dort, wo in diesen neuen Formen vor allem Jugendlichen Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, wollen wir sie soweit wie möglich fördern.

Selbsthilfe aber entläßt den Staat nicht aus seinen sozialen Verpflichtungen gegenüber dem einzelnen Bürger. Die staatliche Gemeinschaft hat nach dem Sozialstaatsprinzip alle Bürger — insbesondere sozial Schwache und Benachteiligte — zu schützen und allen ein Recht auf Teilhabe am Leben der Gesellschaft zu sichern. So werden wir weiterhin dafür kämpfen, daß die Sozialhilfe als Netz unter dem Netz der normalen sozialen Sicherung nicht noch weiter durchlöchert wird. Wir werden auch in Zukunft auf Bundesebene gegen den sozialpolitischen Kahlschlag, wie er von der CDU/CSU/FDP-Koalition durchgesetzt werden soll, zu Felde ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem gleichen Engagement werden wir uns in Bremen wie auf Bundesebene gegen alle Tendenzen zur Wehr setzen, durch die Rechtsstaatlichkeit und Liberalität beseitigt werden sollen. Wir kämpfen weiter gegen die von der Bundesregierung systematisch betriebene Einschränkung persönlicher und politischer Freiheitsrechte. Ich denke hierbei insbesondere an das neue Zivildienstgesetz.

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Neumann, wenn Sie uns raten, in solchen Fällen — der Senat tut es selten genug — nicht zum Bundesverfassungsgericht zu gehen, dann raten Sie uns, den Verfassungsschutz des Bürgers, der nach unserer Meinung nicht mehr gewährleistet ist mit diesem Gesetz, zu verkaufen gegen Millionen.

(Abg. Neumann [CDU]: Macht ja Herr Rau auch nicht!)

Das werden wir nicht mitmachen!

(Beifall bei der SPD)

Ich denke auch an die in Bonn beschlossene Verschärfung des Demonstrationsrechts, die wir gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei ablehnen, weil sie nicht geeignet ist, das Problem gewalttätiger Demonstrationen zu lösen, und eher zu Eskalation als zum Abbau von Gewalt beitragen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir kämpfen auch für unsere ausländischen Mitbürger. Wir mißbilligen die von der Bundesregierung beabsichtigte Verschlechterung ihres Aufenthaltsrechtlichen Status, die zwangsweise Rückführung mittels Abschiebepremien und die restriktive Handhabung der Familienzusammenführung. Bremen wird die im Integrationskonzept des Senats dargelegten Positionen weiterverfolgen.

Die bremischen Rechtsgrundlagen zur Gewährleistung von mehr Sicherheit, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit haben wir in der letzten Legislaturperiode wesentlich verbessert. So gilt das neue Bremische Polizeigesetz als fortschrittlich und liberal und hat bundesweit Modellcharakter. Gleiches gilt für unser Verfassungsschutzgesetz.

Wir werden die Polizei auch in Zukunft bei der Lösung ihrer Aufgaben, die nicht einfacher geworden sind, unterstützen. Die gesellschaftlichen Probleme und Konflikte nehmen in der wirtschaftlichen Krise zu, werden zur Bedrohung von Rechtsstaatlichkeit und von sozialem Konsens. Diese Probleme und Konflikte zu lösen, ist nicht Sache der Polizei. Hier ist die Politik gefordert auf allen Ebenen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bremer Sozialdemokraten wollen auch in Zukunft ihren Beitrag dazu leisten. Wir wollen die Interessenvertretung derer bleiben, die ihre Hoffnungen und Zukunftserwartungen nur auf eine starke sozialdemokratische Bewegung richten können. Wir Sozialdemokraten kämpfen weiterhin für die sozial Schwachen, unser Schutz gilt den Alten und Behinderten. Wir lassen nicht zu, daß Arbeitslose aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Wir wollen nicht, daß Frauen als Reservearmee des Arbeitsmarktes betrachtet werden, daß ihnen nach wie vor Gleichberechtigung und Gleichstellung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft verwehrt werden. Wir kämpfen für eine Lebensperspektive der jungen Generation.

Wir wollen verhindern, daß aus sozialer Verunsicherung der soziale Frieden gefährdet wird. Wir wollen verhindern, daß durch Radikalisierung und gesellschaftspolitischen Rückschritt der innere Frieden gefährdet wird. Wir wollen alles daransetzen, daß Rüstungswahn und Raketenphilosophie nicht unseren äußeren Frieden aufs Spiel setzen. — Vielen Dank!

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Knorr: Meine Damen und Herren, für eine weitere Debatte sind Redezeiten vorgesehen, die einschließlich der ersten Redner jeweils 90 Minuten je Fraktion nicht überschreiten dürfen. Wir befinden uns nun in der zweiten Runde.

Das Wort hat der Abgeordnete Kudella. Der CDU-Fraktion stehen nach unserer Rechnung noch 34 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. **Kudella** (CDU): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Wedemeier hat zu Beginn seiner Rede Verständnis dafür geäußert, daß der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Koschnick, sich zu den Schwerpunkten bremischer Politik geäußert habe und sich „darauf beschränkt habe“, wie Sie gesagt haben.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

(C)

(D)

(A) Nun, Herr Kollege Wedemeier, ich finde es schon bemerkenswert, daß die Häfen, die Wohnungsbaupolitik, die Gesundheitspolitik nicht mehr zu den Schwerpunkten Ihrer sozialdemokratischen Politik in Bremen gehören. Dazu hat er sich nämlich nicht geäußert.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe zu, Sie haben das aus sozialdemokratischer Sicht ein bißchen wettgemacht.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Aber er ist ja noch nicht Senator!)

Sie hätten die Plätze vielleicht tauschen müssen, denn eigentlich wäre es die Aufgabe des Bürgermeisters gewesen, nicht so sehr Ihre, zu einigen bremischen Dingen konkret etwas zu sagen. Sie haben natürlich die Chance gehabt, im Gegensatz zum Bürgermeister, daß Sie die eineinhalb Stunden der Mittagspause Zeit hatten, um noch bestimmte Dinge, die Herr Neumann kritisiert hat, in Ihr Manuskript aufzunehmen. Auch ein Kompliment an Ihre Assistenten in der Fraktion, die das hervorragend geschafft haben!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sogar die Reihenfolge der Kritikpunkte von Herrn Neumann exakt in Ihrer Rede eingehalten.

(B) (Abg. Gassdorf [CDU]: Bis zur Polizei hin!)

Das spricht doch für Ihre Organisation. Immerhin, das muß ich sagen, das funktioniert. Politisch ist das nicht so toll, aber die Organisation funktioniert, das ist ja schon etwas!

(Abg. Frau Stuchlik [SPD]: Gönnen Sie uns das nicht?)

Ich finde, es ist schon ein Armutszeugnis, und das lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede sagen, daß Herr Bürgermeister Koschnick diese für Bremen so wichtigen Bereiche in seiner Regierungserklärung schlicht ausgelassen hat. Herr Bürgermeister, ich will sagen, das kann ja kein Zufall sein, denn ich habe hier Ihre Rede, die Sie dem Landesparteitag der SPD geschickt haben,

(Abg. Gassdorf [CDU]: Vom Krankenkassen aus!)

und die ist insgesamt nur 13 Seiten lang, zwölfteils genau. Das heißt, sie ist wesentlich kürzer als Ihre Regierungserklärung, die 55 Seiten hat. Da haben Sie diese wichtigen Bereiche bremischer Politik nicht ausgelassen. Da haben Sie genau zu den Bereichen, die in der Regierungserklärung vermißt werden, etwas gesagt. Allerdings, auf dem Landesparteitag hatten Sie noch den Mut, auch einige unpopuläre Dinge zu sagen: Anhebung der Miet-

obergrenzen, Einschränkung des sozialen Wohnungsbaus, Umsteuerung der Kliniken. (C)

(Abg. Gassdorf [CDU]: Hört, hört!)

Natürlich ist das, wie wir aus den Diskussionen in Ihrer Partei auf Unterbezirksparteitagen und auf dem Landesparteitag wissen, sofort strittig gewesen. Sie haben sofort Prügel bekommen.

(Lachen bei der SPD)

Statt daß Sie jetzt zu einer Entscheidung fähig wären und sagen, so machen wir das, klammern Sie die Themen einfach aus. Herr Bürgermeister, dies ist ein bedenkliches Zeichen von Regierungsunfähigkeit auf Ihrer Seite!

(Beifall bei der CDU)

Sie weichen den schwierigen Themen aus, Sie klammern sie aus, überlassen sie punktuell der Fraktion. Dies ist politische Führungsschwäche, das muß man hier in dieser Deutlichkeit einmal sagen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Gassdorf [CDU]: Alles muß die Fraktion machen!)

Es ist kein Zufall, daß dies heute hier nicht genannt wird.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister Koschnick sagt in seiner Regierungserklärung auf Seite 19, seit Mitte der siebziger Jahre verlaufe die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung der gesamten Küstenregion ungünstiger als im übrigen Bundesgebiet. Seit Mitte der siebziger Jahre! Ich habe hier eine Broschüre der SPD mit Ihrem Bild aus einem Wahlkampf Mitte der siebziger Jahre. Sie können Ihren Bürgermeister hier sehen! (D)

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist doch ein Jugendbild! — Abg. Frau Leinemann [SPD]: Oh, das ist sehr schön!)

„In Bremen“, heißt es da — Zitat von Herrn Koschnick —, „braucht kein Arbeitnehmer um seinen Arbeitsplatz zu zittern, denn die Auftragsbücher der bremischen Industrie sind voll, in manchen Branchen für Jahre.“

(Abg. Kunic [SPD]: Da hatten wir auch noch keine Ölkrise!)

Meine Damen und Herren, auf der einen Seite sagt er, die Krise hat dort begonnen, auf der anderen Seite behauptet er aber oder tut so, als ob dies alles nicht vorzuzusehen gewesen wäre.

(Abg. Frau Leinemann [SPD]: Ach, Peter, so dumm bist du doch gar nicht!)

Wir haben Sie wiederholt auf die wirklich beängstigende Struktur der bremischen Wirtschaft, auf die Monostruktur, aufmerksam gemacht. Sie haben dies immer als lächerlichen Beitrag der CDU beiseite gewischt.

(A) Sie haben die Probleme nicht aufgegriffen. Sie haben für sich in Anspruch genommen, alle Probleme zu lösen, und Sie haben die Wahrheit, genau wie Sie es heute in Ihrer Regierungserklärung wieder tun, verdrängt, um dann hinterher zu sagen, wir konnten nichts dafür, die Probleme sind uns aufgedrängt worden, sie waren nicht voraussehbar, und jetzt müssen uns andere helfen.

Dabei bewundere ich, Herr Bürgermeister, sowohl Ihren Mut als auch den Mut des Kollegen Wedemeier zu solchen Reden immer wieder, da Sie offensichtlich völlig vergessen, daß Sie von 1969 bis 1983 in Bonn regiert haben,

(Abg. Neumann [CDU]: Bis 1982!)

bis 1982, daß Sie 13 Jahre lang mit Ihrer Politik die Schulden hochgetrieben haben,

(Abg. Neumann [CDU]: Den Zustand herbeigeführt!)

daß Sie zwei Millionen Arbeitslose hinterlassen haben, und heute tun Sie in Ihren Reden so, als ob die jetzt im Amt befindliche Bundesregierung für alle diese Probleme verantwortlich wäre und als ob alle diese Probleme innerhalb von zwölf Monaten zu lösen wären! Dies ist unredlich, Herr Bürgermeister!

(Beifall bei der CDU — Abg. Töpfer [SPD]: Dann sagen Sie uns einmal, wann die Wende kommt!)

(B)

Herr Kollege Töpfer, der Unterschied ist, das will ich Ihnen sagen, daß wir beide es mit einer Eins in der Politik zu tun haben. Bei Ihnen ist das Brutto-sozialprodukt um ein Prozent zurückgegangen, bei uns steigt es in diesem Jahr bereits um ein Prozent.

(Abg. Neumann [CDU]: Das versteht er aber nicht!)

Das ist der Unterschied!

(Beifall bei der CDU)

Das macht in der Erwirtschaftung 60 Milliarden DM Unterschied aus. Das ist der Unterschied zwischen SPD und CDU, meine Damen und Herren!

Nun ist vom Kollegen Wedemeier und auch von Bürgermeister Koschnick das Problem der Werftenpolitik in die Diskussion eingeführt worden. Wir werden ja morgen noch einmal Gelegenheit haben, zu diesen Punkten Stellung zu nehmen. Aber, Herr Kollege Wedemeier, Ihnen möchte ich noch eines sagen: Wer wie Sie — ganz persönlich, als Person, aber auch für die SPD-Bürgerschaftsfraktion — den Arbeitnehmern der AG „Weser“ Versprechungen hinterlassen hat, die er nicht eingehalten hat, der hat kein Recht, so zu reden, wie Sie das heute hier getan haben!

Ich möchte aus dem Protokoll der Bremischen Bürgerschaft vom 15. 6. 1983 den Kollegen Wedemeier

wörtlich zitieren zu der Frage einer stadtbremischen Lösung: (C)

„Das haben Sie mißverstanden, der Bürgermeister hat gesagt, er will für beides eine Konzeption, ein Landeskonzept. Ich habe da nur von der stadtbremischen Lösung gesprochen, aber da habe ich nur AG ‚Weser‘ und Bremer Vulkan gemeint. Es ist ja klar, daß wir für Bremerhaven auch eine Konzeption haben. Da sind wir ja viel weiter als hier in Bremen. Also, ich hoffe, ich habe mich jetzt richtig ausgedrückt. Ich meinte mit dem Begriff stadtbremische Lösung, es gibt für mich keine Lösung, bei der ein Werftstandort in Bremen geschlossen wird. Das sage ich hier ganz deutlich! Gibt es nicht!“

(Abg. Neumann [CDU]: Hört, hört!)

So der Kollege Wedemeier hier vor dem Parlament,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Richtig! Haben wir das beschlossen, oder war das Krupp?)

wo er gesagt hat, es gibt keine Lösung für die SPD, bei der ein Werftstandort, also auch nicht die AG „Weser“ in Gröpelingen, geschlossen wird!

(Abg. Kunick [SPD]: Es ist doch auch keine Lösung, oder?)

Der Druck dieses Papiers war noch nicht ganz abgeschlossen, da hat der Bürgermeister die Schließung der AG „Weser“ bereits verkündet. Ich frage mich, Herr Kollege Wedemeier, woher Sie die Frechheit nehmen, hier dann solche Reden über Werftenpolitik zu halten! (D)

(Beifall bei der CDU — Abg. Kunick [SPD]: Das ist eine glatte Unverschämtheit!)

Sie wissen ganz genau aus den Diskussionen auch vor der Wahl und aus Äußerungen der Mitglieder der Bundesregierungen — ich werde morgen im einzelnen noch darauf eingehen —, daß alternativ immer die Frage diskutiert worden ist, ob es Regionalförderung oder Sektoralförderung für die Werften gibt. Natürlich sage ich auch als Bremer und für die bremische CDU, am liebsten hätten wir beides gesehen,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das habt ihr eben nicht gesagt!)

aber Sie können heute nicht so tun, als ob dies nie in Rede gestanden hätte!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist eben nicht die Wahrheit! Das ist eben nicht alternativ diskutiert worden!)

Lieber Herr Kollege Wedemeier, wenn Sie es nun immer noch nicht wissen und immer noch nicht glau-

(A) ben, möchte ich Ihnen doch den „Weser-Kurier“ vom 13. Juli zitieren.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Lesen Sie einmal dann den „Weser-Report“ von vor der Wahl vor! Diese dicken Lügen!)

Herr Kollege, nun werden Sie doch nicht unruhig! Der „Weser-Kurier“ steht Ihnen ja nicht so fern, das werden Sie doch noch glauben, was darin steht!

Der Staatssekretär von Würzen hat mit Herrn Willms gesprochen, dem damaligen Wirtschafts-senator, und hier heißt es, daß Herr von Würzen weniger auf den Verschmelzungsvertrag als vielmehr gezielt auf die regionale Förderung hingewiesen habe. „Angeblich will das Ministerium das kleinste Bundesland vor die Alternative entweder Regional- oder Sektoralprogramme stellen.“ So damals schon der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium zu Herrn Willms im Juli 1983! Da stellen Sie sich bitte nicht so scheinheilig heute hier hin und sagen, das ist völlig überraschend für uns gekommen, das hat nie zur Diskussion gestanden!

Die Wahrheit ist, daß dies auch immer diskutiert worden ist, und Sie sollten froh sein, daß die Bundesregierung die 80 Millionen DM Hilfe plus 210 Millionen DM, die im Finanzausgleich, im Steuerausgleich zu erbringen sind, für Bremen zur Verfügung stellt, denn diese Hilfe bekommen Sie ja auch nur deswegen, weil Bremen vom Bund gedrängt worden ist, entsprechende Anträge zu stellen, sonst würden Sie möglicherweise heute sogar mit leeren Händen dastehen, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der CDU — Abg. K u n i c k [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Kudella, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Kudella** (CDU): Nein, ich habe wenig Redezeit, ich muß sehen, daß ich ganz kurz zwei Punkte anspreche!

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Im August und September waren Sie wohl verreist, Herr Kudella! — Abg. G a s s d o r f [CDU]: Sie haben doch noch 34 Minuten Redezeit, Herr Beckmeyer! — Zuruf des Abg. W e d e m e i e r [SPD])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz noch zu dem Thema Ausbildungsplätze kommen! Die Erklärung des Bürgermeisters beziehungsweise die Regierungserklärung ist ja auch in diesem Bereich äußerst dünn. Hier sind nur allgemeine Absichtserklärungen abgegeben worden.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Von wegen, sehr konkret ist der Bürgermeister geworden!)

Es ist vor vier Jahren vom Senat in der Regierungserklärung, Herr Bürgermeister, angekündigt

worden, daß im öffentlichen Dienst in Bremen tausend zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden sollten. Fazit: Die tausend Ausbildungsplätze fehlen bis zum heutigen Tage! Sie haben nicht diese tausend zusätzlichen Ausbildungsplätze geschaffen, Sie haben noch nicht einmal von 1982 auf 1983 einen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz geschaffen, sondern Sie haben ganz genau die Quote des Vorjahres eingehalten.

Sie haben im Bereich der BFS/q, der Berufsschule mit qualifizierendem Abschluß, nach wie vor ein Defizit gegenüber Ihrer alten Ankündigung von 1600 Ausbildungsplätzen, und Sie haben im BGJ ein Defizit von 1150 Ausbildungsplätzen. Diese Versprechen, die Sie 1979 den Jugendlichen gegenüber abgegeben haben, sind in der vergangenen Legislaturperiode nicht eingelöst worden,

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Natürlich!)

und sie fallen für die kommende Legislaturperiode unter den Tisch. Sie lassen die Jugendlichen damit im Regen stehen, Herr Bürgermeister!

(Beifall bei der CDU — Abg. S t i c h w e h [SPD]: Sagen Sie das doch einmal Herrn Kohl!)

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, daß Sie nicht in der Lage sind, drängende Probleme, die in Bremen einer Lösung bedürfen, anzupacken oder sie zumindest hier in offener und ehrlicher Weise anzusprechen. Wenn Sie dann wenigstens den Mut hätten, sich hier heute hinzustellen und zu sagen, wir haben zuviel versprochen, wir können dies nicht mehr einhalten, dann würde ich sagen, wäre es zwar auch bedauerlich, aber wir müßten das möglicherweise akzeptieren.

Aber über diese Versprechen einfach den Mantel des Schweigens zu legen und hier keine Antworten zu erteilen, wie das auch symptomatisch für andere Teile Ihrer Regierungserklärung ist, ist bedauerlich, und, Herr Bürgermeister, lassen Sie mich das noch einmal sagen, es zeugt nicht dafür, daß die politische Führungsqualität in diesem Lande in den nächsten Jahren steigen wird!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. **Willers** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will jetzt keinen dramatischen Redebogen spannen, so wie das heute morgen passiert ist und so wie Herr Kudella das jetzt auch gemacht hat. Ich möchte lieber ein bißchen abarbeiten, was wir bis jetzt so gehört haben, und ich will das besonders mit dem, was ich von Herrn Bürgermeister Koschnick gehört habe, tun. Mein Kollege Mützelburg wird sich dann noch mit einer Kritik dessen, was Herr Wedemeier hier gesagt hat, anschließen.

(C)

(D)

(A) Ich will mich nicht an den Schuldzuweisungsspielen beteiligen, die jetzt zwischen CDU und SPD laufen. Ich finde, daß solche Art von Spielen den Problemen, um die es in Bremen geht, nicht angemessen sind, denn eine Debatte darum, wer was in Bonn und warum beschlossen hat und ob das nun stimmt, finde ich irgendwie unwürdig. Aber in einem muß ich Herrn Neumann recht geben: Das, was wir heute an Regierungserklärung von Herrn Bürgermeister Koschnick gehört haben, war tatsächlich farblos, unkonkret und oberflächlich. Wenn ich das sage, Herr Bürgermeister, dann sage ich das nicht hämisch, weil es mir wirklich leid tut, daß da nicht mehr herausgekommen ist. Ich hätte mir gewünscht für Bremen und die bremische Bevölkerung, daß Sie schon ein bißchen Perspektive in Ihrer Regierungserklärung gebracht hätten.

Sie haben eine ganze Menge Fragen gestellt, und ich finde, sogar eine ganze Menge richtige Fragen, aber Antworten, Herr Bürgermeister, haben Sie ganz wenige gegeben, und dabei waren auch noch viele falsche.

Die acht Punkte, die Sie genannt haben, sind es wert, auf ein Plakat geschrieben zu werden, aber als Regierungserklärung, und das war der wesentliche Inhalt Ihrer Regierungserklärung, diesem Parlament vorgetragen, war das zuwenig.

(B) Bürgermeister Koschnick sieht vor uns, und das wohl mit einem gewissen Recht, Jahre — ich zitiere das — der Opfer und Einschränkungen. Das ist nun keine Parole von Blut, Schweiß und Tränen, aber leider auch so eine Parole, denke ich, die so unattraktiv gar nicht zu sein scheint, denn sonst hätten nicht so viele Menschen SPD gewählt, die ja wissen, woher Opfer und Einschränkungen im wesentlichen rühren. Ich vermute, das hat etwas mit dem auch von Soziologen immer wieder festgestellten, weit verbreiteten Gefühl bei vielen Menschen zu tun, daß es uns eigentlich zu gut geht, daß wir eigentlich auf Kosten anderer leben — Stichwort dritte Welt — und auch, daß wir auf Kosten unserer Umwelt leben.

Dieses Gefühl ist ja richtig, das stimmt ja. Nur der Schluß von einundfünfzig Komma soundsoviel Prozent der Bevölkerung, daß man darum SPD wählen müsse, ist nun ganz falsch. Ich denke, daß die Zeit für uns laufen wird, für grün laufen wird, und ich denke, daß die Zeit der SPD ablaufen wird, und zwar in dem Maße, wie die Probleme zunehmen, und daß sie zunehmen, das hat auch Herr Bürgermeister Koschnick nicht bestritten.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das ist ein Zitat aus einer Ihrer Reden vor vier Jahren!)

Welches bitte, Herr Kunick?

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das, was Sie gerade gesagt haben!)

Daß die Zeit für grün läuft?

(Abg. K u n i c k [SPD]: Ja!)

Ja, das ist auch so, Herr Kunick!

(Abg. K u n i c k [SPD]: Und daß wir ganz fürchterlich abgehen würden!)

Ja, das ist auch so, Herr Kunick, ich habe da gar kein schlechtes Gefühl! Das hat sich entwickelt, und das entwickelt sich auch noch weiter. Das Wahlverhalten ändert sich nicht so schnell wie das Bewußtsein. Das ist zwar bedauerlich, aber das kommt schon.

Nun zu einigen einzelnen Punkten, die Herr Bürgermeister Koschnick vorgetragen hat! Stichwort Kooperation! Herr Neumann ist schon darauf eingegangen, und ich will es auch noch einmal kurz tun. Unter Kooperation verstehen wir tatsächlich auch etwas anderes als das, was uns bis jetzt auch in dem vom Senat geleiteten Gremium der Deputationen passiert ist, Kooperation heißt eben nicht, daß wir von sämtlichen Haushalts- und Finanzentscheidungen des Parlaments und des Senats ausgeschlossen werden. Wenn dann Kooperation beschworen ist, dann ist das zumindest eine scheinheilige Phrase.

Herr Bürgermeister Koschnick hat beklagt, daß notwendige gesellschaftliche Veränderungen in bezug auf Arbeitszeit und Lebensarbeit tabuisiert würden. Ich finde diese Klage zwar richtig, und diese Tabuisierung bezieht sich ja eigentlich nicht nur auf diese beiden enger gefaßten Bereiche, sondern auf ganz weite gesellschaftliche Bereiche, nur tabuisieren tut die SPD ja fleißig mit. Wenn beklagt wird, daß die Arbeitszeit tabuisiert wird, dann kann ich nur einmal fragen, warum reden wir denn nicht einmal — SPD, GRÜNE und Betroffene vor allen Dingen — über die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst, warum passiert das denn nicht? Das tabuisiert hier die SPD doch deswegen, weil die Gewerkschaft ihr Sperrfeuer schießt! Aber ich denke, daß wir auch ganz allgemein den Wertbegriff Arbeit nicht mehr weiter tabuisieren dürfen, und — ich habe das früher schon einmal in der letzten Legislaturperiode gesagt — diese gewerkschaftliche Forderung nach Recht auf Arbeit ist einfach eine Geschichte, die wir so platt, wie sie da oft formuliert wird, nicht weiterverfolgen dürfen.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das ist übrigens Landesverfassung, was Sie als platt bezeichnen!)

Ja, nur muß man das mit Inhalten füllen! Diese Phrase allein ist nämlich überhaupt noch nichts, Herr Kunick, sondern man muß sich auch schon einmal Gedanken darüber machen, ob unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, wie wir sie nun einmal heute haben, und der Tatsache, daß Arbeit nicht mehr für alle da ist, und daran werden Sie auch nichts ändern können,

(Abg. F r a u B e r n b a c h e r [GRÜNE]: Und auch nicht die CDU!)

wenn Sie nicht wirklich grundlegend etwas ändern wollen, aber das wollen Sie ja nicht, ob nicht unter

(C)

(D)

(A) diesen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen über diesen Begriff einmal neu nachgedacht werden muß, selbst wenn er in der Verfassung steht. Die Verfassung wird nämlich ausgehöhlt durch solche Maßnahmen, wie Sie sie mit Ihrer Tonnenideologie auch weiter verfolgen. Daß immer weniger Arbeit vorhanden ist, das geht doch auch im wesentlichen darauf zurück, wie Sie Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Wachstumspolitik betreiben. Auf Seite neun der schriftlich vorliegenden Rede von Herrn Bürgermeister Koschnick sagt Bürgermeister Koschnick:

„Wollen denn eigentlich die Kräfte um Graf Lambsdorff, wollen denn die Wirtschaftsvereinigungen nicht sehen, daß sie bei einer solchen Politik die Axt an der Wurzel eines früher einmal beschworenen Wirtschaftswunders legen?“ Ja, das tun sie tatsächlich, aber sie legen diese Axt eben nicht nur an das viel beschworene Wirtschaftswunder, denke ich, Herr Bürgermeister Koschnick, sondern an das System selbst. Die wirklichen Systemveränderer in unserer Gesellschaft sind die, die die Politik fortführen, die bis jetzt betrieben worden ist, Wirtschaftswachstum, technischer Fortschritt ohne Reflexion, was dabei passieren kann und so weiter. Die Radikalen in unserer Gesellschaft, das sind nicht wir, die GRÜNEN oder irgendwelche kleinen Grüppchen, das sind die Lambsdorffs, die Kohls und leider auch Sozialdemokraten.

(B) Da hilft auch kein Appell an den sogenannten sozialen Konsens, denn diesen sozialen Konsens gibt es so gar nicht mehr, und Appelle helfen da nicht. Die Sozialdemokraten selbst setzen ihn aufs Spiel, wenn sie jetzt plötzlich, wie hier in Bremen, in einer finanziellen Notsituation die Selbsthilfe entdecken,

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

Selbsthilfe zum politischen Zwecke, von der SPD so definierten Zweck, den Staat aus einer Verantwortung zu nehmen, die er nicht mehr finanzieren kann und die er sich einmal früher selbst angemäßt hat. Da werden dann Leute, die sich verlassen haben auf bestimmte soziale Absicherungen, die der Staat bis dahin getragen hat, ins Wasser gestoßen oder besser noch, sie werden ins Nichts fallengelassen, und das geht nun wieder nicht. Soziale Sicherheit ist nun einmal nicht zum Nulltarif zu haben und auch Umstellungen auf mehr Verantwortung von einzelnen und Betroffenen kann man nicht einmal einfach so herstellen, indem man sagt, so, ab sofort bekommt ihr kein Geld mehr. Das kostet weiterhin noch Geld, vielleicht weniger, und ich hoffe das, in Zukunft als bisher.

Arbeitsplätze! Herr Bürgermeister Koschnick beklagt, daß eigentlich niemand in diesem Lande gewußt und prognostiziert habe, auch seine langfristige Globalplanung nicht, wieviel Arbeitslose es in diesem Lande wirklich geben würde. Dazu kann ich nur sagen, Herr Wedemeier, Herr Kunick und

(C) andere aus Ihrer Fraktion, mit denen ich früher einmal politisch zusammengearbeitet habe, wir haben schon Anfang der siebziger Jahre den Zahlen der langfristigen Globalplanung mißtraut und haben immer gesagt, seid vorsichtig, das wird viel, viel mehr.

(Zuruf von Bürgermeister Koschnick)

Nein, Herr Bürgermeister, Arbeitsplatzfetischisten sind wir nicht gewesen!

(Abg. Kunick [SPD]: Peter und sein Freund Olaf gemeinsam!)

Nein, also ich denke, daß auch Sie, die heute politische Verantwortung in der Fraktion tragen, genauso wie wir damals schon gesehen haben, daß die Arbeitslosenzahlen sehr viel höher sein würden, als die optimistischen Wachstumsannahmen auch der langfristigen Globalplanung das vorhergesagt haben.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es ist vielleicht gar nicht schlecht, wenn man sich da einmal auf seinen gesunden Menschenverstand verläßt und nicht auf die Wissenschaftler, die einem alles vorrechnen und die wirklichen politischen Entwicklungen doch nicht sehen.

Bürgermeister Koschnick sagt an einer Stelle seines Beitrages: „Die Marktwirtschaft kann den Strukturwandel allein nicht bewältigen, staatliche Eingriffe sind notwendig.“ Herr Wedemeier hat das auch ein paarmal sehr nachdrücklich hier betont. Da kann ich nur sagen, obwohl wir eigentlich gegen zuviel Staat sind, in solcher Notsituation wie der, in der wir uns in Bremen befinden — Stichwort Werften! —, greifen Sie doch endlich einmal ein, das haben wir auch schon tausendmal gesagt, greifen Sie endlich einmal ein!

(D) Aber was machen Sie, Sie verbreiten weiter Illusionen! Drei sozialdemokratische Senatoren geben eine Pressekonferenz, und das Ergebnis konnte man gestern abend im Fernsehen hören, da wird verbreitet, der sozialdemokratische Senat will den Werften helfen. Da habe ich gedacht, jetzt etwas anderes neuerdings? Das Ergebnis war, wenn man da genau hinhörte, daß die Herren Senatoren gesagt haben, also jetzt müssen endlich einmal die Eigner tätig werden, und da muß einmal der Bund bezahlen, und die Banken müssen auch heran, und wenn dann alles dies passiert ist, dann werden wir uns einmal überlegen, ob wir in irgendeiner Weise tätig werden und helfen können.

So geht es ja nun nicht! Ich denke, daß auch gerade aufgrund der Anteile, die Sie nun einmal haben, Sie sich nicht aus der politischen und auch nicht aus der finanziellen Verantwortung für die Werften lügen können. Ich möchte darauf jetzt an dieser Stelle nicht so weit eingehen, weil wir morgen noch eine Werftendebatte haben werden. Ich

(A) bin nur gespannt, ob Sie morgen unserem Antrag zustimmen. Unter dem Stichwort Kooperation mit Betroffenen wäre eigentlich die von uns geforderte Werftenkonferenz eine Selbstverständlichkeit auch für die SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daimler-Benz! 10 000 Arbeitsplätze bei Daimler-Benz prognostiziert Herr Bürgermeister Koschnick jetzt in seiner Regierungserklärung. Ich bin sehr gespannt. Wir werden diese Zahl sehr genau im Ohr und im Kopf behalten, Herr Bürgermeister! Schön wäre es ja, aber wir haben schon einmal Zahlen von Ihnen gehört.

(Bürgermeister Koschnick: Nein, nicht von mir!)

Doch!

(Zuruf von Bürgermeister Koschnick)

Also gut, von Ihnen persönlich nicht! Dann aber von Ihrer Parteizeitung zu der Zeit, als Daimler-Benz angesiedelt werden sollte! Da war von 15 000, dann einmal von 12 000 — und dann wurden es immer weniger — die Rede. Diese 10 000 werden wir gut behalten, Herr Bürgermeister!

Wenn Sie aber sagen, daß Daimler-Benz jetzt schon eine gelungene Sache geworden sei, weil es sich finanziell rentiere, dann möchte ich Sie bitten, doch ein wenig reeller und vielleicht auch kaufmännischer zu verfahren, wenn Sie von dieser Rentierlichkeit sprechen. Dann frage ich mich nämlich, wo denn die noch ausstehenden und versprochenen Kosten für die Infrastrukturleistungen geblieben sind. Es ist dort ja noch gar nicht viel passiert. Es sind noch keine Brücken, keine Tunnels, keine Straßen gebaut. All dies muß man volkswirtschaftlich natürlich schon in die Investition für Daimler-Benz mit hineinrechnen. Diese von Ihnen etwas voreilig gezogene Bilanz bitte ich doch noch einmal zu relativieren!

(B)

Standortvorteile Bremens nutzen! Ich hätte gern darüber mehr gewußt. Was heißt denn das? Heißt das Niedervieland und Luneplate? Ist es das, was Sie meinen, oder meinen Sie mehr? Ich habe nämlich so meine Zweifel, und nicht nur ich, sondern eine ganze Menge Leute, was die Standortvorteile Bremens anbelangt. Ich glaube, die haben wir nämlich gar nicht. Es ist von Frau Bernbacher heute morgen schon gesagt worden, daß überall an den Küsten — und ich habe das auch schon ein paarmal hier gesagt — Industriegelände erschlossen werden, die zu großen Teilen brach liegen. Wenn es das ist, was Sie unter Standortvorteile nutzen meinen, dann wird das eine gigantische Fehlinvestition.

Sie wollen dann auch ausgerechnet bei der Luneplate Ökologie und Ökonomie versöhnen. Dann kann ich nur fragen: Tun Sie das jetzt, indem Sie die Lune verlegen? Ist das die Versöhnung mit der Ökologie? Ich meine, daß dort noch nicht das richtige Verständnis für den Begriff Ökologie vorhan-

den ist. Ich möchte einmal ganz grundsätzlich sagen, Umweltschutz, meine Damen und Herren, und Ökologie sind zwei ganz verschiedene Geschichten.

(C)

(Bürgermeister Koschnick: Das ist richtig!)

Bürgermeister Koschnick schränkt dann auch ein, als er sagt, entscheidend ist jedoch bei der Nutzung von Standortvorteilen, daß die Unternehmen unser Standortangebot annehmen. Das ist richtig, das kann man nur unterstreichen, und da haben wir unsere ganz gewaltigen Zweifel!

Auf Seite 31 des Redekonzepts wird ein für mich neues Stichwort verwandt. Dort steht, daß man jetzt darauf abstellen müsse, einen Schwerpunkt darauf legen müsse, Risiken zu finanzieren. Herr Bürgermeister, wenn Sie noch einmal das Wort ergreifen, würde mich sehr interessieren, was Sie genauer darunter verstehen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Das steht dort genau!)

Ich begreife wohl, daß Sie damit meinen, daß vor allem Banken solche Risikofinanzierungen verstärkt vornehmen. Wenn das aber in einer Regierungserklärung steht, dann habe ich den Verdacht, daß solche Risikofinanzierungen durch den Staat per Bürgschaft oder anderswie abgesichert werden sollen. Frage also: Noch mehr Bürgschaften, noch mehr Risiken für den bremischen Staat?

(D)

Da unsere Zeit auch knapp ist, nur noch zwei Stichworte! Bei den Ausführungen zum zweiten Arbeitsmarkt fehlt uns eine Verbindung zwischen den Einzelteilen, die Sie dort geschildert haben, zwischen der Ausbildung, der Weiterbildung, der Fortbildung und den von Ihnen ja auch zitierten alternativen Organisationsformen. Ich glaube, daß es keinen Zweck hat, staatlich Ausbildung zu betreiben ohne die Perspektive, daß nach der Ausbildung irgend etwas passiert. Das heißt, wir meinen, daß die Ausbildung orientiert werden müßte auf diesen von Ihnen auch zitierten zweiten Teil der alternativen Formen, genossenschaftlicher und anderer Formen der Arbeit. Frau Bernbacher hat schon auf die Handlungsspielräume hingewiesen, und ich kann nur noch einmal an Sie appellieren, ziehen Sie sich nicht zurück, sondern nutzen Sie dort, wo Sie Handlungsfelder haben — Frau Bernbacher hat sie alle genannt —, Ihre politischen Möglichkeiten zu einer neuen Gestaltung unserer bremischen Gesellschaft!

Trotz aller Schwarzmalerei habe ich den Eindruck, daß die ganze Dramatik dieser bremischen Situation, nicht nur der bremischen Situation, von der SPD überhaupt noch nicht erkannt worden ist, sonst hätte diese Regierungserklärung anders ausfallen müssen, als sie ausgefallen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

(A) **Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zugegeben, die Regierungserklärung hat keine Spotlights, zeigt nicht Mut und Entschlossenheit, schwierige Probleme in die Hand zu nehmen, wie es gesagt wird, sondern sie beschreibt eine Situation. Nun darf ich Ihnen als einer, der jetzt zum fünften Mal eine Regierungserklärung abgegeben hat, erwidern: Sollte ich noch einmal wiederholen, was ich vor vier Jahren, vor acht Jahren, vor zwölf Jahren, vor 16 Jahren gesagt habe, was wir im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, im Hafenbereich tun wollen, oder müssen wir nicht sagen, wo die zentrale Frage der Existenzsicherung Bremens liegt, Bremen als Land, Bremen auch als Region an der Unterweser?

Natürlich wäre es recht leicht zu sagen: Haben wir nicht ein paar Höhepunkte, die man aufzeigen kann, wäre es nicht sehr schön, über ERNO zu sprechen? Ich bin in diesem Unternehmen noch ein wenig stärker engagiert, als manche glauben, und vielleicht wäre es einmal ganz gut, wenn Sie nachlesen würden, wie damals die Entscheidungen gefallen sind, ob Spacelab im Süden oder im Norden gebaut wird. Wir können stolz darauf sein, daß die Techniker in Europa es geschafft haben, daß hier die Federführung lag und daß wir uns sehen lassen können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch heute nicht der Tag, hier zu preisen, was wir in Bremen geschafft haben.

(B)

(Abg. Neumann [CDU]: Sie haben doch alte Kamellen erzählt!)

Ach du lieber Gott!

(Abg. Stichweh [SPD]: Die wollten Sie doch hören!)

Die alten Kamellen wollten Sie doch wieder von mir hören! Bei allen Gelegenheiten wird doch sonst immer kritisiert: Jetzt kommt er mit einer Auflistung von Fachfragen an!

(Abg. Neumann [CDU]: Herr Wedemeier hat es Ihnen doch vorgemacht!)

Lieber Herr Neumann, wenn Sie ein wenig die Nerven behalten möchten!

Ich kann nur sagen, mir kam es darauf an, deutlich zu machen, vor welchen schwierigen Fragen wir gemeinsam stehen. Ich sage nicht, daß wir gemeinsame Antworten finden, aber wichtig ist, daß wir die Probleme erst einmal richtig analysieren. Dann kann man natürlich wie Herr Willers sagen, die Fragen sind richtig oder falsch beantwortet. Darüber kann man ja streiten! Es hat aber doch keinen Sinn, so zu tun, als wenn ich hier zwölf Ressorts darstellen muß und goldene Bilder zeichne, wo wir erfolgreich sind und wo etwas weniger.

Ich sage Ihnen, was mich bewegt, sind die Fragen: Können wir auf der einen Seite für viele Menschen Arbeit sichern und gleichzeitig dafür sorgen, daß

dort, wo Arbeit nicht mehr möglich ist, keine unangemessenen Eingriffe im sozialen Netz entstehen? Dies sind die beiden zentralen Fragen, die mich bewegen,

(Beifall bei der SPD)

die mich täglich neu bewegen, weil ich mit den Kollegen draußen zu sprechen habe, mit den Betriebsräten, mit den Mitarbeitern in den Betrieben, auch mit den Unternehmern, die ihre Sorgen haben, wie sie in der schwierigen Zeit ihren Betrieb oder die Arbeit weiter retten können. Das sage ich bezogen auf das, was vor uns steht.

Ich spiele hier bei der Werftenfrage wie bei anderen Fragen nicht mit Schuldzuweisungen. Ich kenne die Schwierigkeiten, ich weiß, wie die internationale Marktlage ist, ich weiß, daß es immer schwieriger wird, genügend Schiffe am Weltmarkt zu requirieren, ich meine natürlich zu akquirieren, nicht requirieren, das braucht man für Falkland.

Es ist für mich ganz sicher, daß es für viele sehr viel schwieriger wird, aber eben nicht nur für die Werften, auch für die vielen Zulieferer in Bremen, in Bremerhaven und um Bremen herum. Viele mittelständische Betriebe hängen von diesen Werften ab.

Ich weiß, was es bedeutet, wenn wir in der öffentlichen Finanzierung nicht mehr den gleichen Anteil behalten können am Flugzeugbau. Auch das, was die Bundesregierung mit dem neuen Modell A 320 plant, hat den riesigen Nachteil für Bremen, daß der Anteil an deutschen Produktionsmöglichkeiten zurückgeschraubt wird und daß der Anteil, der bisher im Flugzeugbau in Bremen war, wegfällt, und alles das, was dort entschieden wird, zum Süden oder zum Teil nach Hamburg gehen wird. Das sage ich hier nicht als Vorwurf, sondern als Beschreibung einer Situation, mit der wir uns herumzuschlagen haben.

Ich weiß, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen, um beispielsweise wirklich genügend Fischfanggründe zu behalten, und zwar unter fairen Bedingungen auch für die, die nur auf Fisch angewiesen sind. Island und Grönland etwa kann man nicht behandeln, als wenn sie ausgebeutet werden können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Wege für die Menschen dort, daß sie in diesen Bereichen — außer dem, was wir brauchen — ihrerseits auch neue Existenzmöglichkeiten gewinnen.

Ich weiß auch — und wir haben es gestern doch alle erlebt —, wieviel schwieriger es wird, in Europa eine Verständigung zu finden, eine Verständigung, die wir dringend brauchen, weil der Binnenmarkt-bereich der Europäischen Gemeinschaft auch von zentraler Bedeutung für Bremen ist. Zugegeben, wir haben einen großen außenwirtschaftlichen Bereich auch über die EG hinaus, anders als andere Teile der Bundesrepublik — Baden-Württemberg und andere sind noch stärker auf die Beziehungen innerhalb der EG orientiert —, aber wenn wir mit Brüssel nicht

(C)

(D)

(A) zurechtkommen, werden erhebliche Einschnitte in der Beschäftigungslage nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern auch der französischen, der englischen und anderer Wirtschaften erfolgen.

Man hört oft, Bremen macht den Fehler, sich außenwirtschaftlich zu orientieren. Wir haben im Hafen Vorleistungen gebracht, die natürlich sich von heute auf morgen nicht rentieren, aber die sich in zehn oder zwanzig Jahren amortisieren müssen. Wenn ich an all das denke, was wir für die modernen Verkehrsarten entwickelt haben, dann haben wir das nicht nur aus unserer außenwirtschaftlichen Ideologie getan, wie es hier unterstellt wird, sondern weil wir genau wissen, daß 30 bis 40 Prozent der bremischen Beschäftigten mittelbar und unmittelbar mit der Hafenvirtschaft zusammenhängen und daß das, was wir dort investieren, unmittelbar einem großen Teil mittelständischer Firmen in Bremen und Bremerhaven zugute kommt. Es sind kaum Großfirmen, es sind mittlere Firmen, die durch das, was wir für den Hafen tun, konkret ihre weitere Existenz behalten, und wir wiederum profitieren auch von ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dann gesagt wird, ihr müßt euch abschneiden von der Außenwirtschaft, wie Frau Bernbacher es sagt, wir brauchen eine neue Ideologie, wir dürfen nicht mehr so sehr weltwirtschaftlich orientiert sein — ich habe Ihre Rede hier, gnädige Frau, ich möchte es vorlesen: „Die GRÜNEN fordern einen gezielten Abbau der Weltmarktorientierung zugunsten einer regionalen, bedarfsorientierten Vernetzung von Produktion, Energieversorgung, Verkehr und Handel“ —, dann ist genau das, was im Jahre 1935 der Reichswirtschaftsminister gemacht hat: Autarkie! Das ist das Schlimmste, was ich mir für Europa vorstellen kann!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das Schlimmste, was ich mir vorstellen kann! „Deutsche, kauft deutsche Bananen!“, ist der Wahlspruch dann wieder!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Bürgermeister Koschnick: Gern!

Präsident Dr. Klink: Zu einer Zwischenfrage erhält das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Auf das, was Sie zuletzt gesagt haben, Herr Bürgermeister, wird mein Kollege Mützelburg antworten!

(Bürgermeister K o s c h n i c k : Das ist gut!)

Ich habe jetzt eine andere Frage! Sie beschwören hier zum Beispiel den Ausbau der Fischindustrie und daß man auch an andere Länder denken müsse. Warum nutzen Sie nicht Ihren ganzen Einfluß als Chef dieses Landes, daß die Nordsee gesundet, daß sie saniert wird, damit mehr Fisch wieder dort leben

kann und sich nicht immer mehr Menschen über immer weniger Fisch streiten? Ich glaube nicht, daß dann die Fanggebiete so abgegrenzt werden müssen und dies solch ein Streitpunkt wäre. Erste Frage!

(C)

Zweite Frage: Wenn Sie sagen, Arbeitsplätze seien Ihr Hauptthema, Arbeitsplätze in diesem Land neu zu schaffen oder zu erhalten, warum, wenn neue Initiativen sich gründen, wie zum Beispiel die Firma Voith, ziehen Sie sich da zurück, warum werden solche Modelle, die einmalig in der Bundesrepublik sind, nicht massiv von Ihnen unterstützt, um neue Wege aufzuzeigen?

Bürgermeister Koschnick: Ich möchte gern die beiden Fragen beantworten! Ich glaube, daß neben der Frage, wie wir die Fischfangrechte um Grönland und Island mit den Betroffenen — nicht gegen die Betroffenen — zu ordnen haben und welche adäquaten Gegenleistungen die Europäische Gemeinschaft anzubieten hat, damit für beide Seiten Vorteile und nicht Nachteile entstehen, die Frage steht, wie wir die Weltmeere und insonderheit die Nordsee sichern, die viel flacher ist als die meisten anderen Meere und von daher mit ihren Gefährdungen andere Probleme für den Fischfang bringt.

Ich bin da auf Ihrer Linie! Ich glaube, wir dürfen die Meere nicht zu Müllkippen der Nationen machen. Wir dürfen sie nicht zu Müllkippen der Industriegesellschaften machen, wir dürfen nicht zulassen, daß Säuren in die Meere geschüttet werden.

Aber nun erzählen Sie einmal, welche bremischen Firmen tun das denn? Sie beklagen hier etwas, was in Niedersachsen geschieht, und sagen, ihr Bremer seid zuständig! Das ist nicht richtig, aber in der Sache werden Sie mich an Ihrer Seite haben! Ich glaube, das ist ein wichtiger Aspekt, den man dabei nicht untergehen lassen darf.

(D)

(Abg. **Willers** [GRÜNE]: Das stimmt ja nun nicht, daß Bremen nicht verdreckt! Und wie!)

Ich spreche im Augenblick von den Säuren, und da sagen Sie jetzt etwas anderes!

(Abg. **Willers** [GRÜNE]: Was Klöckner und die BWK da herauspusten!)

Was wir im Augenblick machen, damit sie es nicht mehr tun, wissen Sie auch! Nun tun Sie bitte nicht so, als wenn wir hier sitzen und schlafen! Wie viele Jahre haben wir diskutiert, wie wir eine richtige Lösung finden!

(Beifall bei der SPD)

Es hat ja keinen Sinn! Sie sagten, keine Schuldzuweisungen, und jetzt sind Sie auf dem besten Wege, einen solchen Unsinn hier zu machen! Ich bin noch bei den Arbeitsplätzen! Sie wollten doch Fragen beantwortet wissen, gnädige Frau!

(Zuruf der Abg. Frau **Bernbacher** [GRÜNE])

- (A) Ja, das ist ganz gut! Mit den großen Persönlichkeiten ist das so eine Sache, da habe ich ein anderes Geschichtsverständnis, aber gut!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Geschichtsverständnis oder Geschichtsverständnis?)

Geschichtsverständnis! Ich könnte jetzt ein bißchen über Feuerbach sprechen, aber das will ich nicht!

Sie fragten nach neu zu schaffenden Arbeitsplätzen und sagen: Warum nutzen Sie nicht die verschiedenen Möglichkeiten? Ja, gerade bei Voith ist ein solcher Versuch voll in der Diskussion. Nur sage ich Ihnen auch, dies funktioniert nur unter einer einzigen Bedingung: daß die, die sich genossenschaftlich organisieren wollen, auch einen eigenen Teil der Finanzbeiträge mit aufbringen, daß sie gegebenenfalls einen Teil ihres Sozialplans mit hineinstecken, um Risiken mitzutragen, und nicht sagen, wir wollen eine neue Firma gründen, aber die Risiken tragen andere. Dies muß in gemeinsamer Kombination erfolgen.

Wir haben uns darum bemüht, in diesen Feldern Wege mit zu sehen. Wir haben auch erleben müssen, daß wirklich engagierte Menschen in diesen Bereichen, wo genossenschaftlich gearbeitet werden soll, erfahren mußten, wie schwer es ist, Aufträge in der jetzigen Zeit zu bekommen.

Die Wirtschaft lebt vom Auftrag, und Kosten für die Aufträge sind noch keine Erträge. Wir haben einmal in gemeinsamen Gesprächen durchkalkuliert, was eigentlich an Aufträgen herangebracht werden muß, um beispielsweise 50 Arbeitnehmer im Jahr qualifiziert zu beschäftigen und auch bezahlen zu können. Dies klingt ein wenig anders als manche Theorie am grünen Tisch. Aber wir sehen gerade im Fall Voith eine solche Möglichkeit, und wir haben deshalb auch die räumlichen und maschinellen Voraussetzungen dafür geschaffen.

Ich komme jetzt zurück zur Problembeschreibung. Mein Problem ist, Standortvorteile zu sehen, und jetzt sage ich, unter Beachtung auch von Umweltschutzgesichtspunkten. Standortvorteile hier an der Küste sind, daß wir wassergebundene Möglichkeiten haben. Wir leben nicht im Zentrum der Großkonsumenten, wir sind kein Raum, wo acht, zehn, 15 Millionen Menschen leben, wo aus der nahen Versorgung heraus — im Loco-Bereich, wie es heißt — genügend Arbeitskraft und Wertschöpfung erfolgt.

Wir können in diesen Bereichen nur etwas perspektivisch in kleinen, mittleren und größeren Betrieben erreichen, wenn wir die Gunst des Standortes mit nutzen können, und die Gunst des Standortes ist außenwirtschaftlich orientiert. Beim Import und Export, bei allem, was in die Nähe des Kunden transportiert werden muß, wo wir nicht die Wasserwege haben, die Wege über die Meere, da sind wir Randlage und haben keine günstigen Standortbedingungen.

Von daher ist es nicht einfach zu sagen, wer der richtige Unternehmer ist, wer in diesem Bereich

tätig sein sollte. Viele haben sich hier versucht, Politiker, Wirtschaftler, Gewerkschafter, und alle haben festgestellt, daß die Schwierigkeiten groß sind. Wer mir sagt, geht nun ganz weg von der Außenwirtschaft, verzichtet auf Import und Export, versucht, aus der Region zu leben, der — —.

(Abg. **Wierk** [GRÜNE]: Wer sagt das?)

„Die GRÜNEN fordern einen gezielten Abbau der Weltmarktorientierung zugunsten einer regionalen, bedarfsorientierten Vernetzung von Produktion, Energieversorgung, Verkehr und Handel. Unter diesen Voraussetzungen ist eine verstärkte Orientierung auf dem Weltmarkt wirtschaftliches Abenteuerum.“ Das haben alles Sie gesagt! „Sie verstärkt zugleich jene Wirtschaftstendenz, die es ökonomisch profitabel erscheinen läßt — —.“

(Abg. **Kunick** [SPD]: Der Schreiber ist nicht da, Herr Bürgermeister, nun haben die Kollegen Schwierigkeiten!)

Bitte?

(Abg. **Kunick** [SPD]: Der Schreiber ist nicht da, der Ideologe!)

Ach so, ich bitte um Entschuldigung! Ich habe nur vorgelesen, was sie vorgetragen haben!

Aus ganz bitteren Erfahrungen, die wir hier an der Küste zwischen 1933 und 1945 gemacht haben, sage ich Ihnen, wir müssen alles tun, um nicht Autarkiepositionen laut werden zu lassen. Nicht Abschottung der Märkte, nicht Grenzen für Märkte, sondern versuchen, sinnvollen Warenaustausch zu erreichen!

Dieses Land kann überhaupt nur existieren, wenn ein Teil der Kenntnisse und technologischen Fähigkeiten unserer Menschen umgesetzt werden können. Wir brauchen, um sie umsetzen zu können, Importe aus anderen Ländern, die uns helfen mit ihren Rohmaterialien und ihren Strukturen, so wie wir mit unseren Leistungen, mit unserem Know-how auftreten müssen auf den Märkten. Fairer könnte es sicher sein. Aber deshalb darauf zu verzichten und zu sagen, wir begnügen uns zwischen Teufelsmoor und Emsland mit unseren Rüben und Mohrrüben allein zum Leben — meinetwegen auch mit Spargel —, ist keine Antwort!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Bürgermeister Koschnick: Natürlich!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Willers, aber nur eine Frage!

Abg. Willers (GRÜNE): Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Art von Verkürzung, wie Sie sie jetzt in dieser Interpretation dessen, was wir gesagt haben, vortragen, dem Problem überhaupt nicht gerecht wird, weil nämlich wir nichts davon gesagt haben, daß die

(C)

(D)

(A) Welthandelsoffenheit des Landes Bremen abgeschafft werden soll zugunsten einer regionalen Autarkie,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Den Eindruck haben Sie erzeugt!)

sondern, Herr Bürgermeister, daß wir den Senat auffordern, bestimmte Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, nämlich den Abbau des Welthandels und die Schrumpfung des Welthandels, auf die wir Ersatzstrategien zu finden haben, und daß diese Ersatzstrategie genau das ist, was Sie gerade kritisieren?

(Abg. T i e d e m a n n [SPD]: Das ist doch etwas ganz anderes, was Sie jetzt erzählen!)

Bürgermeister Koschnick: Ich schlage Ihnen vor, wenn Sie das so gemeint haben, das beim nächsten Beitrag so zu erklären, dann können keine Mißverständnisse aufkommen. Aber ich bitte, wirklich unvoreingenommen das zu lesen und zu begreifen, was vorhin hier gesagt worden ist.

Natürlich wissen wir, daß wir seit mindestens drei Jahren, ich behaupte seit vier Jahren, einen weltwirtschaftlichen Abschwung haben. Natürlich weiß ich, daß ein Teil der dritten Welt von den industrialisierten Nationen nichts mehr kaufen kann, weil die Länder zahlungsunfähig sind, weil sie pleite gegangen sind an einer Ölpreiskrise und einer, wie ich meine, unsinnigen Kapital- und Währungspolitik der starken Nationen zu Lasten der kleinen Nationen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist aber doch nicht, ob nicht die dritte Welt etwas braucht, sondern die Frage müßte umgekehrt heißen, ob diese Weltwährungsordnung nicht im Interesse der ärmeren und ärmsten Länder der Welt neu geordnet werden muß.

(Abg. W i e r k [GRUNE]: Allerdings!)

Ich bin ja dieser Meinung! Wenn das richtig ist, dann haben die Industrienationen in West und Ost allerdings — Ost will ich dabei nicht vergessen — die verdammt Aufgabe, einmal gemeinsam darüber nachzudenken, wie man den Völkern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens konkret und real helfen kann.

Im Rahmen der Hilfe ist dort ein Riesenbedarf an Zusammenarbeit mit den industrialisierten Nationen, nicht um dort Monoindustrien aufzubauen, wie das in den fünfziger und sechziger Jahren geschehen ist, sondern um im Sinne der „Basic needs“ ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Land zu entwickeln mit unseren Fähigkeiten, wie wir ihrerseits ihre Exporte aufnehmen können, damit sie importieren können unter dem Gesichtspunkt, was die Bevölkerung braucht und nicht, was ein Eigentümer als Zielvorgabe braucht.

Wenn das richtig ist, dürfen Sie die Weltmarktordnung nicht aufgeben, sondern müssen sie verändern, erweitern, verbreitern mit einer besseren Ziel-

richtung. Wenn das so ist, dann sagen Sie das so und nicht so, wie Sie es vorgetragen haben! (C)

(Beifall bei der SPD — Abg. W i e r k [GRUNE]: Man muß das realistisch einschätzen!)

Mit der Einschätzung ist das so eine Schwierigkeit! Ein Teil der Möglichkeiten der Bundesregierung heute sind ungewöhnlich hohe Bundesbankgewinne. Davon hat übrigens auch die SPD/FDP am Ende ihrer Regierungsperiode profitiert.

(Zuruf von den GRÜNEN — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Wir haben es aber auch gesagt!)

Sie profitiert davon, daß der Dollar, wie ich meine, überbewertet ist, die Deutsche Mark unterbewertet ist, und die Überbewertung des Dollars liegt darin, daß dadurch unwahrscheinlich viel Kapital nach Amerika gezogen wird mit hohen Renditen, um die Defizite des Haushalts — die überwiegend entstanden sind durch die Hochrüstung — zu finanzieren.

Es ist einfach rentabler, Kapital in Amerika anzulegen und eine Nettorendite von bis zu zwölf Prozent zu bekommen, als es in Produktivkapital hier anzulegen, wo die Rendite anderthalb bis höchstens zwei Prozent beträgt. Dies muß man einfach sehen, denn daran stirbt ganz allmählich die weltwirtschaftliche Ordnung, der Zusammenhang von Währung und Wirtschaft, und deshalb muß man darüber offen reden, aber nicht über Auflösung der Weltmarktordnung. Darum ringt beispielsweise Herr Stoltenberg, darum ringt auch Graf Lambsdorff, ein anderes Verhältnis in der Weltwirtschaftsordnung zu bekommen. Auch in der Europäischen Gemeinschaft wird darüber gesprochen, wie man zu einer besseren inneren Systematik kommt, damit die Mittel nicht weggezogen werden.

(D)

Dies ist eine Frage, die man hier nicht ad hoc lösen kann, wo die Probleme nur aufgezeigt werden können. Es ist doch wirklich so, daß in einer Welt, in der die einzelnen entscheiden können, was sie mit ihrem Geld machen wollen, keiner sagen kann, du mußt nun diesen Weg gehen, weil du da besser bedient wirst.

Im übrigen halte ich auch nichts davon, das per Weisung und Dekret zu lösen. Ich habe immer festgestellt, daß diese Drekretlösungen in der Regel die teuersten wurden für beide Seiten.

Von daher müssen wir uns auseinandersetzen mit weltwirtschaftlichen Bedingungen, die nach meiner Meinung erst dann eine vernünftige Antwort finden, wenn diese Welt wieder vernünftiger wird und einen wichtigen Teil der unwirtschaftlichen Rüstungsausgaben aufgibt, um in vernünftige wirtschaftliche und soziale Bedingungen zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund könnte man fast sagen, der Idealist geht glatt durch die Mauer und stößt sich wund an der Luft, weil er Positionen aufbaut, die im Augenblick real nicht verändert werden kön-

(A) nen, die wirklichen Dinge einfach überspielt und nicht wahrhaben will, wie die Dinge sind.

Ich sage Ihnen, ich komme um die ökonomischen Faktoren nicht herum, ob ich sie gern oder weniger gern habe, ist gar nicht wichtig, ob ich Systeme gutheiße oder nicht, ist nicht die Frage. Ich habe die Ordnungssysteme zunächst einmal zu akzeptieren und kann versuchen, das Beste für den Menschen daraus zu machen. Ich kann politisch für andere Strukturen kämpfen, kann aber nicht so tun, als ob deswegen die vorhandenen Strukturen gegenstandslos wären.

Jeder Arbeitnehmer im Betrieb, jeder Betriebsrat, jeder Unternehmer, jeder Selbständige muß mit diesen Faktoren erst einmal leben, und dann mag er sein Idealbild daneben noch — auch Veränderungen zur einen oder anderen Seite — realisieren.

Dafür ist doch die Werftindustrie ein besonderes Beispiel. Wir wissen, daß die Auftragslage schwieriger wird, und sie ist jetzt schon schwierig genug, wir hoffen vielleicht mit renommierten Instituten und klugen Leuten aus Politik und Wirtschaft, daß doch 1986 sich eine Veränderung ergibt. Ich bin da höchst skeptisch, denn ich höre seit 1974 alle zwei Jahre immer eine neue Zahl, aber kein Mensch weiß letztlich, wie das weitergeht.

Auch ein britisches Institut hat Zahlen genannt. Sie haben es angesprochen, Herr Neumann, allerdings sind auch diese negativen Zahlen von der Treuarbeit mit beachtet worden, und es ist gesagt worden, auch bei der negativen Zahl lohnt noch dieses Fusionskonzept.

(B)

(Abg. Neumann [CDU]: Nein, das stimmt nicht!)

Das steht darin! Lesen Sie es nach!

(Abg. Neumann [CDU]: Ich habe es doch gelesen!)

Dann haben Sie es eben nicht richtig gelesen, dann bitte ich jetzt einmal,

(Abg. Neumann [CDU]: Also, jetzt allen Ernstes!)

lieber Herr Neumann, lesen Sie es noch einmal nach! Dann lesen Sie bitte nach, und da steht, daß darunter viele leiden würden, aber auch dies noch gehe.

Ich sage das, weil auch das für mich ein wenig Kaffeesatz ist. Wir haben sehr viele Antworten bekommen. Da wird nun gesagt, aber da haben doch die Betriebsräte — —.

(Abg. Neumann [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Darf ich das jetzt eben einmal zu Ende führen, dann können Sie die Frage stellen!

(Abg. Neumann [CDU]: Ich bleibe so lange stehen!)

Es wurde behauptet, die Betriebsräte hätten gesagt, man sollte alternative Produktionen aufbauen, und wir im Senat hätten geschlafen, hätten das nicht aufgegriffen, sondern nur gesagt, dafür seien die Unternehmer verantwortlich. Liebe Frau Bernbacher, in all den Unternehmen gibt es Aufsichtsräte, in all diesen Aufsichtsräten sitzen die Betriebsräte, von denen Sie gesprochen haben, aber nur bei MBB hat es im Aufsichtsrat eine ernsthafte Diskussion gegeben über eine Veränderung in Richtung auch auf alternative Produktion. In allen anderen Fragen sind zwar bei mir Wünsche angemeldet worden, aber wie beispielsweise auf den Werften, wo man die realen Verhältnisse sah, gar nicht erst in den Aufsichtsrat getragen worden.

(C)

Nun muß ich Ihnen genau sagen: Bevor die Politik beauftragt wird einzugreifen, muß ich doch einmal zunächst meine Möglichkeiten, Chancen und Arbeitsbedingungen im eigenen Bereich nutzen. Ich empfehle Ihnen einmal, mit Ihren Freunden zu besprechen, was eigentlich die ersten Voraussetzungen für eine ernsthafte Diskussion über die Veränderung von Produktionspaletten sind.

Aber eines sage ich auch — und das habe ich immer mit dem Betriebsrat besprochen —, niemand kann von mir erwarten, eine neue Palette aufzumachen, wenn daneben bereits ein Betrieb existiert und diese Produkte herstellt. Gegen einen Betrieb mit öffentlichen Mitteln eine neue Produktionslinie aufzubauen, das geht nicht. Das heißt Vernichtung von Produktionskapital hier und Hinführung zu einem anderen. Das ist nicht die Antwort. Deswegen herrschte ja bei MBB/VFW auch eine andere Position. Da wollte man auf ganz neue Produkte, nicht auf gleichartige.

Herr Neumann, bitte!

Präsident Dr. Klink: Zu einer Zwischenfrage hat das Wort Herr Abgeordneter Neumann!

Abg. Neumann (CDU): Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, folgenden Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen, daß ausgehend von Ihrer Aussage, das Treuarbeitsgutachten würde auch die Tragfähigkeit bescheinigen, selbst wenn die schlechtere Prognose, das heißt die Prognose für die schlechtere Ausgangslage, eintrifft,

(Bürgermeister Koschnick: Bis 1985, ja!)

daß — —. Ja, ich gehe davon aus, daß wir uns langfristig darüber unterhalten!

(Bürgermeister Koschnick: Nein, wir haben nur bis 1985 gefragt!)

Das genau — —.

(Zuruf des Abg. Klein [CDU] — Bürgermeister Koschnick: Also, was ich gefragt habe, weiß ich doch! Das wissen Sie doch nicht! Haben Sie gefragt, oder habe ich gefragt? Sehen Sie, das ist Klein! Er weiß besser, was ich gefragt habe! — Glocke)

(D)

(A) Aber ich darf jetzt fragen!

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Neumann!

(Bürgermeister Koschnick: Sie dürfen jetzt fragen!)

Abg. Neumann (CDU): Ich darf jetzt fragen! Also, ich habe das eben wiederholt, damit dem Haus klar wird, worüber wir reden. Jetzt komme ich zur Frage: daß genau in diesem Gutachten zum Schluß steht, daß man insbesondere für die Zeit ab 1985 zu einer anderen Aussage kommen müßte, wenn man bei der Beurteilung von der low case des AWECS-Reports ausgeht. Dieser prognostiziert für die Jahre 1984 und 1985 weltweit nur eine Nachfrage von sechs bis sieben Millionen Bruttoregistertonnen. Bei einem solchen Nachfragerückgang würden auch andere leistungsfähige deutsche und europäische Werften keine Überlebenschancen mehr haben.

(Bürgermeister Koschnick: Stimmt!)

Heißt dies nicht, zumal Sie ja vielleicht auch gehört haben, daß inzwischen aufgrund der neuen Schätzung die low case als die realistische angenommen wird, daß unter dieser Maßgabe die Tragfähigkeit des Konzepts angezweifelt werden muß? Dies wollte ich sagen, und wenn Sie mir abschließend als Frage sozusagen die Bemerkung erlauben, wenn dies dem Bürgermeister nicht bekannt ist, wie komisch ist dann der Vorwurf an das Bundeswirtschaftsministerium, das wir ja nicht verwalten, daß dort das Gutachten nicht gelesen worden ist! Ich finde, da soll es erst der Regierungschef hier genau lesen!

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Koschnick: Hier scheint mir einiges an unverdauten Informationen durcheinanderzugehen. Sie haben ja etwas Ähnliches am 4. Dezember bei Radio Bremen gesagt. Deswegen bin ich darauf eingestimmt, lieber Herr Neumann!

(Abg. Neumann [CDU]: Kann sein!)

Sie sagten am 4. Dezember bei Radio Bremen und im „Weser-Report“ — der „Weser-Report“ ist ja besser — vom selben Tag: „Eine noch schlechtere Auftragslage für den Schiffbau sagen Forschungsinstitute für die Zukunft voraus.“

Richtig ist, die Tragfähigkeitsprüfung der Treuarbeit basiert auf einer Prognose des renommierten britischen Forschungsinstituts AWECS. Dieses Institut hat in seiner Schiffbauprognose zwei Entwicklungsvarianten gezeigt, eine optimistische

(Abg. Neumann [CDU]: Eine pessimistische!)

und eine pessimistische. Die Treuarbeit hat zwar generell die optimistische Variante zugrunde gelegt, sie hat aber auch gesagt, wenn die pessimistische Variante einträte, würden zahlreiche europäische Werften auf der Strecke bleiben. Die neue fusionier-

te Werft werde jedoch bei Wettbewerbsgleichheit nicht zu diesen gehören. (C)

(Abg. Neumann [CDU]: Worin steht das denn?)

Wir haben ja morgen noch darüber zu reden! Ich gebe Ihnen das!

(Abg. Neumann [CDU]: Das, was ich zugestellt bekommen habe, enthält dies nicht, Herr Bürgermeister! — Abg. Kuddella [CDU]: Der letzte Satz fehlt!)

Haben Sie denn nur die Zusammenfassung? Verzeihen Sie, Herr Neumann, erzählen Sie bitte die Wahrheit! Ich habe dafür gesorgt, daß Sie das große, umfassende Gutachten bekommen!

(Abg. Neumann [CDU]: Ich habe beides gelesen! — Abg. Beckmeyer [SPD]: Er hat nur die Zusammenfassung gelesen!)

Meine Damen und Herren, das kann doch im Leben vorkommen bei Politikern, daß man nur Zusammenfassungen liest, lieber Gott, werfen wir ihm das doch nicht vor!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: So nicht! — Abg. Gassdorf [CDU]: Das ist zu einfach!)

Das ist nicht zu einfach! Einfach ist das, was Sie gelegentlich als Zwischenrufe machen nach dem Grundsatz: Schöne Worte sind nicht wahr, wahre Worte sind nicht schön! Das wissen wir schon. Bleiben wir also bei der eigentlichen Aufgabe! (D)

Warum habe ich mich hier hingestellt und gesagt: Wo sind die Problemfelder? Wirtschaft und Arbeit! Dabei sage ich auch, wenn ich vom zweiten Arbeitsmarkt spreche, er ist nicht nur Ersatz. Unser Ziel muß sein Arbeit für alle, die arbeiten wollen und arbeiten können, in einer umweltverträglichen und auch in einer gesellschaftsfördernden Weise.

Dabei werden wir über vieles noch nachzudenken haben: über Veränderungen in der Arbeitszeit, Verkürzung von Lebensarbeitszeiten und auch Veränderungen der Einkünfte. Frau Bernbacher, auch da sage ich, wenn reduzieren, dann bei den Großen eher als bei den Kleinen. Da sind wir uns wohl einig! Das habe ich aber auch, nebenbei, für mich selbst in Anspruch genommen.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Erst kleinere, dann breitere Wege in neuer Richtung!)

Jeden Weg in diesen Fällen mache ich mit! Ich sage das nur, weil Herr Neumann gesagt hat, da hat der Koschnick doch in Bonn dem Kohl ein Dankeschön gesagt, und nun dieses Geschrei von Sozialdemokraten! Bitte, darf ich das einmal so formulieren: Ich weiß eben nicht aus Gesprächen mit dem Bundeskanzler allein, sondern ich weiß aus den Ministerien — jetzt sage ich nicht von den Ministern, die ja gelegentlich mit das sagen, was der Regie-

(A) rungschef sagt —, aus der Abteilungsleiterebene, daß die Weisung des Kanzlers, seht zu, was ihr für Bremen tun könnt, durchgedrungen ist, und ich habe mich dafür bedankt, daß er die Probleme Bremens sieht und sich dafür einsetzt. Nur eines habe ich nicht: Ich habe keinen Grund gehabt, für die Werftenentscheidung mich zu bedanken. Das ist nun gerade konträr!

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist doch klar!)

Na gut, wenn das klar ist, dann sollten Sie das sagen!

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

Gerade bei der Werftenfrage nicht! Wir werden morgen lange diskutieren, aber bitte lesen Sie noch einmal zu Ihrer eigenen Gewißheit durch, was Sie hier im Parlament gesagt haben!

Ich habe hier im Parlament meine Skepsis angedeutet, als nach dem Gespräch der Betriebsräte mit dem Herrn Bundeskanzler — und Sie waren dabei, Herr Neumann — die Bundesregierung ihre Entscheidung getroffen und gesagt hat: Jawohl, wir wollen das, vorausgesetzt, die neue Werft ist dann wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt, und kleinere und mittlere Werften werden nicht tangiert.

Da habe ich hier gesagt, das ist das Schlupfloch, da springen sie heraus! Dann hörte ich, um Gottes willen, das war alles so ehrlich und so fein, glaubt mir das! Die Betriebsräte haben mir das auf jeden Fall so gesagt. Ich warnte: Freunde, hier ist ein Schlupfloch! Sie sagten, das glauben wir dir nicht, wir sind voll überzeugt, das war eine feste Zusage, und wir haben dann auch im Wahlkampf hier noch gehört, mein Wort gilt auch über den Wahltag hinaus!

(B) Herr Metz sagt jetzt, er wisse seit zwei Monaten, daß Bonn nicht zahlen werde. Daß Lambsdorff nicht wollte, haben wir häufiger gehört. Wir haben alle auf den Kanzler gesetzt, nicht auf Herrn Lambsdorff. Wenn er es seit zwei Monaten wußte, warum ist das dann nicht gesagt worden? Warum läßt man uns noch arbeiten, warum läßt man mich vor vier Wochen nach dem Gespräch beim Kanzler nach Hause fahren, um die Werften noch einmal zu drängen, die Arbeiten müßten gemacht werden, die Bundesregierung wolle ernsthaft prüfen, um dann zu erfahren, es sei entschieden worden, es gehe um die mittleren und kleinen Werften?

Herr Lahmann hat in den Bremer Zeitungen erklärt, daß er mit Herrn Lambsdorff gesprochen hätte. Nur die kleinen und mittleren Werften hätten eine Rolle gespielt, nichts anderes. Eine ernsthafte Prüfung des Gutachtens brauchte deswegen nicht vorgenommen zu werden.

Hier sage ich, wenn die kleinen und mittleren Werften wirklich das Argument gewesen wären, hätte man es vor den Wahlen sagen müssen. Dann wäre klar gewesen, daß nichts zu erwarten ist!

(Beifall bei der SPD)

(C) Ich bedauere, daß hier der Wirtschaftsminister in Bonn gesiegt hat. Aber ich muß weiterarbeiten, und wenn ich weiterarbeiten muß, dann denke ich auch darüber nach, wie die anderen Prozesse — wir haben ja mehr als eine Krisenbranche in unserem Bereich — sich fortentwickeln können.

Das sage ich, dies wird hier noch viele schwierige und bittere Stunden für Bremen bringen. Wir werden in vielen Fällen Dinge, die bisher für uns selbstverständlich waren, reduzieren müssen. Wir werden verengen müssen in einem Umfang, wie wir es früher nicht gekannt haben, um ein wenig Handlungsspielraum zu behalten: am Arbeitsmarkt, am Ausbildungsmarkt und bei den Perspektiven, um Strukturen in der Wirtschaft zu verändern.

Wir werden uns Mühe geben und dabei auch die Frage von Bertolt Brecht zu überdenken haben, die er einmal zur Sparpolitik gesagt hat: „Was ist besser, sich die Fußnägel zu schneiden oder sich immer größere Schuhe anzuziehen?“ Wir müssen darauf eine Antwort finden. Wir wollen die Fußnägel bescheiden!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Beckmeyer.

Abg. Beckmeyer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß wir alle noch die gleiche Schuhgröße haben!

(D) Ich bin hier nach vorn gekommen, um etwas auszuführen zu der Wortmeldung von Herrn Kudella, der, so hatte ich den Eindruck, nach dem Motto voring, ablenken von dem erneuten Wortbruch des Kanzlers dadurch, daß man selbst einen Angriff fährt, ist die bessere Methode.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Abgelenkt hat er wirklich meisterhaft!)

Herr Gassdorf, hören Sie zu!

Ich möchte an dieser Stelle zunächst einmal mit einer Mär aufräumen, die Herr Kudella schon einmal in einer Bürgerschaftssitzung vor der letzten Landtagswahl hier im Zusammenhang mit Lehrstellen-schaffung verbreitet hat, indem er darauf hinwies, daß angeblich das, was an Bilanz zu ziehen sei, auseinanderklaffe im Verhältnis zu dem, was in der Regierungserklärung für 1979 bis 1983 ausgeführt worden ist. Ich darf einmal mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren: Regierungserklärung Freie Hansestadt Bremen zu diesem Punkt, Ausbildungsplätze im öffentlichen Bereich: „Das Gesamtprogramm des Senats für den Zeitraum 1978 bis 1985“ — also die Jahre des großen Ausbildungszustroms — „sieht fast 4000 Ausbildungsplätze im öffentlichen Bereich vor. Für die mehr als 1000 Jugendlichen stellen dabei der öffentliche Dienst und die Gesellschaften mit bremischer Eigenbeteiligung zusätzliche Ausbildungsplätze überwiegend im dualen System bereit.“ Was ist seitdem geschehen?

(A) Wir Bremer Sozialdemokraten haben ein 270-Millionen-DM-Programm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze umgesetzt. Davon sind einige Maßnahmen zu nennen: Wir haben in überbetrieblichen Ausbildungsstätten seit 1979 insgesamt knapp 1000, genau 974, Plätze zusätzlich eingerichtet.

(Abg. Kudella [CDU]: Im öffentlichen Dienst? — Abg. Wedemeier [SPD]: Was ist das denn? Für Förderung steht da doch auch!)

Es wurden Ausbildungsplätze bei freien Trägern und Betrieben für benachteiligte Jugendliche, insbesondere Mädchen, ungefähr 160 Plätze, gefördert. Im Zeitraum 1978 bis 1985 werden für mehr als 1000 Jugendliche Ausbildungsplätze im öffentlichen Bereich zusätzlich geschaffen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, das sind sie!)

In der Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß wurden im Lande Bremen bis zum Schuljahr 1983 mehr als 2000 Plätze angeboten.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Herr Kudella will das einfach anders interpretieren!)

Das Berufsgrundbildungsjahr wurde schrittweise ausgebaut. Jetzt stehen im Lande Bremen rund 800 Plätze zur Verfügung.

(B) (Abg. Kudella [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Beckmeyer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Beckmeyer (SPD): Herr Kudella, ich würde Ihnen vorschlagen, erst einmal die weitere Aufklärung anzuhören. Dann werden Sie feststellen, daß sich vielleicht Ihre Frage erübrigt!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte fortfahren! Die Zahl der zusätzlichen Ausbildungsplätze für Assistentenberufe wurde ebenfalls fast verdoppelt. Zum Schuljahresbeginn 1981/82 wurde das zehnte freiwillige Hauptschuljahr mit 18 Klassenverbänden eingeführt. Hier werden jetzt ebenfalls 360 Schülerinnen unterrichtet. Ziehen Sie darunter einmal einen Strich, Herr Kudella, und Sie werden feststellen, daß die Zahlen aus der Regierungserklärung und dem, was zu diesem Zeitpunkt getan worden ist, fast identisch sind!

(Beifall bei der SPD)

Das schärfste, was Sie hier ausgeführt haben — der Bürgermeister ist schon in einem Beitrag darauf eingegangen —, war, daß Sie sagten, es wäre schon im Juli der Bundesregierung bekannt gewesen, daß es angeblich eine alternative Behandlung der finanziellen Zusage, 80 Millionen DM, also Gemein-

schaftsaufgabe, Förderung der Wirtschaftsstruktur in Bremen, und Werfthilfe, gegeben hätte in der Diskussion.

Sie selbst — ich weiß nicht, Herr Kudella, ob Sie während des Augusts oder des Septembers nicht in Bremen waren —

(Abg. Kudella [CDU]: Doch! — Abg. Wedemeier [SPD]: Nein!)

haben noch am 22. September, drei Tage vor der Wahl, publiziert in allen Presseorganen: Erstens: „1981, Helmut Schmidt“ — Bonner Hilfe — „sagt nein“. Im übrigen: „Dezember 1981, 200 Millionen DM Bremer Vulkan“, — nur einmal in Erinnerung gerufen! —

(Abg. Wedemeier [SPD]: In 14 Tagen!)

„1983, Helmut Kohl hilft Bremen“, und dann wörtlich, Bundeskanzler Kohl — Zitat —: „Bonn läßt Bremen nicht im Stich“, Stadthalle Bremen, 20. September 1983. Auf Initiative von Bernd Neumann und anderen CDU-Politikern — das sind wahrscheinlich Sie, Herr Kudella — „wurden erste Schritte bereits eingeleitet.“ Erste Schritte! Erstens, dicker, fetter Punkt!

„Erhöhung der Reederhilfe um 70 Millionen DM,

(Abg. Neumann [CDU]: Abgehakt!)

klare Zusage der finanziellen Beteiligung des Bundes an einem bremischen Werftenkonzept (leider hat der SPD-Senat bisher keines vorgelegt)“, wobei der Klammerinhalt im übrigen falsch ist. Die Eigner wollten dies vorlegen laut Lambsdorff, selbst im Bundestag vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Nicht abgehakt, Herr Neumann, um das einmal zu sagen!

(Abg. Neumann [CDU]: Das nicht, leider nicht, habe ich doch gesagt!)

Als dritter Punkt: „Bereitstellung von 80 Millionen DM aus Bonn zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen“.

(Abg. Neumann [CDU]: Abgehakt!)

Herr Neumann, diese alternative Darstellung von Herrn Kudella ist falsch. Sie selbst kündigen drei Tage vor der Wahl noch an, daß Sie dies wollen, und Sie schreiben weiter: „Weitere Hilfsmaßnahmen müssen folgen. Um dies durchzusetzen, CDU wählen!“ So in diesem Genre!

(Abg. Neumann [CDU]: Dann haben wir nicht genug getan!)

Sollte das jetzt die Bestrafung sein, Herr Neumann?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, wahrscheinlich! — Glocke)

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Beckmeyer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Urban anzunehmen?

Abg. Beckmeyer (SPD): Herr Urban, bitte!

Präsident Dr. Klink: Zu einer Zwischenfrage erhält das Wort der Abgeordnete Urban.

Abg. Urban (CDU): Herr Beckmeyer, entschuldigen Sie, daß ich noch einmal auf das Berufsgrundbildungsjahr zurückkomme! Sie haben hier vorhin stolz gesagt, es seien 800 Plätze eingerichtet. Das hörte sich so an, als ob das in Erledigung der Regierungserklärung geschehen sei. Ist es richtig, daß in der Regierungserklärung folgendes steht: „Berufsgrundbildungsjahr: zentrale Reformmaßnahme der beruflichen Bildung. Daneben wird das Berufsgrundbildungsjahr von jetzt rund 500 Plätzen auf rund 2000 im Jahr 1983 ausgebaut“, und ist es dann richtig, wenn ich noch richtig rechnen kann, daß hier nach wie vor 1200 fehlen?

Abg. Beckmeyer (SPD): Ich glaube, Herr Urban, daß in dieser Frage bezogen auf das, was staatlicherseits geleistet und was im Bereich des dualen Systems auch von privater Wirtschaft geleistet werden muß mit Unterstützung der Bundesregierung, eine klare Verteilung der Aufgaben auch in Zukunft vorgenommen werden muß. Wir haben nie gesagt, daß wir das Lehrstellenproblem, wir als Sozialdemokraten, durch staatliche Maßnahmen allein werden lösen können. Wer es zugesagt hat, das war Ihr Herr Bundeskanzler, der mit einer großen breiten Anzeige veröffentlicht, für jeden ist ein Ausbildungsplatz da!

(B) Eines, Herr Urban und Herr Kudella — so bedauerlich das ist —: Ich glaube, wir sollten langsam an die Lösung herangehen, statt die Situation immer noch zu bejammern. Aber man muß es Ihnen noch einmal sagen. In Bremerhaven allein sind im Oktober dieses Jahres immer noch 600 Schülerinnen und Schüler, die auf ihren Ausbildungsplatz warten, vorhanden, und in Bremen sind es adäquat, entsprechend, vergleichsweise mehr. Dies muß man festhalten. Von einer Ausbildungsplatzgarantie für 1984 redet die Bundesregierung schon überhaupt nicht mehr, weil sie weiß, das wird der allergrößte Flop dieser Legislaturperiode. Den wird sie überhaupt nicht einhalten können.

Ich möchte zurückkommen und noch eines einmal zu den Werften sagen: Wir haben hier einen offenen Brief des Betriebsrats des Vulkans, der sich geäußert hat, der ähnlich wie der Betriebsratsvorsitzende von Hapag-Lloyd, Jonny Lüdemann, es einmal richtig hart ausdrückt — auch er war beteiligt an diesem Flughafengespräch — und von einer arglistigen Täuschung gesprochen hat. Dies, meine Damen und Herren von der CDU, ist der Eindruck der Beschäftigten auf unseren Werften. Dieser Kanzler hat vor der Wahl anders gesprochen, als er jetzt handelt, und dies ist, so meine ich, gelinde gesagt, für den Standort Bremen und für den Standort Bremerhaven poli-

tisch nicht aushaltbar! Auch Sie, die Sie Politik mit diesem Kanzlerwort haben betreiben wollen und betrieben haben, müssen sich vorwerfen lassen, daß Sie ebenfalls an dieser arglistigen Täuschung beteiligt sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich will jetzt noch einen Gedanken aufgreifen und ausführen, etwas aus der Sicht meiner Heimatstadt: Wir haben in Bremerhaven Ende November eine Arbeitslosenquote von 15 Prozent. Es ist dabei für uns in der Stadtgemeinde Bremerhaven kein Trost, daß die gesamte Nordwestküste der Bundesrepublik von Emden bis Cuxhaven vergleichbare Arbeitsmarktsorgen hat. Auch hier liegt die Arbeitslosigkeit um rund 60 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Ursachen sind dort wie bei uns fast die gleichen.

Wir haben in dieser Küstenregion einen Abkoppelungseffekt vom Arbeitsmarkt der Bundesrepublik. Einerseits kommen demographische Entwicklungen zum Tragen, andererseits ist ein wirtschaftlicher Strukturwandel sowie hartnäckige rezessive Tendenzen Ursache dieser hohen Arbeitslosigkeit. Aber, und das ist auch der Punkt an eine Bundesregierung, ich kann mich sehr wohl daran erinnern, daß Vertreter der Christlich-Demokratischen Union dieses Hauses des öfteren von Rahmenbedingungen gesprochen haben, und ich wollte Ihnen heute einmal dieses Wort in Erinnerung bringen.

Es handelt sich um Rahmenbedingungen, die eine Bundesregierung für die Entwicklung eines unterentwickelten und auch in der wirtschaftlichen Entwicklung sich abkoppelnden Küstenraumes endlich schaffen muß, und dazu zählen wahrlich nicht negative Entscheidungen für den Werftenbereich. Dies können nicht die Antworten sein, meine Damen und Herren! Hier muß anders gehandelt werden, hier muß eine aktive Beschäftigungspolitik einer Bundesregierung Platz greifen, die sich leider Gottes im Verbund mit anderen konservativen Regierungen der westlichen Welt in ein Laissez faire flüchtet.

Eines auch an dieser Stelle: Sie sprechen davon, daß der Aufschwung gekommen ist. Wir haben in diesem Sommer einen Weltwirtschaftsgipfel gehabt, der ein Fehlschlag war, wie alle Welt bekundet. Wir haben in den letzten Tagen einen weiteren Fehlschlag zu verzeichnen gehabt im Bereich der Europäischen Gemeinschaft. Auch hier wird schlaglichtartig deutlich, daß die unmittelbar drängenden Probleme, die Massenarbeitslosigkeit, Finanzreform der EG, die Entschärfung der europäischen Stahlkrise oder aber die Lösung der Fischereiprobleme, keinen Schritt weitergekommen sind. Auch diese Probleme sind alle aufgeschoben, sie harren einer Entscheidung.

Meine Damen und Herren, glauben Sie wirklich, daß dieses Aufschieben den Aufschwung fördern wird? Ich frage mich, wo sind da die Aktivitäten einer Bundesregierung wie der unsrigen. Wo sind konzertierte und konzentrierte Aktionen von Na-

(C)

(D)

(A) tionalregierungen Westeuropas, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen? Diese überwiegend konservativ geführten Regierungen bleiben untätig, und siebürden die Kosten dieser Krise den sozial Schwächeren und den Arbeitslosen auf. Das ist ihr Beitrag, und das führt zur Entsolidarisierung unter diesen Menschen und führt zu schlimmen Prozessen.

Regional, meine ich, sind hier krisenhafte Prozesse zu entdecken, im Stahlbereich, in der Kohle, in Bremerhaven im Schiffbau und ebenso in Bremen. Betroffen sind nicht nur die ganz Großen, sondern auch die ganz Kleinen. Was würde eigentlich passieren, wenn ein Zusammenbruch nach dem anderen eintrete? Wir würden eine Depression in einer Region bekommen, die nicht nur sozialdemokratisch regiert, sondern auch christdemokratisch verantwortet ist. Ich meine, da muß eine Bundesregierung tätig werden und kann sich nicht in ein Nein flüchten. Ich glaube, daß hier eine nationale Aufgabe endlich greifen muß.

(B) Unser Beitrag muß sein, daß wir eine stärkere Rückbesinnung auf die eigene Kraft und Kreativität in einer Form schaffen müssen, daß wir als Bremen, als Bundesland auch die größtmögliche Flexibilität zeigen und auch unkonventionelle Wege beschreiten müssen, um in der Lösung von Schwerpunktaufgaben unseren Beitrag zu liefern. Aber, und das will ich auch hier hinzufügen, in der Formulierung neuer arbeitsmarktpolitischer Ideen können wir uns hervortun und auch in der kritischen Begleitung der zu verlangenden Umsetzung. Aber es setzt voraus, daß der Bund auch aktiv wird. Dies ist unumgänglich, und wir werden auch diese zu fordernde Beschäftigungspolitik nicht aus den Augen verlieren.

Ich will an dieser Stelle einmal daran erinnern, daß staatlich geförderte Projekte in anderen Ländern durchaus auch üblich geworden sind, wenn man zum Beispiel an die Förderung des Mittelstandes, der kleinen und mittleren Betriebe denkt. Der Bürgermeister hat heute dazu in seiner Regierungserklärung deutliche Worte gesagt, die ich nur unterstreichen möchte.

Nun ein Wort zu dem, was Luneplate heißt! Vorhin ist dieses Stichwort gekommen. Ich will zum Schluß eines ausführen: Ich glaube, daß diejenigen, die über die Luneplate und über die Luneverlegung sprechen, sich dies wirklich einmal vor Ort anschauen sollten. Das, was dort verlegt wird, Frau Bernbacher, ist kein Fluß, sondern ist ein 1927 geschaffener Kanal, der damals die Mündung der alten Lune in die Weser neu regelte. Wir sind heute dabei, eine Verlegung dieses Kanals vorzunehmen, um notwendige Flächen für die Wirtschaftskraft Bremerhavens und für die Stärkung der Wirtschaftskraft Bremerhavens und Niedersachsens zu bekommen. Wir haben gute Beispiele im westeuropäischen Ausland, die Sie alle besuchen können, wo genau dieses Konzept, sage ich einmal, zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt geführt hat.

Ich jedenfalls, und ich denke das auch den bisherigen Ausführungen entnehmen zu können seitens der

Landesregierung, halte es für einen richtigen Weg. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schulte.

Abg. **Dr. Schulte** (CDU)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem der Kollege Beckmeyer, teilweise zumindest, pflichtgemäß Schuldzuweisungen in Richtung Bonn hier abgegeben hat, darf ich mir erlauben, zu dem zurückzukommen, was uns heute beschäftigt, nämlich zu der Regierungserklärung und zu den Problemen und Fehlern der Vergangenheit und zu den Lösungen, die für die Zukunft beschritten werden müssen.

Nun haben Sie, Herr Bürgermeister Koschnick, davon gesprochen, daß Sie keine Spotlights hier vortragen wollten. Sie haben aber eher noch das Gegenteil getan, Sie haben Ihren Beitrag mehr als Konkursverwalter vorgetragen. Ich meine, auch dann, wenn man in Krisenzeiten steht, hat die Bevölkerung ein Anrecht darauf, auch in Details, in Einzelfragen Antworten zu hören und Lösungen von Ihnen aufgezeigt zu bekommen. Ansonsten würde es ja bedeuten, daß die gesamte Senatsarbeit nur noch eine reine Routineangelegenheit wäre. Das stände doch im totalen Widerspruch zu Ihrer großen Senatsmannschaft, zwölf Senatoren, die dann nichts zu tun hätten.

(Abg. Neumann [CDU]: Sehr richtig!)

Ich meine also, hier ist es schon richtig, was der Kollege Neumann gesagt hat, wir hätten mit Recht von Ihnen ein paar mehr konkrete Aussagen erwarten dürfen, auch wenn der Kollege Wedemeier dann versucht hat, das nachzuholen.

Ich möchte mir erlauben, zum Bereich Bildung und Hochschulen etwas zu sagen, zu einem Ressort, Herr Senator Franke, das nun ja überproportional gewachsen ist, das aber total unterproportional in der Regierungserklärung vertreten ist! Möglicherweise haben Sie sich nicht dafür eingesetzt, daß hierzu mehr gesagt wird, vielleicht durften Sie nicht, vielleicht konnten Sie nicht.

(Bürgermeister Koschnick: Vielleicht mochte er nicht!)

Vielleicht mochte er nicht, Herr Bürgermeister! Ich werde mir erlauben, hierzu kurz etwas zu sagen.

Die einzige Aussage im Hochschulbereich, die ich im übrigen voll unterstreichen möchte, betrifft Ihre Absicht, verstärkte Anstrengungen um eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung mit der privaten Wirtschaft zu unternehmen. Warum sagen Sie das, Herr Bürgermeister? Vielleicht deshalb, weil hier eben viele Jahre nichts gesehen ist und weil die Universität zehn Jahre lang eine Milliarde DM an Steuergeldern verschlungen

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) hat, ohne wissenschaftliche Hilfestellung bei der Lösung der Probleme der Region gegeben zu haben, und, was noch schlimmer ist, weil die Universität sich jahrelang einer offensichtlich jetzt von Ihnen gewünschten Zusammenarbeit verweigert hat!

Von Ihnen, Herr Senator Franke, ist damals die Losung ausgegeben worden, die Universität Bremen sei eine Gegenuniversität.

(Bürgermeister Koschnick: Gegen Würzburg!)

Dieses Schlagwort, Herr Bürgermeister Koschnick, einer Gegenuniversität war aber exakt der politische Freibrief für die ideologische Verweigerungshaltung der Universität, genau dies! Heute — ich freue mich darüber — wollen Sie es ja nicht mehr wahrhaben, Sie wollen es auch sogar ändern. Aber der politische Überbau der Universität und die falsche Berufungspolitik der frühen Gründerjahre sind eben jetzt nicht auszulöschen, das ist über Nacht nicht zu ändern.

(Abg. Kunick [SPD]: Ich habe gestern noch gehört, lauter rechte Professoren!)

Ich will nicht verkennen, Herr Kunick, inzwischen ist ein respektabler Rektor bemüht, nicht ohne Erfolg, das schlechte Image der Universität aufzubessern. Aber solange die schädlichen Wirkungen zum Beispiel des Personalvertretungsgesetzes ihn daran hindern, immer das Richtige und Beste zu tun, solange wird dieser Universität der Erfolg schwerfallen.

(B) Herr Bürgermeister, das mühsame und schleppende Verfahren um die Einrichtung des neuen Studiengangs Produktionstechnik ist ein anderes abschreckendes Beispiel für die Widerstände, mit denen der Rektor kämpfen muß. Wenn Sie schon in der Regierungserklärung diesen Studiengang als angeblich positives Beispiel für zukünftige Kooperationsformen erwähnen, dann erwarte ich auch im Namen meiner Fraktion, daß der Senat endlich die notwendigen Hilfestellungen gibt und Entscheidungen trifft, um die inneruniversitären Widerstände zu brechen, die dazu geführt haben, daß bis heute der Studiengang noch nicht so eingerichtet worden ist, wie es allgemein gewünscht worden ist.

In vielen anderen Punkten, meine Damen und Herren, ist die Regierungserklärung ausgesprochen vage und geht über Andeutungen nicht hinaus. Hier einige Beispiele! Sie wollen, Herr Bürgermeister, das bildungspolitisch Erreichte konsolidieren und absichern. Der Kollege Neumann ist darauf eingegangen. Was verstehen Sie in diesem Zusammenhang unter dem Begriff konsolidieren? Wollen Sie die Fehler der Vergangenheit damit konservieren? Wollen Sie wider bessere Einsicht, Herr Bürgermeister, alle Proteste von Eltern, Lehrern und Schülern am bremischen Bildungswesen negieren und unbeirrt in alten Fehlern fortfahren? Wie kann man etwas konservieren, wie kann man etwas konsolidieren, wenn vom Grundsatz her alles falsch angelegt ist?

(C) Sie haben gesagt, Herr Bürgermeister, Sie halten an der traditionellen Bundestreue Bremens fest. In der Regierungserklärung habe ich aber kein Wort gehört vom Willen des Senats, die Prüfungsleistungen und Abschlüsse bremischer Schulen und Hochschulen bundesweiten Standards zu unterwerfen.

(Bürgermeister Koschnick: Ist das Bundestreue, oder sind das bundesweite Absprachen?)

Das hat zum Teil damit zu tun, Herr Bürgermeister! Gerade die Frage der Abschlüsse von Schulen ist ein Grund für viele Auswärtige, nicht nach Bremen zu kommen, wie Sie wissen. Sie haben das in dem „FAZ“-Artikel ja selbst angedeutet.

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister Koschnick: Das hat mit Bundestreue nichts zu tun!)

Ich meine, genau in diesem Punkt müßte man sich bundespolitisch anders verhalten, als Sie es tatsächlich getan haben.

(Bürgermeister Koschnick: Das hat mit Bundestreue nichts zu tun, das wissen Sie auch! Keine falschen Begriffe einführen!)

Herr Bürgermeister, Sie haben den Begriff schließlich erwähnt!

(D) Ich möchte mir erlauben, gerade im bildungspolitischen Bereich zu beweisen, wie sich diese Verhaltensweise zum Bund tatsächlich darstellt. Wir haben hier ein zweites Beispiel, die Lehrerausbildung. Herr Bürgermeister, was gedenken Sie für Konsequenzen zu ziehen aus der gerichtlichen Niederlage, die Sie bezüglich der Amtsbezeichnung Lösch, Lehrer im öffentlichen Schulwesen, einstaken mußten?

(Abg. Stichweh [SPD]: Was ist denn das für eine Niederlage?)

Herr Kollege Stichweh, meine Damen und Herren, wie erklären Sie sich die Diskrepanz —

(Abg. Stichweh [SPD]: Das hat doch keine Konsequenzen!)

Herr Kollege Stichweh, hören Sie doch einmal zu! —, wie erklären Sie sich die Diskrepanz, daß die bremischen Schulen über zunehmend mehr Gymnasiallehrer verfügen, daß sich also bei zurückgehender Schülerzahl der Anteil der Lehrer des allgemeinbildenden Bereichs sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II vergrößert, daß die Berufsschulen aber über Fachlehrermangel klagen, weil diese Lehrer aufgrund der falschen Konzeption der bremischen Lehrerausbildung eben nicht dafür geeignet sind, Fachunterricht in Berufsschulen zu geben? Das Scheitern dieser Konzeption, Herr Kollege Stichweh, muß Ihnen und der SPD endlich zum Nachdenken verhelfen, bevor Bremen, Herr Bürgermeister — und das ist ein Teil

(A) von Bundestreue, wenn Sie so wollen —, sich einheitlich von anderen Bundesländern absetzt. Hierzu steht kein Wort in der Regierungserklärung, obwohl dies eine ganz wichtige Frage ist!

Andere Probleme sind ebenfalls nicht angesprochen worden. Ich darf hier das Stichwort Lehrerarbeitslosigkeit ansprechen. Herr Bürgermeister, Herr Senator Franke, fällt Ihnen dazu nichts ein? Dies ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit, da viele Studenten sich jetzt für diesen Beruf qualifizieren wollen und wissen wollen, was für eine Zukunftserwartung auf sie zukommt! Hier gibt es von den von der CDU geführten Landesregierungen Vorschläge, Modelle, die in der Diskussion sind. Ich hätte erwartet, daß hier von Ihnen in der Regierungserklärung etwas steht. Ich weiß, Herr Senator Franke, daß im WIS hierzu gearbeitet wird. Aber warum verschweigen Sie das? Dies ist ein Thema, das hätte angesprochen werden müssen.

Ich muß ohnehin sagen, die Dürftigkeit der Aussagen über die Bildungspolitik, meine Damen und Herren, wird nur noch dadurch negativ übertroffen, daß zu einigen Punkten überhaupt nichts gesagt worden ist. Kein Wort über die Landesausbildungsförderung für Schüler, nichts über Ihre lautstark verkündete Absicht, die Doppelzählung für Ausländerkinder einzuführen!

(Abg. Neumann [CDU]: Das steht doch noch im Bremen-Plan! Das ist nur vor der Wahl gewesen!)

(B)

Das steht im Bremen-Plan, Herr Bürgermeister! Wie glaubwürdig, Herr Kollege Wedemeier — er ist ja nicht da, er hat vorhin über die Ausländerpolitik der Bundesregierung geschimpft —, wie glaubwürdig sind Sie, meine Damen und Herren von der SPD, bei Ihrer Kritik an der Ausländerpolitik, wenn Sie dieses eigene Wollen nicht einmal umsetzen konnten?

In der Regierungserklärung wird davon gesprochen, daß die pädagogische Leistungsfähigkeit der Schulzentren zu stärken ist. Ist das ein Eingeständnis Ihres Versagens, daß die Schulzentren das durchgängige Gymnasium eben nicht ersetzen können, meine Damen und Herren? Sie sagen zwar in der Regierungserklärung zu, die Frage zu prüfen, ob einzelne Gymnasien erhalten werden sollen, aber dieser Satz entlarvt Sie eben. Es ist nur eine Rettung auf Zeit. Es ist nur eine kurzfristige Beruhigung des Elternprotestes, in Wirklichkeit wollen Sie unbeirrt am Konzept der Stufenschule festhalten. Damit sind Sie gefangen, Herr Kollege Stichweh und Herr Kollege Aulfes, ich muß das sagen, Sie sind damit gefangen im bildungsideologischen Gestrüpp der siebziger Jahre, das Sie jetzt über die achtziger in die neunziger Jahre hinüberretten wollen zu Lasten der Bildungschancen künftiger Schülergenerationen.

Die falsche Bildungspolitik, meine Damen und Herren, beweist allein schon — das ist ein wichti-

ger Punkt — die Flucht von Schülern zu den Privatschulen. (C)

(Bürgermeister Koschnick: Und die Flucht der Niedersachsen in die bremischen Schulen mit 5000 Kindern in Bremen! — Beifall bei der SPD)

Herr Bürgermeister, ich möchte Sie bitten, sich die Deputationsvorlagen der Deputation für Bildung anzusehen! Dort ist festgehalten, daß im Gegensatz zu dem rückläufigen Schülerrend in öffentlichen Schulen hier bei den Privatschulen in Bremen ein Zulauf vorhanden ist. Dies beweist doch, daß es ein Ventil des Elternwillens ist, das Ihnen zwar unangenehm ist, das Sie finanziell beschneiden möchten, aber es wird Ihnen eben nichts nützen. Ich glaube, daß dieser Trend in die Privatschulen anhalten wird, wenn sich nicht grundsätzlich an der Bildungspolitik etwas ändert. In der Regierungserklärung jedenfalls, meine Damen und Herren, findet sich kein Hinweis, keine Interpretation, keine Perspektive, wie aus den Fehlern der bildungspolitischen Probleme der Vergangenheit eine Möglichkeit für die Zukunft gefunden werden soll.

Lassen Sie mich zwei Punkte abschließend kurz ansprechen, zu denen ebenfalls in der Regierungserklärung nichts gesagt worden ist! Die Weiterbildung und außerschulische Berufsausbildung, meine Damen und Herren, haben hinter den Kulissen der Senatsbildung einen Streit darüber verursacht, welches der Senatsressorts zukünftig dafür zuständig sein soll, (D)

(Abg. Neumann [CDU]: Wahrscheinlich keines!)

Bildung oder Arbeit. Obwohl hier eines der drängendsten Probleme unserer Zeit berührt ist, nämlich die Frage der Jugendarbeitslosigkeit, die Frage der Ausbildungsplatzsituation, ist hier kein — zumindest für mich nicht erkennbar — befriedigender Kompromiß gefunden worden. Es wird jetzt eine Senatskommission unter Leitung des Bildungssenators eingerichtet. Die Zuständigkeiten sind völlig unklar. Ich glaube, Herr Bürgermeister, daß hier das, was Herr Kollege Kudella Ihnen bereits vorgeworfen hat, nämlich eine Führungsschwäche, in einem offenkundig wichtigen Bereich erkennbar geworden ist.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich ganz besonders bedauern, auch Herr Wedemeier hat während der Mittagspause diesen Punkt nicht mehr in seinen Beitrag hineingebracht, daß kein einziger Satz zur Kulturpolitik in der Regierungserklärung steht.

(Abg. Neumann [CDU]: Die findet auch nicht statt!)

Dies ist ein Armutzeugnis von ganz besonders schmerzvoller Tragweite. Meine Damen und Herren, ich könnte mir vorstellen, daß die Kollegen,

(A) die im kulturpolitischen Bereich in der SPD genauso engagiert sind, das ähnlich sehen. Meine Damen und Herren, die Kulturpolitik ist untrennbar ein Bestandteil der Kommunalpolitik, und zwar auch gerade dann, wenn die Mittel, der finanzielle Rahmen fehlt, denn dann muß hier eine Perspektive gegeben werden.

Daß Sie zu den wesentlichsten Gestaltungselementen des menschlichen und gesellschaftlichen Miteinanders nichts zu sagen haben, daß Sie hier nicht wenigstens eine Andeutung, eine Perspektive, den Versuch einer Perspektive angeben als Orientierungshilfe vielleicht für den Bürger, dem die materiellen, die sozialen Beengtheiten ja immer mehr zu schaffen machen, daß Sie hier nichts haben können, das ist für mich eigentlich der traurigste Negativpunkt der gesamten Regierungserklärung.

Wer den Mut aufgegeben hat, meine Damen und Herren, kulturelle Perspektiven zu setzen, der hat längst nicht mehr die Kraft, kommunale Politik zu gestalten. Damit haben Sie die Identität mit Ihrer eigenen Politik aufgegeben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Herr Bürgermeister Koschnick nicht gewesen wäre, dann hätte ich wirklich nach der allzu billigen Aufrechnerei und vielleicht auch gekonnten Polemik, die Herr Neumann vorgeführt hat, gesagt, außer Spesen ist heute in der Debatte wirklich nichts gewesen. Es hat sich glücklicherweise etwas geändert.

(Abg. **Klein** [CDU]: Ein interessanter Klammergriff, den Sie da versuchen! —
Abg. **Neumann** [CDU]: Ein doppelter!)

Herr Bürgermeister Koschnick hat seine Rede geschlossen mit einem Bild, das uns die Zwänge verdeutlichen sollte, in denen wir stecken. Er hat gesagt, es ist besser, die Fußnägel zu schneiden, wenn die Nägel wachsen, als sich größere Schuhe anzuziehen. Ich habe nichts gegen dieses Fußnägel-schneiden, aber, Herr Bürgermeister Koschnick, ich meine, was wir auch brauchen, sind neue und bequemere Schuhe, und um die geht es heute in der Debatte hier unter anderem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings sollten diese Schuhe nicht die Schuhe sein, die sich die Bundesregierung im Moment angezogen hat und mit denen sie auf dem Rücken der sozial Schwächsten in diesem Land, wie etwa bei der Kürzung der Arbeitslosenhilfe, herumtrampelt.

Herr Neumann, einen Satz wollte ich doch noch zu Ihrer Rede von heute morgen anmerken, weil Sie gesagt haben, die Alternative zur bremischen Politik, zur Perspektivlosigkeit der sozialdemokra-

tischen Regierung seien die Perspektiven, die die Bundesregierung weist. (C)

(Abg. **Neumann** [CDU]: So habe ich das bestimmt nicht formuliert!)

Nein, Sie können das vielleicht nicht so getragen formulieren! Ich will nicht auf Helmut Kohls Politik im einzelnen eingehen, aber wenn Wachstumspolitik im wirtschaftlichen Bereich vor allen Dingen auf ein Wachstum der Rüstungsindustrie ausgerichtet ist, dann ist das eine Politik, die wir nicht mitmachen wollen.

Wenn wir nämlich heute in den Zeitungen lesen, daß Rüstungsexporte verstärkt von der CDU-Bundesregierung gefördert werden, wenn man von Ihnen hier auch in Bremen hört, daß Sie auf durchaus militaristische Raumfahrtprogramme setzen, und wenn man von den Haushaltsberatungen im Bundestag hört, daß wohl die Rüstungsausgaben um rund drei Prozent steigen, die Bildungs- und Forschungsetats aber um 13 Prozent gesenkt werden, dann ist das ein Schuh, den wir uns für Bremen hier nicht anziehen wollen. Arbeitsplätze schaffen durch immer neue Waffen, das ist nicht unsere Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. **Neumann** [CDU]: Also können wir den Rüstungsetat in Bremen streichen!)

Herr Bürgermeister Koschnick, ich glaube, ich muß doch noch einmal auf die Frage mit dem Welthandel und der Außenhandelspolitik eingehen, nicht Ihres Beitrags wegen, sondern weil ich glaube, daß allzu schnell einige in der SPD-Fraktion den simplen Ausführungen von Herrn Wedemeier Beifall gezollt haben. Man sollte noch einmal klarmachen, wie die Probleme liegen. (D)

Jede Wahrheit kann zur Unwahrheit werden, wenn man sie überspitzt. Das haben Sie hier ja auch vorgeführt, Herr Bürgermeister Koschnick. Es ist doch, glaube ich, eine weithin bekannte Tatsache — Sie selbst haben noch einmal darauf hingewiesen —, daß wir in einer wirtschaftlichen Periode leben, in der der Welthandel zurückgeht, bestenfalls stagniert, aber eher zurückgeht, und zwar angesichts wachsender Krisenhaftigkeit des gesamten internationalen Produktions- und auch des Kredit-systems.

Ich finde, es ist abenteuerlich, in dieser Phase einfach zu sagen, wir setzen von uns aus von Bremen auf verstärkte Weltmarktorientierung. Ich meine auch, daß das kurzfristig ist angesichts bereits vorhandener Überkapazitäten. Wir haben nicht nur die Stahlprobleme in Europa, wir haben sie in vielen anderen Bereichen auch. Der EG-Gipfel, auf den Sie zu Recht hingewiesen haben, ist ja nicht zuletzt auch deshalb gescheitert, weil wir insgesamt in einer Überproduktion von allerhand Waren und Gütern im Weltmaßstab liegen und weil wir in Europa miteinander konkurrieren um die Export-

(A) märkte und natürlich auch um die Rohstoffe in der dritten Welt.

Blinden Konkurrenzkampf jetzt auch noch auf nationalstaatlicher Ebene zu installieren, etwa zwischen den Seestädten, zwischen Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven und Emden, aber auch in der Nordregion überhaupt — und ich rechne die Niederlande, etwa Rotterdam, durchaus dazu —, das hilft uns doch im Moment keinen Schritt weiter, sondern führt zu einer weiteren Zubetonierung durch Industriegelände, die eines Tages, ob genutzt oder nicht genutzt, ob hier oder in den benachbarten Städten, überflüssig sein werden, Natur und Umwelt zerstören werden, Investitionen verschlingen, die wir für etwas anderes gebrauchen könnten, für den Umbau unserer Wirtschaft, für den Umbau einer Wirtschaft, die nicht nur alternative Produktion, umweltfreundliche Energie- und Verkehrspolitik bedeutet, sondern natürlich auch notwendige Sozialleistungen in der Krise.

Es ist sicherlich schwer, hier das Gleichgewicht zu finden, aber aus der bremischen Geschichte heraus allein auf den Weltmarkt und den Welthandel zu setzen, ist angesichts der heutigen Lage nicht nur riskant, sondern, ich glaube, auch zukunftslos.

Was wir wollen, um das noch einmal klar zu sagen, ist nicht der vollständige Ausstieg aus dem Weltmarkt und dem Welthandel. Wir wollen auch keineswegs einfach hier eine Kohl- und Zuckerrübenkultur in Norddeutschland.

(B) (Abg. Wedemeier [SPD]: Eine Kohlkultur können wir auch nicht gebrauchen!)

Dann sage ich Braunkohl, das ist noch schlimmer!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Auch eine Braunkohlkultur nicht!)

Worum es uns geht, ist die Verschiebung der Gewichte zugunsten regionaler Lebens- und Arbeitszusammenhänge, das ist an der Zeit.

Herr Bürgermeister Koschnick, auf einen Punkt möchte ich wirklich noch ganz gern eingehen. Sie haben unsere Vorschläge verglichen mit der faschistischen Autarkiepolitik. Das ist zutiefst demagogisch, denn die faschistische Autarkiepolitik diente direkt der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs und war verbunden mit einer europäischen Expansions- und Einverleibungspolitik. Heute aber ist es so, daß gerade die Konkurrenz um die letzten Rohstoffquellen in Übersee und unter der See eine ungleich größere Quelle für einen künftigen Weltkrieg ist. Das gerade wollen wir nicht. Insofern ist dieser Vergleich vollständig unzulässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir aber wollen, und ich denke, wir sollten noch einmal darauf hinweisen, da mit Ausnahme von Herrn Koschnick keiner — auch keiner von der SPD-Fraktion — bisher ernsthaft darauf eingegangen ist, das sind einige Punkte, die heute schon an-

gepackt werden können. Ich nenne sie nur noch einmal kurz, vielleicht kann Herr Kunick nachfolgend doch noch einmal etwas dazu sagen! (C)

Wir möchten vom Senat den Einstieg in eine alternative Energiepolitik, die auch stadtteilbezogene Kraft-Wärme-Koppelung, Nutzung von Sonnen- und Windenergie, Wärmedämmung und ähnliche bekannte Vorschläge enthält. Wir wollen den Einstieg in eine alternative Müllentsorgung, wie es Frau Bernbacher hier heute morgen skizziert hat. Wir wollen den Ausbau statt den Abbau des öffentlichen Personennahverkehr und keine weitere Orientierung auf die autogerechte Stadt und auch nicht auf die autobahngerechte Umgebung von Bremen. Wir wollen die Sicherung der sozialen Dienstleistungen und keine weitere Demontage sozialer Leistungen. Wir wollen auch die Förderung von Selbsthilfe, selbstverwalteten Initiativen und Projekten, selbst wenn da das eine oder andere auch einmal mißlingen kann. Subventionen sind schon viel mehr in den Sand gesetzt worden, als hier in den Sand gesetzt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die finanzielle Unterstützung aller Ansätze zur Umstellung auf alternative Produktion und zur Übernahme von Betrieben durch die Belegschaften.

Herr Bürgermeister Koschnick, Sie haben uns des Idealismus bezichtigt, wenn wir heute solche Forderungen stellen, und gesagt, wir rennen mit dem Kopf an die Wand, gegen die Luft, haben Sie gesagt. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei ist eine Geschichte von sozialen Bewegungen, die oft von bürgerlichen Kräften des Idealismus und der Unmöglichkeit und der Unrealisierbarkeit geziehen worden sind. Wenn Ihre Vorväter seinerzeit in der Sozialdemokratie, als sie noch ein ganzes Stück kämpferischer war, sich einfach auch an solche Ratschläge gehalten hätten, hätten wir bis heute keinen Millimeter sozialen Fortschritt erkämpft. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb, denke ich, ist es an der Zeit, daß auch die sozialdemokratische Landesregierung die Menschen unterstützt, die heute versuchen, die neuen Wege zu gehen. Ich möchte Sie erinnern an ein bekanntes Wort von Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Und damit sollten wir hier anfangen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Aulfes.

Abg. Aulfes (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß sagen, daß ich doch mit einiger Spannung den Redebeitrag von Herrn Dr. Schulte erwartet hatte, und zwar in dem Sinne, daß ich dachte, die CDU schickt nun einen anderen bil-

(A) dungspolitischen Sprecher vor, und man kann dann vielleicht etwas Neues hören.

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

Aber was da zu hören war, waren genau die alten Vorwürfe: falsche Bildungspolitik, vom Grundsatz her alles falsch! Meine Damen und Herren von der CDU, ich kann da eigentlich nur eine dringende Bitte äußern: Hören Sie doch endlich auf, das bremische Schulsystem und seine Leistungen pauschal zu verunglimpfen!

(Beifall bei der SPD)

Der erhoffte Erfolg bei den Wahlen hat sich für Sie wiederum nicht eingestellt. Die Mehrheit der Wähler will nun einmal kein Zurück zum Schulsystem des vergangenen Jahrhunderts. Uns Sozialdemokraten können Sie also offensichtlich mit Ihren Angriffen auf den Ruf unserer bremischen Schulen bei den Wählern nicht schaden. Aber begreifen Sie denn nicht, daß Sie aus vordergründigen parteipolitischen Gründen eine Kampagne der Verunglimpfung und Angstmacherei betreiben, die für den Ruf unserer Schulen im Bundesgebiet auf Dauer sicherlich nicht ohne negative Folgen bleiben wird?

(Beifall bei der SPD)

(B) Sie müßten doch eigentlich bei ruhiger Überlegung einsehen, daß Sie damit den Interessen unserer Lehrer, Schüler und Eltern nur schaden. Ich appelliere deshalb dringend an Ihre Einsicht: Lassen Sie uns weiter streiten um einzelne bildungspolitische Fragen, aber hören Sie endlich auf mit Ihren pauschalen Verdammungsurteilen und Ihrer unbegründeten Angstmacherei!

(Beifall bei der SPD)

Natürlich, das zeigt ja auch die Regierungserklärung, gibt es immer Defizite, auch Korrekturnotwendigkeiten im einzelnen. Aber insgesamt sind wir im Land Bremen, und in Bremerhaven sicherlich noch mehr als in der Stadt Bremen, auf dem richtigen Weg in unserer Bildungspolitik. Die wenigen Bemerkungen, die Herr Dr. Schulte hier gemacht hat, finde ich doch reichlich simpel und dürftig.

(Abg. Neumann [CDU]: Was hat denn Herr Koschnick gesagt? Er hat gar nichts gesagt!)

Manches ist geradezu erschreckend. Er nennt hier das Stichwort Lehrerarbeitslosigkeit. Wir haben im August dieses Jahres, das ist nur ein paar Monate her, eine große Debatte über die Lehrerarbeitslosigkeit gehabt mit einem ausführlichen Bericht des Senats zu diesem Thema. Das haben Sie alles vergessen! Das soll womöglich jetzt in die Regierungserklärung hinein! Das ist eine völlig überflüssige Angelegenheit! Daß Sie überhaupt das Thema Schü-

ler-BAföG hier ansprechen mögen, wundert mich auch. (C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Da seid ihr doch das einzige Land, das noch keine Regelung hat!)

Wenn Sie das Stichwort Doppelzählung für Ausländerkinder hier ansprechen, dann müßten Sie zumindest auch auflisten, was hier in Bremen anstelle der Doppelzählung gerade für die Förderung der Ausländerkinder alles getan wird. Das ist vorbildlich im gesamten Bundesgebiet!

(Beifall bei der SPD)

Aber davon hört man bei Ihnen nichts. Das wissen Sie anscheinend gar nicht.

Was die pädagogische Leistungsfähigkeit der Schulzentren anbelangt, ist sicherlich manches dort immer noch zu verbessern, und daher auch Konsolidierung, Festigung und pädagogische Weiterentwicklung. Da sehen wir durchaus die Aufgaben. Ich meine, die Schwierigkeiten, die mit der Durchschleusung des Schülerberges in den Schulzentren verbunden waren, haben wir natürlich auch alle gesehen. Daß wir jetzt, da die Schülerzahlen rapide sinken und wir zu vernünftigen Klassenfrequenzen teilweise schon gekommen sind, teilweise noch kommen werden, dort die Leistungen in den Schulgattungen auch steigern können und auch vernünftige Ansätze zur Kooperation ausbauen können, ist doch alles klar. Darüber sollten wir uns unterhalten. Darüber sollte hier gestritten werden, aber nicht immer pauschal falsche Bildungspolitik, von Grund auf alles falsch!

Dann tauschen wir immer dieselben Vokabeln aus, und es führt zu nichts, und kein Mensch hört mehr zu. Die Mehrheit der Wähler beeindruckt das nicht. Wenn Sie sagen, es gehen immer mehr Schüler zu den Privatschulen, dann betrifft das aber nur einen bestimmten Teil des Bildungsbürgertums. Die müssen dann eben zu den Privatschulen hingehen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Und werden das auch bezahlen in Zukunft!)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich kann Sie nur dringend um eine Versachlichung der Diskussion über die Bildungspolitik bitten! Das würde uns allen und auch den bremischen Schulen zugute kommen. Mit diesen pauschalen Angriffen ist wirklich kein Staat mehr zu machen bei Ihnen! — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Knorr: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein. Ihm stehen von der vorgesehenen Redezeit noch sieben Minuten zur Verfügung.

(Abg. Neumann [CDU]: Da kann man aber viel sagen!)

(D)

(A) Abg. Klein (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht, sie sei ein Aufriß von Handlungsspielräumen, und Sie würden Handlungsmöglichkeiten voll ausnutzen — wörtlich —, „damit der Bürger nicht in Extremismus oder Lethargie verfalle“. Herr Bürgermeister, wir werden in dieser Legislaturperiode den Verlust der Handlungsspielräume des Senats und das Entfallen jeglicher Perspektive für eine Besserung zu debattieren haben.

Auch und gerade Ihr finanzpolitischer Teil ist ein Beweis für diese, Herr Kollege Wedemeier, in der Tat schonungslose Analyse der Lage. Ich werde in nur wenigen Bemerkungen die erste Station dieser großen Debatte bestreiten.

Erstens, Herr Bürgermeister, führen Sie aus, daß die besondere Deckungsproblematik des bremischen Haushalts — Defizit im Entwurf 1984 250 Millionen DM mit Verdoppelungstendenz — ihre Ursache insbesondere in der aktualisierten Steuerschätzung habe und in den Steuermindereinnahmen aufgrund der Steueränderungsgesetze 1984. Beides, Herr Bürgermeister, ist unrichtig. Die Steueränderungsgesetze 1984 bringen eine Einnahmever schlechterung für Bremen, ausweislich der Berechnungen der Finanzverwaltung, von lediglich 18 Millionen DM. Brutto sind es zwar 32 Millionen DM, aber Sie müssen die Verbesserungen aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer in einer Größenordnung von 14 Millionen DM dagegenrechnen. Diese 18 Millionen DM, die übrigens wertschöpfend sind, Herr Bürgermeister, dürfen Sie nicht zum Anlaß nehmen für eine Erklärung dieser defizitären Probleme. Ich halte das für sachlich nicht gerechtfertigt.

(B) Noch viel schlimmer ist aber die Behauptung in demselben Zusammenhang, daß die Steuerschätzungen aufgrund des Rückgangs des Sozialprodukts ursächlich seien. Wir haben zwar 45 Millionen DM Steuermindereinnahmen veranschlagt und im letzten Jahr auch solche Steuermindereinnahmen zu beklagen gehabt, nur, Herr Bürgermeister, dies wird ausgeglichen durch den Länderfinanzausgleich, und zwar werden mehr als 90 Prozent dieser Verluste ausgeglichen.

Wir liegen zur Zeit im Anschlag des Länderfinanzausgleichs bei 275 Millionen DM. Das ist die höchste Zahl, die wir je hatten. Wir hatten noch in diesem Jahrzehnt Anschläge von unter 100 Millionen DM, sie lagen bei 19 Millionen, bei 30 Millionen, bei 50 Millionen DM. Zur Zeit lebt Bremen trotz der Defizite zu einem wesentlichen Teil von einer Politik in der Bundesrepublik, die hier energisch von der SPD bekämpft wird.

(Beifall bei der CDU)

Diese wichtige föderative Verknüpfung, meine Damen und Herren von der SPD, muß gesehen werden. 275 Millionen DM Einnahmen für 1984 im Anschlag sind produktive Ergebnisse der Politik auch

und gerade in Baden-Württemberg zu mehr als 90 Prozent. Deswegen verteufeln Sie nicht eine Politik, von der Sie letztlich mittelbar hier in Bremen leben!

(Beifall bei der CDU — Bürgermeister Koschnick: Ich habe Baden-Württemberg vorhin gelobt!)

Zweite Bemerkung: Herr Bürgermeister, Sie haben eine konkrete Aussage in Ihrem finanzpolitischen Teil gemacht. Sie haben gesagt, daß diese Defizitprobleme kein Anlaß seien, die Neuverschuldung auszuweiten. Ich habe noch einmal nachgefragt. Sie haben zunächst gesagt, der Senat will nicht, und dann haben Sie gesagt, der Senat wird nicht die Neuverschuldung ausweiten. Herr Bürgermeister, so ehrenwert eine solche Absicht ist, sie steht im klaren Widerspruch zur Lage und auch zur Aussage des Herrn Bürgermeister Thape bei der Eröffnungssitzung des Haushaltsausschusses für die Haushaltsberatungen 1984.

(Abg. Kunick [SPD]: Sind Sie denn für Ausweitung?)

Ich halte es für ausgeschlossen, dieses Defizit von 250 Millionen DM mit Verdoppelungstendenz, allein wenn Sie an das Pflegesatzrisiko denken, durch bloße Einsparungen zu decken. Ich würde es wünschen, ich habe es im Haushaltsausschuß erklärt, aber man hat mir sofort gesagt, das sei unmöglich, und Herr Bürgermeister Thape hat erklärt, im Gegensatz zu Ihrer deutlichen Aussage hier im Hause, Herr Bürgermeister Koschnick, daß man an eine Ausweitung der Verschuldung denken müsse, unter Umständen könne man das im Finanzplanzeitraum wieder ausgleichen.

Es wird so kommen, meine Damen und Herren, diese Defizite können wir nicht allein durch Einsparungen bewältigen! Deswegen, Herr Bürgermeister, haben Sie entweder den Sachverstand der Finanzverwaltung bei der Abfassung dieser Formulierungen nicht zu Rate gezogen, sie links liegen gelassen, oder Sie haben eine Flucht in eine objektive Unwahrheit angetreten. Beides ist aber für das bremische Interesse gleich schädlich.

Dritte Bemerkung in der mir zur Verfügung stehenden Redezeit: Sie beginnen jetzt bei den Einsparungen im Personalbereich, rund 40 Prozent der volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben, die Position der CDU verbal zu übernehmen. Sie verlangen differenzierte Einsparungen, Personalabbau, Reorganisation. Das Wort Aufgabenkritik erscheint. Sie übernehmen eine Forderung, die ich hier seit 1981 immer wieder vertrete. Nur, Herr Bürgermeister, das, was sich zur Zeit abspielt im Bereich der Ressorts, auch und gerade leider im Bereich des Haushaltsausschusses, ist das krasse Gegenteil dieser Erklärung einer differenzierten Einsparung von Personalausgaben.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

(A) Es wird lediglich global weiter eingespart zu Lasten der Aufgaben und zu Lasten des Personals.

(Abg. Neumann [CDU]: Deswegen steht auch in der Regierungserklärung nichts!)

Der Einstellungsstopp — ich wiederhole es — ist dieselbe globale Geißel, sie mißbraucht die Fluktuationsrate und nimmt auf Aufgaben und Zumutbarkeit keine Rücksicht. Der Einstellungsstopp ist nichts anderes als die Fortsetzung der globalen Einsparung unter Mißbrauch der Fluktuationsrate und keine organische, Prioritäten setzende, differenzierte Einschränkung der Personalkosten. Sie erklären hier das Gegenteil dessen, was sich in den Verwaltungen leider abspielt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, das ist nicht nur unredlich, sondern das ist in der Tat ein bestürzendes Zeichen von Handlungsschwäche. Sie erkennen die Berechtigung der Kritik der Opposition, die Kritik ist so berechtigt, daß Sie sie sogar verbal übernehmen, aber Sie sind zu schwach, im eigenen Bereich entsprechend zu handeln. Es fehlt Ihnen die politische Handlungsfähigkeit, um Ihre eigene verbesserte Einsicht umzusetzen.

Meine Damen und Herren, das sind Bemerkungen, die uns keinen Anlaß zur Freude geben, aber es sind Bemerkungen, Herr Wedemeier, die unerläßlich sind, und ich übernehme Ihr Wort von der schonungslosen Analyse. Die Diagnose der Lage ist der erste Schritt der Besserung, und um Besserung sollten wir uns in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam bemühen. Das setzt aber voraus, daß wir durch diesen Verbalismus Ihrer Regierungserklärung, Herr Bürgermeister, hindurchstoßen zur eigentlichen Wahrheit. Erst dann kann Kooperation aufblühen im Interesse Bremens! — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU — Abg. Neumann [CDU]: Herr Klein, Sie haben noch eine Minute!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Thape.

Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich lege Wert darauf, falsche Aussagen sofort aufzuklären. Es wird nicht sehr lange dauern. Wir haben nie den Länderfinanzausgleich bekämpft, Herr Klein, sondern wir haben Gerechtigkeit und Gleichstellung verlangt. Da geht es um die Bundesergänzungszuweisungen. Wir wollen zumindest so behandelt werden wie Niedersachsen, das sich in erheblich günstigeren finanziellen Verhältnissen befindet durch die Olförderungsabgabe. Das ist immer wieder gesagt worden. Ihre Dramaturgie ist wieder einmal mit Ihnen selbst durchgegangen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können auch keinen Widerspruch oder Unterschiede zwischen der Aussage von Herrn Bürgermeister Koschnick und mir herstellen. Wenn Sie zuhören würden, würden Sie das nächste Mal daran denken, aber so können Sie natürlich Ihre falschen Behauptungen viel besser wieder aufwärmen, wenn Sie nicht zuhören und dann behaupten, Sie hätten nichts Neues erfahren.

(Abg. Kunic [SPD]: Die Herren streiten sich im Augenblick, Herr Bürgermeister!)

Ich habe bei der Eröffnung der Sitzung des Haushaltsausschusses wegen der Haushaltsberatungen 1984 das gleiche gesagt, was der Bürgermeister gesagt hat, nämlich daß wir in dieser Legislaturperiode davon ausgehen, daß wir die Verschuldung nicht erhöhen dürfen. Dann habe ich Ihnen, Herr Klein, korrekterweise gesagt, es ist durchaus möglich, daß wir aufgrund der Maßnahmen, die wir durchführen müssen und die nicht sofort greifen können, wahrscheinlich nicht in jedem Fall sofort im Jahr 1984 wirksam werden, für 1984 die Verschuldung etwas erhöhen müssen. Ich habe 50 bis 60 Millionen DM gesagt.

(Abg. Klein [CDU]: Aha!)

Da gibt es kein Aha, das haben Sie gehört, Sie haben ja direkt neben mir gesessen,

(Abg. Klein [CDU]: Zahlen haben Sie nicht genannt!)

Sie können doch nicht aha sagen, Sie haben das mindestens schon vor 14 Tagen von mir gehört.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Das steht doch nicht in der Regierungserklärung!)

Dann habe ich gesagt, daß es natürlich notwendig sein wird, im Rahmen der Finanzplanung der vier Jahre diesen Betrag 1986 oder 1987 wieder einzusparen, so daß der Gesamtbetrag bestehen bleibt und natürlich die zusätzliche Zinsbelastung für diesen einen Betrag auf uns zukommt. Genauso habe ich das dargestellt, und ich finde es unkorrekt, wenn Sie den Eindruck erwecken wollen, als hätten Sie hier besondere Neuigkeiten entdeckt. Alles, was Sie hier vortragen, ist Ihnen von mir in voller Offenheit dargestellt worden, und nicht erst seit heute!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bodammer. Es ist eine parlamentarische Erstrede!

(Beifall)

Abg. Frau **Bodammer** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sitzen hier seit vielen Stunden zusammen, einige von Ihnen haben ein kleines Nickerchen auf Staatskosten gemacht.

(Abg. Klein [CDU]: Wer? — Abg. Wedemeier [SPD]: Mit wem?)

(C)

(D)

(A) Ich habe mir das in den letzten Stunden ziemlich genau angesehen, ich nenne keinen Namen. Ich glaube, diejenigen wissen selbst, woher sie ihr Schlafdefizit haben.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Sie wissen es hoffentlich nicht!)

Nein! Ich habe mich hier zu Wort gemeldet, weil ich die ganzen Stunden ein wenig gelauert habe, was denn so den Herren und Damen von der CDU, den Herren und Damen von der SPD einfällt zu der Situation der Frauen in unserer Gesellschaft. Herr Wedemeier, ich habe aufmerksam zugehört, auf die Bemerkung, die Sie gemacht haben, komme ich gleich noch!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Aber ich war der einzige, der überhaupt etwas gesagt hat!)

Ja, richtig, Sie waren der einzige, der überhaupt etwas gesagt hat, und ich komme gleich darauf zu sprechen.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Das ist richtig erfrischend heute abend hier!)

Daß Sie den Bereich der Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen in unserer Gesellschaft und auch hier in Bremen in Ihren Ausführungen ausgeklammert haben, muß ich sagen, hat mich nicht unbedingt überrascht. Es scheint mir so zu sein, daß Sie überhaupt gar kein Gespür dafür haben, so daß die Dinge systematisch wegfallen und Ihnen dies auch nicht auffällt. Darum einige Worte dazu!

(B) Die Situation der Frauen zu schildern, denke ich, kann ich mir sparen, denn so viele Minuten Redezeit habe ich auch nicht mehr, um dies ausführlich darzustellen. Herr Wedemeier, Sie sagen, daß Sie nicht wollten, daß Frauen als Reservearmee betrachtet würden, daß ihnen nach wie vor Gleichberechtigung und Gleichstellung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft verwehrt würden. Das ist ein toller Satz, den können Sie sicherlich auch unterschreiben, stimmt das?

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das tun die nicht einmal! — Abg. **Neumann** [CDU]: Wir unterschreiben nichts blanko!)

Ich habe es ja vorgelesen, aber ich stelle mir einmal so vor, das könnten Sie in einer guten Stunde auch sagen.

(Heiterkeit und Beifall — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Aber jetzt bekomme ich einen mit!)

Ja, richtig, jetzt geht es weiter! Ich bin der Meinung, daß dies so nicht geht, daß Sie mehr sagen müssen und daß wir die Forderung und die Erwartung haben, daß in den nächsten vier Jahren mehr geschieht in dem Sinne, daß daran gearbeitet wird, daß die

Nachteile und Diskriminierungen, mit denen Frauen es hier zu tun haben, abgeschafft werden. Ich denke mir, ja, ich habe die Forderung, daß Sie auch konkret angeben, wie Sie dies tun wollen. Möglichkeiten dazu möchte ich Ihnen nennen.

(C) Wir erwarten und fordern eine gezielte Ausbildungsförderung für Mädchen und Frauen. Ich denke auch, daß seitens des Senats einige Möglichkeiten da sind, um Frauen größere Chancen zu eröffnen. Ich denke dabei zum Beispiel daran, daß Sie bei der Vergabe von öffentlichen Aufgaben dies daran binden können, daß nur die Betriebe öffentliche Mittel bekommen, die sicherstellen, daß Frauen in ihrem Betrieb gleichberechtigt behandelt werden und gleich bezahlt werden wie ihre männlichen Kollegen. Dies bedeutet auch, daß man im öffentlichen Dienst bei eigenen Einstellungen — den Einstellungsstopp lasse ich einmal ganz kurz weg, darauf komme ich gleich noch — sehr wohl einmal darüber nachdenken könnte, ob man eine Quotierung einführt.

Herr Koschnick ging ganz kurz in seiner Rede darauf ein, daß der Einsatz neuer Informationstechnologien im privaten und im öffentlichen Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze kostet und dies vor allem Frauenarbeitsplätze sind. Wie wäre es denn einmal damit, wenn Sie vom Einsatz neuer Technologien einfach die Hände ließen, eben genau, weil Sie wissen, daß dadurch Frauenarbeitsplätze gefährdet werden?

(D) Die Gleichstellungsstelle ist wirklich ein prima Gedanke, aber so, wie das gegenwärtig läuft, ist es eben nicht zufriedenstellend geregelt. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie diese Stelle, die von Ihnen eingeführt worden ist, mit mehr Kompetenzen versehen, daß Sie mehr Geld zur Verfügung stellen und mehr Frauen die Möglichkeit geben, in dieser Stelle zu arbeiten für die Interessen anderer Frauen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Peter, da darfst du nicht klatschen! — Abg. **Frau Bernbacher** [GRÜNE]: Aber ich! — Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Wir sind hier nicht bei der BGL! — Unruhe)

Präsident Dr. Klink: Lassen Sie sich nicht irritieren, fahren Sie fort!

Abg. **Frau Bodammer** (GRÜNE): Können Sie einmal weiter zuhören, hallo hier? Herr Kunick?

(Heiterkeit)

Wir erwarten, daß Sie Einrichtungen, wie zum Beispiel Pro Familia, großzügig unterstützen, damit die ihre Arbeit fortsetzen können, weil sie unserer Auffassung nach im Interesse der Frauen stattfindet.

Neben diesen Möglichkeiten, die die öffentliche Hand oder der öffentliche Arbeitgeber hat und auch wir als Parlament haben, nämlich die Arbeit bei Pro Familia zu unterstützen, denke ich, wäre es auch Aufgabe im Interesse der Frauen, wenn seitens des

(A) Senats großzügige Förderung und unbürokratische Unterstützung vor allem den Selbsthilfeprojekten, in denen Frauen sich selbst organisieren, zur Verfügung gestellt werden. Das würde zum Beispiel bedeuten, daß Sie die Frauenwoche an der Universität, die gegenwärtig besonders schlecht dasteht, unterstützen und eben diverse andere Frauenprojekte, von denen ich auch weiß, daß sie sich an die Verwaltung gewandt haben, um finanzielle Unterstützung zu bekommen. Es sollten daher Selbsthilfeprojekten von Frauen keine Steine in den Weg gelegt werden.

Wir haben für morgen in der Aktuellen Stunde den Punkt eingebracht, über die Schließung von Gruppen in bremischen Kindertagesstätten zu sprechen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der gerade Frauen betrifft. Das sollten Sie auch immer im Hinterkopf behalten! Bei allen politischen Fragen, die wir hier besprechen, müssen wir uns immer überlegen, was diese Entscheidungen eigentlich für Frauen bedeuten.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Kinder bleiben meistens an den Frauen
hängen!)

Wie bitte?

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Ich rede hier!)

Du redest mit ihm?

(Glocke)

(B)

Präsident Dr. Klink: Wir sind im Parlament!

Abg. Frau Bodammer (GRÜNE): Ehrlich?

Ich möchte noch zu den Einschränkungen in Bereichen wie zum Beispiel Kindergärten etwas sagen. Auch die Einschränkungen in anderen Sozialbereichen wie im Gesundheitswesen oder in der Altenpflege bedeuten ja nichts anderes, als daß Sie die Hauptlast den Frauen aufbürden, denn nach gegenwärtiger Rollenverteilung sind es die Frauen, die für diese Arbeiten zuständig sind. Ich bitte Sie, in allen Bereichen und in allen Fragen, über die wir diskutieren, sich klarzumachen, was Ihre Entscheidungen für das Leben und die Chancen von Frauen bedeuten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Das war ganz munter für eine Erstrede!

(Beifall)

Ich fand das mehr profihaft als alternativ!

(Heiterkeit — Abg. Wedemeier [SPD]:
Jetzt überschreiten Sie Ihre Kompetenzen!)

Das war ein Kompliment, das sollte ein Kompliment sein!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen machen zu den Bedingungen, unter denen die Politik der kommenden Jahre sich hier im Land Bremen vollziehen wird! (C)

(Abg. Gassdorf [CDU]: Wieviel Redezeit hat Herr Kunick noch?)

Ja, das ist eine wichtige Frage! Wieviel Minuten Redezeit habe ich noch?

Präsident Dr. Klink: 24 Minuten! Die CDU-Fraktion hat ihre Redezeit ausgeschöpft, die GRÜNEN haben noch acht Minuten, und die SPD hat noch 24 Minuten Redezeit zur Verfügung. Das haben wir genau ausgerechnet. — Bitte, Herr Kunick!

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Bemerkungen machen zu den Bedingungen, unter denen die Politik im Land Bremen sich nach unserer Einschätzung in den nächsten Jahren vollziehen wird!

Erstens: Vor uns liegt eine Phase der Politik, in der es nicht darum geht, durch Umverteilung von Zuwächsen mehr öffentliche Wohlfahrt zu schaffen, Reform möglich zu machen und die Lebensbedingungen zu verbessern, nicht die richtige Verteilung des Mehr, sondern die Gerechtigkeit in Stagnation und die Gerechtigkeit im Weniger ist das politische Problem kommender Jahre.

Wenn die Politik nicht im Aus landen will, muß die Substanz staatlichen Handelns an der Dringlichkeit der Zielsetzungen und Probleme überprüft werden. Für sozialdemokratische Politik bleiben auch dabei die Maßstäbe von Freiheit, von Gerechtigkeit, von Solidarität Beurteilungsgrundsätze für das, was an Politik in den kommenden Jahren entwickelt werden muß. (D)

Politik aus den Erträgen von Wachstum ist mindestens für die kommenden Jahre nicht möglich. Wir waren uns zwar schon lange darüber klar, daß eine Sicht des Wachstums, die glaubt, daß prozentual gleiche Raten sich über die Jahre fortsetzen könnten, unrealistisch wäre. Dies, um ins Märchen zu greifen, ist ja nichts anderes, als das Märchen vom Hirse topf, der auf ein Zauberwort hin Brei kocht und Brei kocht und überkocht und überkocht, bis die ganze Welt mit diesem Brei bedeckt ist.

Sechs Prozent Wachstum immer weiter — in Dennis Meadows Buch über die Grenzen des Wachstums ist es ja am Beispiel des Seerosenteichs sehr eindringlich geschildert —, bedeuten, daß es immer schneller wächst, bis alles zugewachsen ist. Marx hat das im übrigen in seinem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate schon sehr früh formuliert, eine Gesetzmäßigkeit, die vermutlich heute mehr Zuspruch findet — im übrigen auch in der Linken —, als das noch vor Jahren der Fall gewesen wäre!

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Denken Sie an die neuen Medien!)

(A) Seinerzeit ist man ja scheinbar optimistische Wege gegangen, ohne zu bedenken, was dies eigentlich im Endeffekt bedeutet. Und bedeutet das etwas anderes, wenn man das weiterdenkt, als die Transformation aller Natur im Kapital, das Anhäufen eines riesigen materiellen Berges bei Absterben des Lebens? Das ist doch die Fortsetzung einer gleichbleibenden, einer prozentual gleichbleibenden Wachstumsrate in alle Zukunft! Insofern ist ein Einschnitt erreicht, ein Einschnitt, bei dem man höchstens die Frage stellen kann, warum der gerade jetzt passiert ist, ein Einschnitt aber, der zu erwarten war.

Vor dieser Perspektive einer endlosen und dann auch sinnlosen Explosion der Kapitalien und Gebrauchsgüter gilt es, wieder zu begreifen, daß der Mensch ein Teil der Natur ist, daß wir unsere eigene Existenzgrundlage nicht zerstören dürfen, daß wir nicht nach dem Motto handeln dürfen: Leute laßt uns essen, trinken und produzieren, und morgen sind wir tot, und morgen interessiert uns das alles nicht mehr!

Ich meine — hier ist ja gelegentlich nach den Perspektiven gefragt worden —, daß wir schon die Mahnung eines alten Staatsmannes ernstnehmen sollten, der vor weit mehr als einem Jahrhundert dem Präsidenten der USA, als er sein Land verkaufen sollte und mit seinem Volk in ein Refervat gehen sollte, einen Punkt vorhielt, ich kann nur ein kurzes Zitat geben. Wenn es so scheint, als habe es so wenig mit unserem Leben zu tun, dann zeigt das nur, wieweit wir uns davon entfernt haben, Teil der Natur zu sein. Dieser Mann sagte dem Präsidenten der USA in einer langen und ernsthaften Rede:

„Was gibt es schon im Leben, wenn man den einsamen Schrei des Ziegenmelkervogels nicht mehr hören kann oder das Gesträuch der Frösche am Teich bei Nacht. Ich bin ein roter Mann und verstehe das nicht. Der Indianer mag das sanfte Geräusch des Windes, der über eine Teichfläche streicht, und den Geruch des Windes, gereinigt vom Mittagsregen oder schwer vom Duft der Kiefern. Die Luft ist kostbar für den roten Mann, denn alle Dinge teilen denselben Atem, das Tier, der Baum, der Mensch. Sie alle teilen denselben Atem.“

Der weiße Mann scheint die Luft, die er atmet, nicht zu bemerken, wie ein Mann, der seit vielen Tagen stirbt, ist er abgestumpft gegen den Gestank. Aber wenn wir euch unser Land verkaufen, dürft ihr nicht vergessen, daß die Luft uns kostbar ist, daß die Luft ihren Geist teilt mit all dem Leben, das sie enthält. Der Wind gab unseren Vätern den ersten Atem und empfängt ihren letzten, und der Wind muß auch unseren Kindern den Lebensgeist geben. Und wenn wir euch unser Land verkaufen, so müßt ihr es als ein besonderes und geweihtes schätzen, als einen Ort, wo auch der weiße Mann spürt, daß der Wind süß duftet von den Wiesenblumen.“

Dies ist nicht als ein Zitat gedacht, um zu trennen, um zu sagen, hie die Guten und da die Bösen, sondern dies nur als ein Zitat dafür, wieweit wir uns

davon entfernt haben, uns als Teil von Natur zu erkennen! (C)

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens: Wenn wir erkennen, daß die Zuwächse nicht unbegrenzt sind und nicht unbegrenzt wünschbar sind, dann gilt um so mehr, demokratische Lebensverhältnisse zum Beispiel bei der Verteilung der Arbeit zu schaffen, die Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für die Heutigen und Zukunftschancen für die Kommenden bedeuten. Dazu können wir in den kleinen politischen Einheiten wie Bremen, wie Bremerhaven, wie unser kleines Bundesland nur begrenzte Beiträge leisten, wenn die Politik auf nationaler wie auf internationaler Ebene andere Zielsetzungen verfolgt.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Frau Bernbacher, zum Schluß meiner Ausführungen stehe ich gern zur Beantwortung einer Frage zur Verfügung!

Falsche Verteilungsquoten zwischen den Kommunen, Städten und Gesamtstaat, Laissez-faire-Philosophie am Arbeitsmarkt, eine Weltanschauung, welche die Freiheit, Entscheidungen und Entfaltungsansprüche der Besitzenden nicht begrenzt und ausgleichen will, solche Impulse müssen in den kleinen politischen Einheiten sich katastrophal auswirken, wenn sie von der Gesamtstaatsebene kommen. Sie sind nicht voll aufzufangen. (D)

Politik im Land Bremen, das wird Politik sein, die sich zwar anstrengen kann, daß es ein Stückchen freiheitlicher, daß es ein Stückchen solidarischer, daß es ein Stückchen gerechter zugeht, aber eine Opposition, die so täte, als läge die Ursache der Krise in der Landespolitik, oder eine Regierung, die verkünden wollte, man könne die Verhältnisse hier durch gute Politik schon befriedigend gestalten, beide würden zu kurz greifen, und zu glauben, am bremischen Wesen könne die Ökologie genesen, ist genauso introvertiert.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Hier anfangen!)

Worauf es ankommt, ist, daß wir vernünftige Ansätze fördern gegen die von außen und oben drückenden Verhältnisse, daß wir im Sinne des Prinzips Hoffnung Vernünftiges tun.

(Abg. Wierk [GRÜNE]: Anfangen! —
Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Fangt an!)

Es geht dabei nicht um die Verteidigung der Mechanismen einer statischen Gesellschaft, nein, die Gesellschaft ist heftigem Wandel unterworfen, denken wir an die technische Revolution, an Bewußtseinsänderungen, an generative Prozesse! Wir müssen alle Kraft aber aufwenden, damit diese Prozesse nicht mit Begriffen wie Wende oder Haushaltskon-

(A) solidierung interpretiert dazu genutzt werden, um die Knappheit der Ressourcen gegen Schwache zu kehren, um nicht die sozialen Rechte auf den Altären des Wirtschaftsaufschwungs oder grüner, schwarzer, liberaler oder auch roter Ideologien opfern zu lassen.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Roter auch?)

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bleiben nach den Auffassungen meiner Fraktion die Maßstäbe. Deshalb gilt es in den kommenden Jahren, die wirklich Benachteiligten zu fördern, nicht die lautstärksten, protestertesten Gruppen, die sich sicherlich in schwierigen Zeiten zahlreich und häufig sammeln werden.

Drittens: Die Knappheit der Mittel erfordert demokratische Kreativität. Es müssen billigere, unkonventionelle Wege geprüft werden, wenn die bisherigen Wege nicht mehr begehbar sind, statt zu klagen, daß auf angeblich gute Zeiten schlechtere gefolgt sind. Wir haben auch in den kommenden Jahren eine Gestaltungsaufgabe, und die Bürger wissen, daß wir sparen müssen.

Sparsamkeit und Weiterentwicklung des Staatswesens im guten Sinn müssen einander nicht widersprechen. Wir sind gewählt, unseren Beitrag zur Überwindung von Konflikten und Widersprüchen zu leisten. Um die Lebenszusammenhänge der Bürger jedenfalls geht es auch in den kommenden vier Jahren dieser Parlaments- und Regierungsperiode, um Ansprüche auf Wohnung, auf Arbeit, auf Schule, um das Zusammenleben, darum, daß niemand ungestützt in Notlagen fällt. Und es geht natürlich auch um unseren Beitrag dazu, daß Frieden bleibt und sicherer wird.

Wir wissen als Sozialdemokraten — eine unserer entscheidenden Erkenntnisse, die uns trennt von einem totalitären Sozialismus —, daß Politik nicht alles ist. Aber die Verantwortung über die kleinen privaten Lebenskreise hinaus muß demokratisch wahrgenommen werden. Es geht um die Bestimmung des Weges der Gemeinschaft in Zeiten des Wandels. Der Wert des Lebens, der Wert der Nachbarschaft, der Wert der Freiheit, der Wert der Natur sind gegen Zerstörung, Kurzsichtigkeit und Egoismus zu verteidigen und zu entwickeln.

Viertens: Dem Volke zu dienen, ist Aufgabe der politischen Institutionen. Senat, Bürgerschaft und öffentliche Verwaltung sind in erster Linie Instrumente des Dienstes und keine Potenzen selbstherrlicher Macht- und Statusentfaltung. Der eigentliche Souverän ist das Volk! Der einzelne, der an die Amtstüren klopft, der dort steht, etwas wünscht und fordert, in ihm steht ein Teil des Souveräns vor den Vertretern der Institutionen. Die Dienstleistung für ihn ist das Ziel öffentlichen Dienstes. Das Volk ist nicht für die öffentlichen Apparate da,

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Umgekehrt!)

sondern die öffentlichen Apparate für die Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit möglichst geringem Aufwand eine möglichst gute Leistung zu erbringen, das muß gerade auch in diesen Zeiten das Ziel sein, das heißt Umorganisation, neue Wege, Übernahme veränderter Aufgaben. Ein Land, das für die öffentlichen Apparate, nicht für die Bewältigung der Zukunft auch mit deren Hilfe sein Geld ausgäbe, wäre bald am Ende.

Von Regierung, Parlament und Bürokratie darf erwartet werden, daß sie sich in Zeiten der Knappheit vorbildlich zeigen. Bescheidenheit muß auch vorgelebt werden, das gilt auch für das Zuhören, das gilt auch für die Offenheit des Dialogs.

Fünftens: Es geht in den kommenden Jahren um unsere Mitverantwortung für die Zukunft. Es geht darum, Ängste abzubauen durch Bekämpfung ihrer Ursachen, den Frieden zu sichern, eine lange Friedensperiode in die Zukunft hinein verlängern zu helfen mit dem Anspruch, daß sie nie enden soll, trotz, ja gerade wegen der anderslautenden Erfahrungen vorangegangener Generationen, das ist eine zentrale Aufgabe, zu der auch das frei gewählte Parlament des Landes Bremen beizutragen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle an die Adresse aller, die uns ansprechen und sagen, wir haben da Ideen, wie man der Friedenssicherung näherkommen kann, sagen, wir Sozialdemokraten sind bereit, über jeden vernünftigen Vorschlag, der dazu dienen soll, Bewußtsein zu schaffen, zu reden und jede vernünftige Aktion zu unterstützen, die nicht die Zahl derer, die zustimmen, verkleinert, weil man nicht jedermann auffordern kann, 1000 DM von seinem Bankkonto abzuheben, und weil man Arbeiter verärgert, wenn man sich auf Straßenkreuzungen setzt, wenn sie nach Hause wollen. Wir sind bereit, jeden vernünftigen Vorschlag zu diskutieren und zu unterstützen, wenn er dem Frieden dient und der Bewußtmachung von der Gefahr, daß ein Krieg nahen könnte.

Wir dürfen die Erfahrungen derjenigen, die vor uns Verantwortung getragen haben, und der Älteren, die unter uns leben, nicht dem Vergessen preisgeben. Ich glaube, das ist auch eine politische Aufgabe. Zum Beispiel die Erfahrungen der Bewältigung der Hinterlassenschaft des letzten Kriegs sind außerordentlich wichtige Erfahrungen, weil sich aus ihnen ableiten läßt, wieviel Kraft eine Bevölkerung entwickeln kann, Probleme zu lösen. Wenn wir die Aufgaben, über deren Schwere viel Klage erhoben wird, des befriedigenden demokratischen Gestaltens in einer Zeit ohne Wachstum bedenken, welche Schwierigkeiten sind das denn schon verglichen mit denen, die andere Generationen, die die Älteren bewältigt haben, die die Trümmerfelder in Bremen und Bremerhaven zu diesen Stätten aufgebaut haben, an deren Ergebnissen natürlich neue Genera-

(C)

(D)

(A) tionen auch wieder Kritik üben können? Aber die Aufgabe ist nicht schwerer, die Aufgabe ist leichter zu bewältigen!

Es gibt keinen Grund für Pessimismus, meinen wir. Unsere Aufgabe ist es, ererbte und erarbeitete, geistige und materielle Werte zu vermehren und nicht der Vernichtung und dem Vergessen preiszugeben. Wir müssen schließlich Antwort geben auf ganz neue Fragen wie Mikroelektronik, Verkabelung, Computerisierung, Roboterisierung, die daraus erwachsende Arbeitslosigkeit entstehend durch den Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinenarbeit, sie fordert demokratische Gerechtigkeit schaffende Antworten und Handlungen.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist da nur ein Teil. Die Demokratie ist langfristig vor die Frage gestellt, ob sie immer mehr Arbeitslosigkeit durch immer mehr Maschinen statt Menschenarbeit, bei gleichbleibenden Verteilungsbedingungen, denen von heute, akzeptieren will. Dann steht eines Tages die Frage an, ob die Arbeitslosen die Demokratie abschaffen. Das darf man wohl 50 Jahre nach 1933 in Erinnerung rufen. Insofern ist es kurzsichtig, und wir haben unseren Teil dazu beizutragen, wenn gesagt wird, die 35-Stunden-Woche wird abgelehnt. Ständig wachsende Arbeitslosigkeit ist eine Sprengbombe, die mehr demokratische Phantasie erfordert, als gegenwärtig entwickelt wird.

(Beifall bei der SPD)

(B) Sechstens: Wir stehen an der Schwelle des Jahres 1984. Es konkurrieren da die Visionen der totalen Verfügbarkeit des Menschen, der Entpersönlichung, der Aufzehrung errungener Freiheitsrechte durch Technik und Bürokratie — so Orwell — mit der Vision eines „Übergangs aus dem Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit“, so Marx, vor noch längerer Zeit aufgeschrieben und sicherlich in den Komponenten, die er seinerzeit gesehen hat, heute auch nicht ohne weiteres akzeptabel.

Unsere Aufgabe jedenfalls ist, das Jahr 1984 und die kommenden Jahre so zu gestalten, daß die Bürger in diesem Land in gesicherter Existenz leben können, auch wenn die Bedingungen sich verändern.

Wir Sozialdemokraten jedenfalls wollen die nächsten vier Jahre nutzen, dazu beizutragen, daß trotz aller Notwendigkeiten eine freiheitliche, eine solidarische Gesellschaft gestärkt wird. Wir wollen die offene Diskussion über den Weg, werden die Anregungen und Meinungen auch der politischen Parteien, anderer politischer Richtungen, auch Anregungen aus allen Gruppen der Bevölkerung aufgreifen und prüfen, ob in ihnen bedenkenswerte Vorschläge oder berechtigte Kritik stecken, wir wollen die Zusammenarbeit mit allen, die uns eine Zusammenarbeit antragen.

Wir stehen zwar an den Grenzen des Wachstums, aber diese, meine Damen und Herren, sind noch lange nicht und gar nicht die Grenzen einer fortschrittlichen Politik. Die Politik mit dem Ziel der

Gerechtigkeit und Freiheit ohne Wachstum wird nur weitaus schwerer sein als die Politik, die nach den Zuwächsen sah und über die Verteilung, die richtige Verteilung der Zuwächse, glaubte allmählich in der Substanz des ganzen Kuchens auch Ausgleich schaffen zu können. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Kunick, Sie waren bereit, jetzt eine Frage von Frau Bernbacher anzunehmen?

Abg. Kunick (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Frau Bernbacher!

Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE): Ja, Herr Kunick, Sie haben so lyrisch von dem Häuptling Seattle gesprochen, ich komme aber jetzt von diesen idealistischen Höhenflügen —

Präsident Dr. Klink: Zur Frage!

Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE): Ich komme zurück zur Frage: Wie gedenken Sie das in konkrete Politik umzusetzen? Werden Sie sich an Ihren Kollegen — er ist jetzt gerade nicht da —, Herrn Senator Meyer, wenden, wenn es um das Hollerland und um die Frösche, die Herr Bürgermeister ja so bedachte, indem er sagte, nicht Frösche können unsere Politik bestimmen, wenn Sie nun dieses kostbare Gebiet sich zu Ihrer Herzensangelegenheit machen und dieses vor Bau und auch Teilbebauung bewahren? Das gleiche gilt für das Niedervieland. Meine Frage: Werden Sie vom Häuptling Seattle zu praktischer Bremer Politik kommen, indem Sie dann diese Gebiete zum Beispiel ganz speziell mit Ihrer Person schützen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abg. Kunick (SPD): Liebe Frau Bernbacher, erst einmal, ich habe ja deutlich gesagt, daß dieses Zitat sehr weit von der heutigen Realität weg ist, die wir gemeinsam geerbt haben. Ich möchte Sie auch nicht in den Wigwam zurückverbannen, wo es die Musik, von der Sie leben, nicht gibt, um es einmal deutlich zu sagen.

(**Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:**
Da würde ich mich ganz wohlfühlen!)

Das eigentliche Problem, das hierin steckt, ist doch unsere Distanz zur Natur, das ich damit beschreiben wollte.

(**Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:**
Aber den Eindruck habe ich von Ihnen nicht! Dann können Sie sich doch dafür einsetzen! — **Abg. Wedemeier [SPD]:**
Er hat aber keine Distanz zur Natur!)

Erstens, ich will Ihnen einmal ein Beispiel geben, was anders gemacht werden könnte. Ich nehme einen Ausschnitt aus einer heutigen Zeitung. Da

(A) steht, daß bei einem Fließchen — ich habe das noch nie gesehen —, der Schönebecker Aue, an irgendeiner Stelle eine Uferbegradigung vorgenommen wird, indem man eine Bongossiwand zieht, weil sonst bei einem Hochwasser etwas weggespült werden könnte. Das ist eine Entwicklung, die man auch an anderer Stelle sehen kann. So kann man feststellen, daß an der vielbeschriebenen Wümme, die, wenn man so hört, ja vollkommen heil sein muß, am Nordufer in fast jeder Kurve inzwischen häßliche Steinschüttungen liegen. Dies alles vollzieht sich leise, und in wessen Interesse? Im Interesse derer, die sagen, es darf uns bitte auch kein Quadratmeter von unserem wertvollen grastragenden Sandland verschwinden, weil darauf noch eine Kuh einen halben Liter Milch geben könnte!

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Diesen Leuten muß ins Knie getreten werden!)

Dies wäre ein Punkt, um einmal ganz bescheiden von Politik zu reden und nicht gleich von den größten und schwierigsten Zusammenhängen.

Zweitens, Sie haben gefragt nach den Industriensiedlungsvorhaben. Die Schwäche Ihrer Argumentation, um es einmal offen zu sagen, liegt darin, daß Sie gegenwärtig die Not, die nach Arbeit schreit, noch nicht genügend verarbeitet haben, die ökologische Problematik auf der anderen Seite, gebe ich Ihnen zu, vollständig. Die Frage ist, wie wir da zur Synthese kommen.

(B)

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Ein anderes Gebiet ausweisen!)

Da lautet meine Antwort, es sollten nicht riesige Flächen vorplaniert werden, ohne sicher zu wissen, daß sie auch gebraucht werden,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

sondern man sollte sehr schonend damit umgehen, gewissermaßen jeweils 70, 80 Meter vor der Grenze

dessen, was tatsächlich gebraucht wird, mit der Sandaufschüttung beginnen und nicht gleich viele Quadratkilometer mit Sand ausgießen.

(C)

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:
Das Hollerland muß man ganz schonen!)

Ob man das Hollerland ganz schonen muß? Frau Bernbacher, dann müssen Sie auch reden über unsere lieben guten Bremer, die hier keine Steuern mehr zahlen, die in Lilienthal, in Stuhr, überall wohnen, wo die Gegend auf das wildeste zersiedelt wird, ohne eine vernünftige Planung!

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Wir müssen uns jetzt verständigen, auf der einen Seite ist die Redezeit abgelaufen, auf der anderen Seite ist noch ein Redebedürfnis vorhanden. Wir müssen da Übereinstimmung erzielen, deswegen spreche ich es an! — Bitte sehr, Herr Kunick!

Abg. **Kunick** (SPD): Darf ich noch einen Schlußsatz sagen? Frau Kollegin Bernbacher, in einer Debatte wie dieser kann man in der Kürze der Zeit entweder reden über Maßstäbe oder über Maßnahmen, beides war nicht möglich. Über Maßnahmen werden wir im Laufe dieser vier Jahre noch viel diskutieren können! — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(D)

Die Beratung ist dann geschlossen.

Wir haben den Tagesordnungspunkt, den wir uns heute vorgenommen haben, abgehandelt. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg.

Morgen treten wir wieder zusammen um 9.45 Uhr. Wir werden dann gemäß Tagesordnung fortfahren.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluß der Sitzung 18.06 Uhr)